Donnerstag, 6. September 1984 - D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 209 - 36.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11; Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 — Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flucht: Schwere Verletzungen erlitt ein 26jähriger „DDR"-Bewohner, der auf der Flucht nach Bayern eine Selbstschußanlage an der Grenze auslöste. Ein zweiter Flüchtling verstauchte sich beim Sprung über den Metallgitterzaun beide Beine. Bonn forderte von Ost-Berlin den Abbau aller SM-70-Anlagen. (S. 10)

Berliner Wahlen: Die Alliierten haben der NPD erneut die Teilnahme an der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus untersagt. Sie muß bis zum März 1985 jegliche öffentliche Tätigkeit einstellen.

Abgas: Für die stufenweise Einführung von Abgaskatalysatoren für neu zugelassene Autos zwischen 1986 und 1989 will sich Stuttgarts Regierungschef Späth im Bundesrat einsetzen. Dagegen fordert das Landesparlament den Einbau zum 1. Januar 1986.

Hauff: Eine Zusammenarbeit mit den Grünen schließt der designierte SPD-Kandidat für die Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt nicht aus. Man dürfe „niemanden ausgrenzen", grundsätzlich seien alle Parteien koalitionsfähig.

IG-Chemie: Mit 336 von 411 Stimmen ist der amtierende Vorsitzende Hermann Rappe auf dem 12. Gewerkschaftstag in Berlin für weitere vier Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Friderichs: Der in der Flick-Spendenaffäre angeklagte Vorstandssprecher der Dresdner Bank wird auf eigenen Wunsch kurz vor der Gerichtsverhandlung in Bonn von seinen Aufgaben freigestellt. Der Termin für den Beginn der Hauptverhandlung steht noch nicht fest. (S. 10)

Tschernenko: Erstmals seit zwei Monaten erschien der angeblich schwerkranke sowjetische Staats- und Parteichef wieder in der Öffentlichkeit. Radio Moskau meldete, er habe Kosmonauten mit Lenin-Orden ausgezeichnet. (S. 5)

Zimbabwe: Nach zehnmonatiger Haft ohne Anklageerhebung ist der frühere Ministerpräsident Muzorewa freigelassen worden.

Libanon: Bildungsminister Hoss entging in Westbeirut knapp einem Bombenanschlag. Vier Begleiter kamen bei der Detonation einer Autobombe ums Leben.

Indonesien: Im Alter von 67 Jahren starb der frühere Außenminister und Vizepräsident Malik. Er hatte die Politik Indonesiens seit der Unabhängigkeit 1945 entscheidend mitgeprägt.

Chile: Vier Tote und rund 40 Verletzte gab es beim 10. nationalen Tag des Protests gegen das Militärregime.

Heute: Kanzler Kohl nach Oslo.

ZITAT DES TAGES



» Durch das Herausstellen westlicher Feindbilder soll die sowjetische Bevölkerung von ihren innenpolitischen Problemen, vor allem auch von den Versorgungsschwierigkeiten, abgelenkt werden. Diese Politik ist es, die den Besuch Honeckers verhindert hat «

Der Sowjetunion-Experte Professor Wolfgang Leonhard in einem Interview der WELT (S. 3) FOTO: VISUM

WIRTSCHAFT

Nestlé: Mit einem Schlag mehr als verdoppeln will die schweizerische Nestlé-Gruppe ihr US-Geschäft mit dem spektakulären Drei-Milliarden-Dollar-Angebot für die amerikanische Nahrungsmittel-Firma Carnation Co. (S. 12)

Industrieproduktion: Nach dem Ende der Streiks ist die Industrieproduktion in der Bundesrepublik kräftig gestiegen. Im Juli lag die Fertigung des produzierenden Gewerbes preis- und saisonbereinigt um 13,5 Prozent, des verarbeitenden Gewerbes um 16 Prozent über dem Vormonatsstand. (S. 11)

Textilabkommen: Die angekündigte Drosselung amerikanischer Textilimporte wird von der EG und Ländern der Dritten Welt heftig kritisiert. Auf der Tagung des Gatt-Textilausschusses wird von „Diskriminierung" gesprochen. (S. 11)

Vertragsreif: Nach fast achtjährigen Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden wird am Montag der Vertrag über den Bau des Dollart-Hafens in Emden unterzeichnet.

Börse: An den Aktienmärkte blieben Impulse aus. Die Kurse waren insgesamt knapp behauptet. Der Rentenmarkt war unsicher. WELT-Aktienindex 145,8 (144,8). Dollarmittelkurs 2,9453 (2,9180) Mark. Goldpreis pro Feinunze 338,25 (341,20) Dollar.

KULTUR

Künstleraustausch: Dresden und Bayreuth wollen den 1966 abgebrochenen Künstleraustausch wieder aufnehmen. Die Oberbürgermeister beider Städte führen zur Zeit einen „Kulturdialog", an dem auch Festspielleiter Wolfgang Wagner teilnimmt.

Broadway: Der amerikanische Komponist Arthur Schwartz („Dancing in the Dark") ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Zu seinen Melodien tanzten Fred Astaire und Cy Charise. Er arbeitete mit den berühmtesten Broadway-Lyrikern zusammen.

SPORT

Eishockey: Die deutsche Nationalmannschaft kam beim Canada-Cup überraschend gegen die Tschechoslowakei zu einem 4:4. Die CSSR ist derzeit Vize-Weltmeister.

Tennis: Die Münchnerin Sylvia Hanika besiegte bei den US-Open in Flushing Meadow die Österreicherin Petra Huber mit 6:4, 7:5. Hanika trifft im Viertelfinale auf Evert-Lloyd. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Paris greift durch: Nach der Welle von Gewalt auf Frankreichs Straßen in diesem Sommer will die Regierung den Verkauf und Besitz von Waffen noch strenger regeln. Polizistenmord soll auf jeden Fall mit der Höchststrafe geahndet werden. (S. 18)

„Discovery": Nach sechstägigem erfolgreichem Jungfernflug ist die US-Raumfähre gestern auf einem ausgetrockneten Salzsee in Kalifornien gelandet. (S. 18)

Wetter: Heiter bis bewölkt, vereinzelt Regen. 14 bis 18 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Krankenversicherung droht ein Milliarden-Defizit

Appell an Ärzte: Arznei „nur im medizinisch notwendigen Maß" verschreiben

PETER JENTSCH, Bonn

Der gesetzlichen Krankenversicherung droht in diesem Jahr als Folge der exorbitant gestiegenen Leistungsausgaben insbesondere für Arzt- und Zahnarztbehandlungen ein Defizit von 3,5 bis vier Milliarden Mark. Nach den Worten von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ist die Bundesregierung nicht gewillt, diese alarmierende Kostenentwicklung (im 1. Halbjahr plus 8,1 Prozent) und damit eine Gefährdung der Beitragsstabilität hinzunehmen.

Der Minister will daher insbesondere Ärzte und Zahnärzte durch zusätzliche Vertragsvereinbarungen mit den Krankenkassen an die Kandare nehmen. Darüber hinaus sollen Arzneimittel, Zahnersatz sowie Heil- und Hilfsmittel nur noch in medizinisch notwendigem Umfang verordnet werden.

Diese Marschrichtung wird gemeinsam vom Bundesarbeitsministerium, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden getragen. In einer Neuauflage der Konzertierten Aktion am 4. September in Berlin bekräftigten Blüm, Arbeitgeberpräsident Otto Esser, DGB-Chef Ernst Breit und der DAG-Vorsitzende Hermann Brandt, „rasche und eindeutige Entscheidungen zur Kostendämpfung" seien notwendig, um die Beiträge in der gesetzlichen Krankenversicherung stabil zu halten. In einer gemeinsamen Entschließung heißt es: „Der derzeitige Beitragssatz in der Krankenversicherung reicht bei wirtschaftlichem Verhalten der Leistungsträger und der Versicherten aus, um das hohe Niveau der medizinischen Versorgung zu erhalten und den medizinischen Fortschritt zu finanzieren." Die Sozialpartner erwarteten von der Selbstverwaltung der Krankenkassen und der Kassenärzte unverzüglich gemeinsame Maßnahmen, um Beitragsstabilität für 1984 und 1985 zu erreichen.

Blüm machte in diesem Zusammenhang deutlich, daß es im Gesundheitswesen noch erhebliche „Einsparungspotentiale gibt, die ohne Senkung des Leistungsniveaus verwirklicht werden können". Blüm: „Ich möchte an dieser Stelle nur auf die Bereiche Arzneimittel sowie Zahnersatz und Kieferorthopädie hinweisen."

Nach Informationen der WELT sind in den einzelnen Leistungsbereichen der Krankenkassen die Ausgaben wie folgt gestiegen (1. Halbjahr 1984):

- ärztliche Behandlung und zahnärztliche Behandlung jeweils um 7,3 Prozent;
- Zahnersatz plus 11,8 Prozent;
- Arzneimittel plus 6,3 Prozent;
- Heil- und Hilfsmittel plus 14,3 Prozent;
- Krankenhausbehandlung plus 7,1 Prozent.

In der gleichen Zeit stieg aber die Grundlohnsumme, an deren Wachstum die Ausgabensteigerung im Medizinbetrieb gebunden ist, nur um drei Prozent.

DW. Köln

Die „wachsende Alterslast" verlangt nach Auffassung des Instituts der deutschen Wirtschaft dringend Reformen der gesetzlichen Krankenversicherung. In Köln verwies das Institut gestern darauf, daß bereits 37,4 Prozent der gesamten Ausgaben für die gesundheitliche Betreuung von Rentnern aufgewendet werden. Diese Leistungen könnten nur dann aufrecht erhalten bleiben, wenn der Beitragssatz in den nächsten 50 Jahren von jetzt 11,4 Prozent um ungefähr 30 Prozent angehoben werde. Im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland habe die Ausgabenexplosion in den USA besser kontrolliert werden können. Offensichtlich habe dort die im Durchschnitt bei 25 Prozent liegende Eigenbeteiligungsquote „das Bewußtsein für eine sparsamere Inanspruchnahme medizinischer Leistungen geschärft".

DER KOMMENTAR

Segen und Last

Peter Gillies

Der langfristige Befund über die Sozialkosten ist alarmierend. Die Kosten des Gesundheitswesens, das Rentensystem und die Vorsorge gegen andere Wechselfälle des Lebens beginnen finanzielle Dimensionen zu erklimmen, die eine Gesellschaft zum Handeln zwingen. Ließe man die Kosten weiter ungehemmt explodieren, ist schon heute der Punkt berechenbar, an dem das gesamte Einkommen der Arbeitnehmer von Sozialabgaben aufgezehrt wird.

Segen und Last liegen eng beeinander. Die Menschen werden älter, gehen auch früher in den (verdienten) Ruhestand, aber auf den Aktiven lastet ein schier unbezahlbarer Generationenvertrag. Baby-Baisse und Rentnerberg, wie heute flapsig formuliert wird, fordern die finanzielle Phantasie heraus. Hierbei sind das gute Herz und die soziale Gesinnung keine ausreichenden Ratgeber. Um das Sozialsystem stabil und verläßlich zu halten, bedarf es kühler Kalkulation.

Gewiß ist die Gesundheit ein hohes Gut. Es muß aber nicht zwingend mit derartigen Kostensprüngen verbunden sein. Da Appelle an die Sparsamkeit jeden Unterhaltungswert verloren haben, gilt es, nach einem System zu fahnden, in dem der Gesunde wie der Kranke, der Arzt wie der Apotheker oder das Krankenhaus mit der kollektiven Masse der Versichertenbeiträge so umgehen, als wäre es ihr eigenes Geld. Davon sind wir weit entfernt. Der Krankenschein wird als Blankoscheck betrachtet, den anonyme Dritte einlösen.

Jeder Autofahrer weiß mit Kaskotarif und Selbstbeteiligung trefflich umzugehen. Bei seinem kostbarsten Gut, der Gesundheit, wirft er diese Erkenntnis ungerührt über Bord. Mühsam wird es auch sein, die Beitragsbezogenheit der Rente zu wahren, denn allzuleicht möchte man der Rentenversicherung soziale Leistungen aufbürden, die auf lange Sicht ihre Finanzen sprengen. Vieles mag wünschenswert sein, aber beileibe nicht alles ist finanzierbar. Schließlich ist jede Sozialleistung erst dadurch möglich, daß alle sie vorher erarbeiteten. Zudem: Wer alles dem Arbeitsvertrag aufbürdet, riskiert, daß immer weniger abgeschlossen werden.

Wäre die Öffentlichkeit nicht mit Herrn Honecker beschäftigt gewesen, hätte sie einen erstaunlichen Vorgang zur Kenntnis nehmen können. Man saß an einem Tisch – DGB, DAG, Arbeitgeber, Staat – und einigte sich sogar über einige Eckpunkte zur Gesundheitspolitik. Das ist der Weg, den zu beschreiten alle ein gleichgerichtetes Interesse haben. Es ist schlicht und doch so mühsam: den Sozialstaat finanzierbar zu machen. Und zwar auf lange Sicht.

Honecker spricht von offenen Fragen

„Ich möchte den Besuch in der Bundesrepublik abstatten" / Äußerungen vor Japanern

DW. Bonn

SED-Chef Erich Honecker ist von der japanischen Nachrichtenagentur „Kyodo" mit Worten der Hoffnung zitiert worden, daß er den abgesagten Besuch in der Bundesrepublik Deutschland irgendwann nachholen kann. „Ich habe von der westdeutschen Seite eine Einladung erhalten und möchte den Besuch abstatten, aber es gibt noch offene Fragen, die vor einer Verwirklichung des Besuchs geklärt werden müssen. Mein Besuch muß fruchtbare Ergebnisse bringen", referierte die Agentur Äußerungen Honeckers vor einer japanischen Parlamentarier-Delegation am Dienstag in Ost-Berlin. An dem Gespräch der Japaner mit dem SED-Chef und Staatsratsvorsitzenden nahm auch „DDR"-Außenminister Oskar Fischer teil. Honecker verwies dabei auch auf Bemerkungen von Bundestagsabgeordneten, die sich gegen seinen Besuch ausgesprochen hätten.

Regierungssprecher Sudhoff sagte in Bonn, der Ablauf der bisherigen Gespräche über das vorgesehene Kommuniqué zum Abschluß der Honecker-Visite habe keine unüberwindlichen sachlichen Schwierigkeiten erkennen lassen. Sudhoff: Das

SEITE 2:
Honeckers Zwangslage
SEITE 3:
Weitere Beiträge

Angebot zur Zusammenarbeit im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland bestehe ebenso fort wie die Einladung an Honecker.

Die Regierung reagierte auch auf ein Interview des SPD-Abgeordneten Egon Bahr im NDR, für den Fall eines „DDR"-Besuchs durch den Bundespräsidenten oder den Bundeskanzler sollten diese auch nach Ost-Berlin gehen. Bahr hatte hinzugefügt: „Das geht gar nicht anders, und mann kann unter Völkerrechtsgesichtspunkten auch hinzufügen, daß kein Besuch des Bundespräsidenten in Ost-Berlin oder in West-Berlin in der Lage ist, das zu verändern, was an Status für Berlin von den vier Mächten festgelegt ist." Sudhoff hingegen versicherte, dies sei für die Bundesregierung kein Diskussionsthema.

In Leipzig kritisierte der CDU-Politiker Professor Kurt Biedenkopf vor westlichen Journalisten – mit Blick auf Bonn – bestimmte Vorgänge im Vorfeld des geplanten Besuchs: „Ich glaube, daß auch die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, so wie sie ist, lernfähig ist. Es gibt Dinge, die tut man, und es gibt Dinge, die tut man nicht." Biedenkopf, der in der Messestadt einen Vortrag über Technologietransfer hielt: „Das Klima, das durch diese innenpolitische Diskussion bei uns entstanden ist, sollte nicht noch einmal entstehen."

Im Westen wurde überwiegend vermutet, Honecker habe auf Druck Moskaus absagen müssen.

Kreml-Politiker Kostandow starb in der „DDR"

DW. Bonn

Der gestern während seines Aufenthalts in der „DDR" im Alter von 69 Jahren verstorbene stellvertretende sowjetische Regierungschef Leonid Arkadjewitsch Kostandow galt als einer der besten sowjetischen Kenner der deutschen Wirtschaft. Er war ein wichtiger Ansprechpartner für Politiker und Wirtschaftsfachleute. Kostandow plädierte stets dafür, die deutsch-sowjetische Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet auch in Zeiten starker politischer Spannungen zu pflegen und auszubauen. Ende vergangener Woche hatte Bundeskanzler Helmut Kohl angekündigt, er erwarte Kostandow am 24. September in Bonn.

Die Ostberliner Nachrichtenagentur ADN meldete, der 69jährige sei während seines Aufenthalts in der „DDR" zur Lepiziger Messe an seinem zweiten Herzinfarkt gestorben. Er habe an einer chronischen durch Blutleere gekennzeichneten Herzkrankheit und an einer Herzverhärtung gelitten.

Kostandow war nach der Ernennung Nikolai Tichonows zum Ministerpräsidenten der UdSSR Ende 1980 dessen Nachfolger als einer der beiden Vorsitzenden der deutsch-sowjetischen Wirtschaftskommission geworden. Der als Breschnew-Vertrauter eingestufte Politiker äußerte in einem umfangreichen Beitrag, den die SED-Zeitung „Neues Deutschland" gestern veröffentlichte, Kritik an Mängeln in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der „DDR" und der Sowjetunion.

Seite 10: Kostandow rügte

Lehrstellen: Frau Wilms optimistisch

gil. Bonn

In diesem Jahr wird es einen „neuen Lehrstellenrekord geben, keineswegs aber die beschworene Katastrophe". Diese opimistische Einschätzung sieht Bundesbildungsministerin Frau Dorothee Wilms (CDU) durch die heute zu erwartenden Zahlen bestätigt: Im August waren noch rund 130 000 Bewerber unversorgt, im Juli dagegen zählten die Arbeitsämter noch 231 000 Lehrstellen suchende Mädchen und Jungen.

Zwar liege die Zahl der unversorgten Bewerber im August noch rund 33 000 über dem gleichen Vorjahresmonat, aber 1984 sei von Besonderheiten geprägt. Zum einen habe während des mehrwöchigen Streiks die Vermittlung geruht, zum anderen würden Lehrverträge in diesen Tagen lebhafter abgeschlossen als im Vorjahr. Zwischen Oktober und Februar würden die Betriebe, Kammern, Verbände sowie Land und Bund in einem „Kraftakt" noch Lehrstellenreserven erschließen. Wie im Vorjahr würden dann alle Ausbildungswilligen und -fähigen im wesentlichen untergebracht, meinte Frau Wilms.

1984 werde das Jahr eines neuen Lehrstellenrekords werden, vermutet die Ministerin. Sie erwartet bei einer geschätzten Nachfrage von bis zu 740 000 ein Angebot von deutlich mehr als 700 000 Lehrstellen. Diese Ausbildungsleistung der Wirtschaft würde von der Kritik kaum zur Kenntnis genommen.

Frau Wilms bekräftigte, daß es Steuervergünstigungen, Zuschüsse oder ein Umlagensystem nicht geben werde.

Peres: Nächste Woche Regierungschef

Israel: Parteiblöcke machen Abstriche / Rotation an der Regierungsspitze

DW. Jerusalem

Der designierte israelische Ministerpräsident Shimon Peres will Anfang kommender Woche eine neue Regierung der Nationalen Einheit vorstellen. Nach der 6. Verhandlungsrunde mit dem amtierenden Regierungschef Yitzhak Shamir sagte der Vorsitzende der Arbeiterpartei: „Wir haben alle Meinungsverschiedenheiten überbrückt." In der Endphase der Regierungsverhandlungen hatte der Likud-Block dem Rotationsprinzip in der Regierungsführung zugestimmt, die Arbeiterpartei akzeptierte einen Kompromiß in der Siedlungspolitik. Die mit der Arbeiterpartei verbündete Mapam und die nationalistische Techiya-Partei haben aus Protest gegen „ideologische Zugeständnisse" die Beteiligung an einer Großen Koalition ausgeschlossen.

Die Vereinbarungen zwischen Peres und Shamir besagen, daß der Chef der Arbeiterpartei zunächst für 25 Monate das Amt des Ministerpräsidenten bekleidet, um dann für den Rest der Amtszeit von Shamir abgelöst zu werden. Das Kabinett soll insgesamt 24 bis 26 Minister erhalten, ein „Kernkabinett" von sechs bis acht Ministern in dringenden Fällen Entscheidungsbefugnis erhalten.

Die Ministerliste war am Mittwoch noch nicht vollständig. Doch ist der Likud-Block offensichtlich bereit, den ehemaligen Ministerpräsidenten Yitzhak Rabin (Arbeiterpartei) für die gesamte Legislaturperiode als Verteidigungsminister zu akzeptieren. Ihm soll jedoch ein Likud-Politiker als Stellvertreter beigeordnet werden, der für die Siedlungspolitik verantwortlich zeichnet. Der bisherige stellvertretende Ministerpräsident David Levi (Likud) ist als Wohnungsbauminister vorgesehen und Yitzhak Modai (Likud) als Finanzminister. Dem bisherigen Verteidigungsminister Moshe Arens soll das Wissenschaftsministerium angeboten werden. Ob der ehemalige Verteidigungsminister Ariel Sharon in das Kabinett eintritt, blieb noch offen. Er hatte sich gegen eine von Peres geleitete Große Koalition ausgesprochen.

Der ausgehandelte Kompromiß in der Siedlungspolitik sieht nach Angaben aus politischen Kreisen vor, daß jene Siedlungen in den besetzten arabischen Gebieten angelegt werden können, die von der Likud-Regierung bereits gebilligt, aber noch nicht gebaut worden waren. Entsprechend den finanziellen Möglichkeiten der Regierung will die neue Regierung auch bereits bestehende Siedlungen ausbauen lassen.

Die Führungsspitzen der beiden Parteiblöcke sollen in den nächsten Tagen über die Koalitionsabsprachen informiert werden. Die notwendige Zustimmung der Parteigremien gilt inzwischen als sicher.

Hoher Sieg für Kanadas Konservative

Fast Zweidrittelmehrheit / Künftiger Ministerpräsident Mulroney steht stärker hinter USA

DW. Montreal/Ottawa

Der Erdrutschsieg der kanadischen Konservativen bei den vorgezogenen Parlamentswahlen gilt als persönlicher Triumph des „Senkrechtstarters" Brian Mulroney, der im Juni 1983 erstmals in seinem Leben ein politisches Mandat übernommen hatte. Nach offiziellen Angaben erreichte die vom künftigen Ministerpräsidenten Mulroney geführte Partei mit 211 der 282 Unterhaussitze fast die Zwei-Drittel-Mehrheit. Die erst seit zwei Monaten von Ministerpräsident John Turner geführten Liberalen, die über 20 Jahre die führende politische Kraft Kanadas waren, stellen künftig nur noch 40 statt bisher 139 Abgeordnete.

Den Konservativen gelang in allen Provinzen der politische Durchbruch: So stellen sie 58 der 74 Abgeordneten der Provinz Quebec, die als Hochburg der Liberalen galt. Von den bisherigen liberalen Ministern verloren 15 – mehr als die Hälfte des Kabinetts – ihren Parlamentssitz. Turner kündigte an, die demoralisierte Partei neu aufzubauen.

Mulroney sprach nach der Wahl von „einem strahlenden neuen Tag für dieses wunderbare Kanada". Er hatte seinen Wahlkampf mit dem Versprechen geführt, die bei elf Prozent liegende Arbeitslosigkeit mit staatlichen Beschäftigungsprogrammen zu bekämpfen und die Konjunktur wieder in Schwung zu bringen. Er kündigte eine weitere Öffnung des Landes für ausländische Direktinvestitionen an und versprach, das von der US-Regierung heftig kritisierte Gesetz aufzuheben, nach dem ein Viertel aller Öl- und Gasfunde auf Staatsboden dem Staat zufallen.

Außenpolitisch tritt der künftige Ministerpräsident für eine Hinwendung zu den USA ein. Der Politologe Stephen Clarkson von der Universität Toronto beschrieb ihn als den amerikafreundlichsten Mann, der je in Kanada an die Regierung gekommen sei. Der im Frühjahr zurückgetretene Ministerpräsident Trudeau war mit seinem Engagement für die Dritte Welt und einer aktiven Entspannungspolitik in Washington zunehmend auf Kritik gestoßen.

Innenpolitisch erwarten Beobachter von dem neuen konservativen Politiker jedoch keinen kräftigen Rechtsruck. Der einstige Rechtsanwalt Mulroney, der als Arbeitsrechtler half, Tarifkämpfe in den Häfen zu schlichten, tritt für einen Ausbau des „sozialen Netzes" ein und befürwortet die Einführung einer Mindeststeuer für Besserverdienende. Bekannt wurde er als Mitglied von Kommissionen zur Untersuchung von Korruptionsvorwürfen gegen Gewerkschafter und Unternehmen. Mulroney wird wahrscheinlich am 17. September als Ministerpräsident vereidigt werden.

Seite 2: Nach Trudeau

Pekings Dialog mit Moskau soll wieder in Gang kommen

Treffen der Außenminister Wu und Gromyko in New York

dpa, Peking

Die Gespräche zwischen China und der Sowjetunion über eine Normalisierung ihrer zwischenstaatlichen Beziehungen werden in den nächsten Wochen auf zwei Ebenen wieder in Gang kommen. Wie das Pekinger Außenministerium gestern auf Anfrage bekanntgab, wird Außenminister Wu Xueqian am Rande der bevorstehenden UNO-Vollversammlung in New York mit seinem sowjetischen Amtskollegen Andrej Gromyko zusammentreffen.

Zu einem angeblich noch nicht festgelegten Termin im Oktober ist außerdem in Peking eine neue Runde der Konsultationen zwischen den Unterhändlern beider Staaten vorgesehen. Diese Gespräche sind seit März dieses Jahres unterbrochen.

In den vergangenen Wochen ist es durch anhaltende gegenseitige Propaganda-Attacken zu einer neuen Verhärtung im Verhältnis zwischen den beiden kommunistischen Machtzentren gekommen. Li Peng, stellvertretender Ministerpräsident der Volksrepublik China, erklärte am Dienstag bei einem Besuch in Japan, das Tempo des Normalisierungsprozesses zwischen China und der Sowjetunion habe sich seit dem Amtsantritt des Staats- und Parteichefs Konstantin Tschernenko im Februar verlangsamt. Mit einem Durchbruch in den sowjetisch-chinesischen Verhandlungen, die vor zwei Jahren nach mehr als zwei Jahrzehnten heftiger ideologischer Auseinandersetzungen aufgenommen wurden, ist nach den Worten Li Pengs nicht zu rechnen, solange die Sowjetunion China als Bedrohung betrachte.

Ein neuer Termin für den Anfang Mai in letzter Minute abgesagten China-Besuch des sowjetischen Vizepremiers Iwan Archipow ist, so das Pekinger Außenministerium, bisher nicht bekannt. Peking macht eine Normalisierung seiner Beziehungen zur UdSSR von einer Verringerung des militärischen Drucks der Sowjets auf China, von einem Abzug der Vietnamesen aus Kambodscha und der Sowjets aus Afghanistan abhängig.

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wieder die Kurve gekriegt

Von August Graf Kageneck

Frankreich hat wieder einmal die These des deutschen Philosophen Keyserling bestätigt, daß es nach Exzessen schnell zur Mitte zurückfindet. Der Kulturkampf um die privaten Schulen, noch vor zwei Monaten wie ein drohendes Bürgerkriegsmenetekel an den sozialistischen Himmel geschrieben, ist so schnell, wie er gekommen war, wieder in die verstaubten Regale der Geschichte zurückgekehrt.

Das Volk, das am 24. Juni in den Straßen von Paris mit vier Millionen Paar Füßen gegen die von den Sozialisten anvisierte Gleichschaltung des Bildungswesens gestimmt hatte, braucht sich um keinen neuen Entscheid zu bemühen. Die Referendumspläne des Staatschefs sind geplatzt und von Schulreform ist – vorerst – keine Rede mehr.

Statt dessen will der neue Erziehungsminister Jean-Pierre Chevenement zurück zur guten alten Elementarschule des Jules Ferry aus den Anfängen unseres Jahrhunderts. Das ist zunächst einmal insofern ein neuer Treppenwitz der Geschichte, als der neue Mann das progressistischste Köpfchen in der Partei ist, den linken Flügel dieser Partei befehligt und im Herbst 1980 die phantastischsten Forderungen zur Schaffung eines „einheitlichen nationalen Laienschuldienstes" in die sozialistische Wahlplattform schrieb.

Wer da weiß, welchen Stellenwert die Gleichschaltung der Hirne für einen Sozialisten von echtem Schrot und Korn hat und wer den Druck kennt, den die Lehrerlobby auf den sozialistischen Apparat ausübt, vermag das Saulus-Paulus-Syndrom des Jean-Pierre Chevenement zu ermessen. Nur übergeordnete politische und wahlstrategische Interessen des Regimes können einen derartigen Wandel herbeigeführt haben.

Chevenement ist indes ein agiler Geist und hat schon manche harte ideologische Kurve genommen, mit oder ohne Schrammen. Der hochgebildete Linksphilosoph, in der Partei seiner dunklen Haartolle wegen „der schwarze Husar der Republik" genannt, hat sich jetzt vorerst einmal die bewährte kartesische Maxime des „bon sens" zu eigen gemacht. Die Anhänger der Privatschulen können nach all den Aufregungen dieses Sommers wieder tief durchatmen. Ruhig schlafen können sie freilich nicht; der Schulklassenfeind schläft nie.

Zurück ins Nest

Von Jürgen Liminski

Die Terroristen aller Länder haben ihr El Dorado wieder. Wie Sand eine Grube füllt, so läuft die von den Israelis ausgehobenen Terrorzentrale West-Beirut wieder mit PLO-Adepten aller Schattierungen voll.

Alte, nicht entdeckte Waffenlager werden wieder geöffnet, Geheimzellen von Kadertrupps und Operationskommandos bilden sich neu, die Rotationsmaschinen des Propagandaapparats drehen sich wieder. Die gesamte Infrastruktur und Mechanik des PLO-Terrorismus, die ehemals die internationalen Verästelungen des Terrorismus versorgten, sie werden frisch geölt und neu geordnet.

Die Situation gleicht scheinbar den goldenen Tagen der PLO vor dem Einmarsch der Israelis im Sommer 1982. Aber nur scheinbar; sie ist schlimmer. Damals mußten Arafat und seine Hintermänner noch ein Eingreifen Israels befürchten, auch Amerika drohte den Terroristen.

Heute jedoch denkt man in Jerusalem fast nur noch an den Abzug aus dem Süden Libanons, und von der amerikanischen Faust ist in Richtung Beirut allenfalls nur noch ein erhobener Zeigefinger übriggeblieben. Kein Politiker im Westen würde es heute wagen, etwas gegen die neuen Terrorzentralen in West-Beirut zu unternehmen oder eine Unternehmung anzuregen; der Gedanke an die unvermeidlichen Schlagzeilen läßt jeden zurückschaudern.

So bleibt dann als Fazit: Der Spielraum des internationalen Terrorismus ist größer denn je, sein Schlupfwinkel ist von unsichtbarer Hand geschützt, seine Organisationsmöglichkeiten sind unabsehbar. Das um so mehr, als sich zum PLO-Terror und zum Terroristenmäzen Khadhafi heute noch der schiitische Terror als neue Ausprägung des Totalitarismus gesellt. Bald werden sich in West-Beirut wohl auch wieder Terror-Azubis aus Europa und Fernost einfinden.

Der neue Gefahrenherd ist erkannt. Und erkannt hat man auch in Paris und Washington, daß es niemanden gibt, der dem Westen diesmal die Kastanien aus dem Feuer holen könnte.

Verbannung heute

Von Enno v. Loewenstern

Als die Volksversammlung um das Jahr 485 v. Chr. über den Aristides Scherbengericht hielt, bat ein Athener seinen Nachbarn, ihm doch den Namen auf die Scherbe zu kratzen; er sei des Schreibens nicht kundig. Der Nachbar tat es; daß er selber jener „Gerechte" war und solcherart zu seiner Verbannung beitrug, offenbarte er seinem Mitbürger nicht.

Warum sollte er auch (abgesehen davon, daß das nicht seine Art war)? Ein Versuch, sich zu „rechtfertigen", hätte keinen Sinn gehabt; der Ostrakismos diente nicht der Bestrafung von Schuldigen, sondern der Entfernung von Personen, die nach allgemeiner Meinung – wenigstens zehntausend Stimmen mußten abgegeben werden – Probleme aufwerfen könnten.

Man ging in die Fremde um des gemeinen Wohls willen und kehrte nach zehn Jahren in Ehren wieder, wenn man nicht, wie Aristides, früher zurückgeholt wurde. Das hielten die Griechen für einen guten Brauch, wie sie auch die Sklaverei für einen guten Brauch hielten. Die Staaten, die heute noch die Sklaverei pflegen, halten auch die Verbannung für einen guten Brauch. Wie viele Deutsche hat der Hitlerstaat aus dem Lande gejagt! Wie würdelos wurde Solschenizyn ins Flugzeug gepackt!

Die heutigen Sklavenhalter aber, das ist der Unterschied, verbannen unerwünschte Personen von Amts wegen, nicht mit der Stimme des Volkes. In Polen wird nun sogar in öffentlicher Schamlosigkeit über ein Gesetz beraten, wie man die Unbequemen in „gewisse Länder außerhalb Europas" treiben kann, wenn sie „verbissen" die Grundsätze der Gesellschaftsordnung mißachten. Freilich, so eine elende Gesellschaftsordnung sieht sich vor einem unlösbaren Dilemma: Läßt sie die Gerechten im Land reden, dann zieht sich das Scherbengericht über der Gesellschaftsordnung zusammen. Läßt sie sie nicht reden, sperrt sie sie ein, dann kann es erst recht dazu kommen.

So schieben sie das Dilemma nach außen: Nehmen die „gewissen" Länder die Verjagten nicht auf, kann man ihnen Verweigerung der Zuflucht vorwerfen. Nehmen sie sie auf, so handeln sie als Komplizen. Was hält die UNO mit ihrer Satzung davon, wenn so ein Staat den einen seiner Bürger die Freizügigkeit nach außen und den anderen die Freizügigkeit nach innen nimmt? Die Frage sollte im Glashaus gestellt werden.



„Scargill, laß das!" KLAUS BÖHLE

Honeckers Zwangslage

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Honecker hält an seiner Absicht fest, die Bundesrepublik Deutschland zu besuchen. Er tut es, obwohl ihn die eigene Absage vom Dienstag schwer ramponiert. Warum sieht er sich gezwungen, die Hoffnung am Leben zu erhalten, daß er eines Tages doch noch in den anderen Teil Deutschlands fahren werde?

Gesicherte Kenntnis ist erstens, daß Ost-Berlin die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik unter gar keinen Umständen von politischen Unwettern beeinträchtigt sehen will. Dies ist ein geradezu elementares Interesse.

Gesicherte Kenntnis ist zweitens, daß sich alles Tun und Trachten Honeckers im Umgang mit Bonn auf dieses Ziel richtet: Er will es zuwege bringen, daß die Bundesrepublik Deutschland die „DDR" als etwas Endgültiges anerkennt. Aus diesem Grund sind ihm die Protokollfragen so wichtig. Ihrer weltweiten Anerkennung haftet in der Sicht der „DDR" der explosive Makel an, daß Bonn die völkerrechtliche Anerkennung verweigert. Damit ist die deutsche Frage nicht nur rechtlich, sondern auch politisch offen. Honecker käme seinem Ziel einen großen Schritt näher, wenn er in Bonn vom Bundespräsidenten empfangen wird, und sei es auch nur zu einem „Höflichkeitsbesuch".

Gesicherte Kenntnis ist drittens, daß die Bevölkerung in der „DDR" an eine Reise Honeckers in die Bundesrepublik – gleichgültig, wann sie wahr wird – tiefgründige Erwartungen knüpft. Die Leute drüben sagen: Er soll fahren, vielleicht kommt doch etwas dabei heraus! Damit meinen sie konkret Reiseerleichterungen für sich selbst. Dieses bißchen Hoffnung ist für Honeckers Regime konstituierend. Mit den 400 000 in Mitteldeutschland stationierten Sowjetsoldaten kann Moskau der SED die gewaltsame Beherrschung der 17 Millionen Menschen garantieren. Doch mit der Friedensbewegung hat Honecker schon ein „Stück Polen" erlebt. Er weiß, daß seine Herrschaft auf tönernen Füßen steht, wenn der innere Seelenfrieden der Bevölkerung nicht in der Balance bleibt. Darum braucht er dieses dürre Prinzip Hoffnung – Hoffnung darauf, daß es Schrittchen für Schrittchen besser wird im geteilten Deutschland. Und dazu ist er unumgänglich auf Bonn angewiesen. Dieses Motiv dürfte entscheidend sein für seinen beharrlichen Reisewunsch.

Wenn dies die Situation Honeckers ist, dann sind diejenigen im Unrecht, die wie Bölling meinen, Bonn müsse „immer etwas mehr zu bieten haben, als die anderen zu leisten bereit sind". Wäre das so, dann könnte Honecker mit einiger Geduld den Tag abwarten, an dem Bonn seine Geraer Forderungen erfüllt hat, von denen Mertes sagt, sie seien Ausdruck des dreifachen Njet der Sowjetunion zur westlichen Auffassung von der Rechtslage Deutschlands und Berlins. Die Wahrheit ist, daß Ost-Berlin – ob Honecker oder wer immer – aus eigenen Zwängen handelt, handeln muß. Und das bedeutet: Bonn ist gewiß darauf bedacht, eine Verhandlungssituation aufrechtzuerhalten; aber es hat gegenüber Ost-Berlin keine Bringschuld.

Alle Rechnungen wären jedoch ohne den Wirt gemacht, täte man so, als gäbe es die Sowjetunion nicht. Im Mai hatte die „DDR"-Regierung Bonn den 26. September als Termin für den Besuch Honeckers vorgeschlagen. Das geschah gewiß nicht ohne das Einverständnis Moskaus. Wenn Honecker jetzt diesen Termin streichen mußte, so dürfte dafür sowjetischer Einspruch ausschlaggebend gewesen sein.

In den Monaten seit dem Mai ist über Bonn die kommunistische Revanchismus-Kampagne hereingebrochen. Was ist in Moskau vor sich gegangen? Man kann nur die Indizien beschreiben:

1. Unter Tscherneko schottet sich die Sowjetunion nicht nur gegen Westen ab; sie hat auch die Verhandlungen mit China blockiert.



Und Honecker will doch kommen: Moldt, die Absage erläutemd FOTO: DPA

2. In Europa findet sich die Sowjetunion in einer Situation wieder, wie sie vergleichbar 1966 bestanden hatte, als Bundeskanzler Erhard seine Friedensnote startete. Bonn versuchte, nicht nur mit Moskau, sondern unabhängig von Moskau auch mit Warschau, Prag und „jedem anderen europäischen Staat, der dies wünscht", ins Gespräch zu kommen. Damals setzten es die Sowjets durch, daß sich die Staaten des Warschauer Paktes gegenüber dieser Bonner Initiative solidarisierten. Daß sich 1984 Ceausescu und Schiwkow von ihrer Reise nach Bonn abhalten lassen werden, ist eher unwahrscheinlich, und auch Ungarn wird nicht ohne weiteres seine Verbindungen nach Westen kappen. Die Antwort des Kreml darauf ist das eiserne Dreieck Sowjetunion, Polen, CSSR und der Rückpfiff Honeckers. Diese Konstellation ist für die Sowjets gravierend abträglicher als der Zustand Europas am Beginn der siebziger Jahre. Damals schloß Bundeskanzler Brandt den Moskauer Vertrag als Generalvertrag für alle weiteren Abkommen mit europäischen Ost-Staaten. Brandt hatte gemeint, nicht zu den Schmiedchen, sondern zum Schmied gehen zu müssen.

3. In dieser Lage kehrt Moskau gegenüber Washington und Bonn zu den agitatorischen Methoden des „kalten Krieges" zurück. Hatte Brandt seine Ostverträge nicht zuletzt auch deshalb abgeschlossen, um den „kalten Krieg" endgültig zu überwinden? Jetzt erleben wir, daß Moskau mit den Ostverträgen die Konzessionen der westlichen Seite eingesackt hat, um nunmehr ungeniert so zu tun, als hätte es die Verträge nie gegeben. Das offenkundige Ziel ist es, im zweiten Durchgang die völkerechtliche Anerkennung der widerrechtlichen Teilung Europas, eingeschlossen die Teilung Deutschlands, zu erzwingen. So erklärt sich die Kampagne gegen den Brief zur deutschen Einheit, den die Sowjetregierung bei Abschluß des Moskauer Vertrages entgegengenommen und dem Obersten Sowjet zugeleitet hat.

Im Schutz der USA kann Bundeskanzler Kohl dem rauhen Wind aus dem Osten standhalten. Die Frage ist, ob Honecker nicht zerrieben wird. Er hängt von Moskau ab, aber er braucht auch Bonn.

IM GESPRÄCH Brian Mulroney

Der Junge aus Baie Comeau

Von Alfred v. Krusenstiern

Baie Comeau ist in Kanada gleichbedeutend mit Hintertupfingen. Es ist eine Dreitausend-Seelen-Gemeinde am Mündungstrichter des St.-Lorenz-Stroms, etwa auf halbem Wege zwischen Quebec und Labrador. Außer den Schiffen, die auf dem Strom in die große weite Welt hinausfahren, gibt es in Baie Comeau eigentlich nichts zu sehen.

Wenn ein Junge, der in Baie Comeau als eines von sechs Kindern eines armen Bauhandwerkers aufwuchs, es zum Parteiführer bringt, dann imponiert das den Kanadiern, die sich immer noch gern als Pioniere in der nordamerikanischen Wildnis sehen. Die ärmliche und provinzielle Herkunft hat der politischen Karriere von Brian Mulroney (45), dem Führer der Konservativen Partei Kanadas, nie geschadet; sein überwältigender Wahlsieg wurde gerade durch viele einfache Leute herbeigeführt, denen es nie einfallen würde, einen konservativen Patrizier zu wählen.



Charme, Ehrgeiz und ein scharfer Verstand: Mulroney FOTO: CAMERA PRESS

Der einer irischen Familie entstammende Mulroney wuchs in der frankokanadischen Provinz Quebec zweisprachig auf. Zu Hause wurde Englisch gesprochen, außerhalb des Hauses Französisch. Der aufgeweckte Junge begann schon mit sechzehn Jahren mit dem Studium an der katholischen St. Francis Xavier University und beendete sein Studium der Rechtswissenschaften an der renommierten Laval University in Montreal. Mit siebzehn schloß er sich den Konservativen an. Er empfand die Liberalen, die seit zwanzig Jahren in Ottawa regierten, als arrogant: „Ein Kerl wie ich paßte bei denen nicht hinein."

Mulroney trat in Montreal in eine angesehene Anwaltsfirma ein, und sobald er sich die Beiträge leisten konnte, wurde er Mitglied des exklusiven Mount Royal Tennis Clubs. Im Sommer 1972 erspähte er dort am Schwimmbecken ein lebhaftes dunkelhaariges Mädchen, die achtzehnjährige Mila Pivnicki, Tochter eines aus Jugoslawien stammenden Psychiaters. Mila war zunächst mißtrauisch. „Er überredete mich immer, etwas zu unternehmen, was ich selbst gar nicht vorhatte", beschwerte sie sich. Nach einem Jahr überredete er sie zur Heirat. Heute haben die Mulroneys drei Kinder zwischen vier und zehn Jahren.

Charme, Ehrgeiz und ein scharfer Verstand trieben Mulroneys Karriere vorwärts, und der Junge aus Baie Comeau wurde schließlich Chef eines großen Bergbauunternehmens. Jede freie Minute widmete er der Parteiarbeit, und 1976 glaubte er der Partei einen Schuldschein präsentieren zu können: Er bewarb sich um den Posten des Parteichefs und Kandidaten für das Amt des Regierungschefs. Im ersten Wahlgang lag er auf Platz zwei, doch schließlich wurde Joe Clark gewählt, der später wenige Monate lang ein glückloser konservativer Premierminister war, bis der politische Zauberer Trudeau das Amt des Premierministers zurückeroberte.

Sieben Jahre nach dem ersten Anlauf hatte Mulroney mehr Glück. Die Konservativen wählten ihn 1983 zum Parteichef und Premierminister-Kandidaten. Der Zeitpunkt war günstig. Die Wähler waren Trudeaus überdrüssig. John Turner übernahm das Amt des Regierungschefs und des liberalen Parteiführers und schrieb, um sich so schnell wie möglich ein Mandat zu sichern, Wahlen aus. Die Wähler aber entschieden sich für den Jungen aus Baie Comeau.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

In den Zeitungen des In- und Auslandes wird überwiegend Moskau für die Verschiebung des Honecker-Besuchs verantwortlich gemacht:

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Gescheitert ist der Honecker-Besuch nicht an Bonn, sondern an Moskau. Im Kreml stemmen sich, wie man weiß, die Falken mit Vehemenz gegen neue Weichenstellungen in Richtung Tauwetter und Entspannung ... In Moskau ist man an einer Neuauflage ernsthafter Ost-West-Gespräche derzeit nicht interessiert.

WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE

Doch was immer es an Ungeschicklichkeiten auf westdeutscher Seite, was immer an Gerede gegeben hat, entscheidend für die Verschiebung waren sie wohl nicht ... Wenn die Sowjetunion nicht mit den USA spricht, darf der Ostdeutsche nicht freundlich mit seinem westlichen Nachbarn reden. **(Essen)**

Kieler Nachrichten

Dem SED-Chef fehlte ganz einfach die Besuchserlaubnis, und diese wird für die höchste politische Ebene im Ostblock noch immer in Moskau ausgestellt ... Die von Moskau erzwungene Absage des Besuchstermins ist ein kapitaler Tiefpunkt der politischen Arbeit Honeckers. Vielleicht sogar der Anfang vom politischen Ende des SED-Generalsekretärs.

Frankfurter Rundschau

Nun ist der Besuch Erich Honeckers endlich kaputtgeschwätzt und kaputtintrigiert. Die öffentliche Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über diesen Besuch war in der Tat äußerst unwürdig und ihm abträglich, da hat der Ständige Vertreter der DDR in Bonn, Ewald Moldt, recht.

LIBERATION

Die Antikommunisten in der ganzen Welt wären echte Idioten, wenn sie gestern nicht Champagner vergossen hätten. Tatsächlich hat ihnen die Aktualität den besten Beweis in die Hand gedrückt, daß die osteuropäischen Satellitenstaaten unerbittliche Vasallen des Moskauer Lehnsherrn sind. **(Paris)**

The Daily Telegraph

Die Absage ist ein Schlag für Honecker in seinem Bemühen, den (gerechtfertigten) Ruf loszuwerden, daß er vom Kreml gegängelt werde, dies auch besonders, nachdem er gezwungen worden war, sich am Boykott der Olympischen Spiele zu beteiligen und die Stationierung neuer sowjetischer Raketen hinzunehmen. **(London)**

Nach Trudeau verläßt auch seine Politik die Bühne

Nun wird ganz Nordamerika konservativ regiert / Von Heinz Barth

Vom Atlantik her streicht ein neuer Westwind über Europas Küsten. Wenn Ronald Reagan am 6. November für weitere vier Jahre im Amt bestätigt wird – woran kaum jemand zweifelt –, wird Nordamerika nach dem überwältigenden Wahlsieg der Konservativen in Kanada in einer besser synchronisierten Tonlage zu seinen europäischen Partnern sprechen. Zum ersten Mal seit sechzehn Jahren war Pierre Elliot Trudeau bei dieser Wahl nicht mehr die alles beherrschende Figur.

Die Ära, die seinen Namen trägt, ist zu Ende gegangen. Als er im März seine Absicht kundtat, sich ins Privatleben zurückzuziehen, ging eine Welle der Erleichterung, aber auch der ratlosen Verblüffung durch das Land, besonders aber durch die Liberale Partei, an deren Spitze er Kanada so lange und so eigenwillig geführt hatte. Der Erleichterung, weil bei den Kanadiern in den letzten Jahren zunehmende Einigkeit darüber bestand, daß sich die Zeit der Trudeau-Manie überlebt hatte, in der die soziale Experimentiersucht und der Welterlösungseifer des charismatischen Regierungschefs den Kurs bestimmten. Der ratlosen Verblüffung, weil Trudeau so lange eine Starrolle auf der kanadischen Szene gespielt hatte, daß sie zunächst wie leergefegt erschien.

Doch schließlich überwog die Erleichterung bei weitem. Ein Erdrutsch sondergleichen hat die politische Geographie des zweitgrößten Flächenstaates der Erde verändert. Bisher war Ontario die ideologische Wasserscheide zwischen dem liberalen Osten und dem konservativen, aber dünn besiedelten Westen Kanadas gewesen. Die entscheidende Veränderung dieser Wahl war der tiefe Einbruch der Konservativen in der Provinz Quebec, der frankophonen Hochburg der Liberalen.

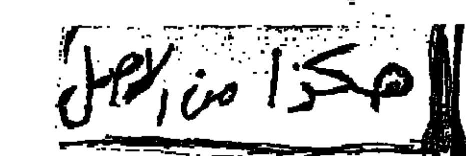
Der Eindruck könnte täuschen, daß es in dieser wechselvollen Wahlkampagne um ein Duell zwischen beiden Parteiführern ging. An Ausstrahlung war Brian Mulroney dem honorigen, aber etwas hölzern wirkenden Ministerpräsidenten John Turner, dem Nachfolger Trudeaus an der Spitze der Liberalen, deutlich überlegen. Turner hatte erst im vergangenen Juni die Regierung übernommen. Das Erbe erwies sich als zu schwer für den soliden Politiker, der sich neun Jahre zuvor mit seinem Parteifreund Trudeau überworfen und sein Amt als Finanzminister niedergelegt hatte.

Es schien von vornherein klar, daß für Kanada die Stunde der großen Wende geschlagen hatte. Wirtschaftlich ist die Hinterlassenschaft Trudeaus katastrophal. Er hatte sich mehr für die Entwicklungsländer und das Nordsüdgefälle in der Welt als für die Depression interessiert, in die er Kanada mit seinen Reform-Experimenten führte. Das Sozialprodukt ging 1981/82 um sechs Prozent zurück. Die Arbeitslosigkeit stieg auf elf Prozent. Einen Meinungsstreit darüber, ob die kanadische Politik die Epoche der Experimente beenden und zur Mitte rücken mußte, konnte es kaum noch geben. John Turner konnte nur ein Programm vertreten, das sich im Prinzip wenig von dem der Opposition unterschied.

Es war für die Wähler naheliegend, sich in dieser Situation für die Konservativen zu entscheiden, die von jeher für eine realistische Wirtschaftspolitik eingetreten waren. Man darf damit rechnen, daß der künftige Regierungschef den Abbau der aufgeblähten Trudeau-Bürokratie, mit dem John Turner schon begonnen hatte, energisch fortsetzen wird.

An Energie wird es dem jungen Manager Brian Mulroney nicht fehlen. Dennoch dürfte sich sein Konservatismus gesellschaftspolitisch in einigen Punkten von dem Ronald Reagans unterscheiden. Im Firmenschild der von ihm geführten Partei kommt das Wort „fortschrittlich" vor. Schon in den fünfziger Jahren hatten die kanadischen Konservativen unter der Leitung John Diefenbakers, gestützt auf die damalige Wirtschaftsblüte des Landes, einen gemäßigten sozialen Kurs verfolgt. Innen- und sozialpolitisch ist daher eine Linie zu erwarten, die sich mehr an europäischen Vorbildern als an den Republikanern in den Vereinigten Staaten orientiert.

Hingegen dürfte Kanada, was die Außen- und Verteidigungspolitik betrifft, unter der neuen Regierung besser mit der Reagan-Administration harmonieren. Trudeau war mit seinen Entspannungs-Illusionen für die USA ein ebenso schwieriger Partner wie für die Europäer. Es ist ein Gewinn für die Vereinigten Staaten und für das westliche Bündnis, daß künftig mit einer größeren Stabilität der kanadischen Außenpolitik gerechnet werden kann. Zunächst aber bedarf Kanada einer Phase wirtschaftlicher Konsolidierung, zu der der Aufschwung der amerikanischen Wirtschaft bisher nur wenig beitragen konnte. Die Hindernisse für eine wirksame Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern sind jetzt beseitigt.



Prestigeverlust für den SED-Chef – Auch im Politbüro gab es Widerstand gegen den Besuch in der Bundesrepublik

Moskau prügelte Bonn und meinte den Genossen Honecker

Von MANFRED SCHELL

Was wird jetzt aus Erich Honecker? Nachdem seine Besuchsabsage als politisches Faktum „konsumiert" ist, rückt jetzt die Frage nach der politischen Zukunft des ersten Mannes in der SED-Führung in den Mittelpunkt. Erleidet Honecker – vielleicht nach der 35-Jahr-Feier der „DDR" – das Schicksal Walter Ulbrichts, den er mit Hilfe der Sowjets am 3. Mai 1971 gestürzt hat?

Es wäre gewiß voreilig, das politische Ende Honeckers vorherzusagen. Aber nach den inzwischen in Bonn vorliegenden Informationen hat jedenfalls nicht nur Moskau die Absage des vom 26. bis 30. September vorgesehenen „Arbeitsbesuchs" in der Bundesrepublik Deutschland erzwungen. Zum Schluß, als es um die endgültige Entscheidung ging, hatte Honecker auch im SED-Politbüro eine „breite Meinungsbildung" gegen die Besuchsabsicht. Sie wurde nicht nur von „Hardlinern" wie Stoph, Mielke und Armeegeneral Hoffmann vorgebracht. Auch die Politbüromitglieder *Neumann und Mittag*, ja persönliche Mitarbeiter Honeckers, haben ihm geraten, „*jetzt nicht zu fahren*". Keine Klarheit herrscht in diesem Zusammenhang in Bonn über den Stellenwert des zum Politbüromitglied aufgerückten Häber.

Honecker, das ist die durchgängige Einschätzung in Bonn, hat seinen Handlungsspielraum nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern auch im eigenen Apparat überschätzt. Zurück bleibt ein „Prestigeverlust" im Warschauer Pakt. Er ist jedenfalls nicht so „souverän" wie *der Rumäne Ceausescu und der* Bulgare Schiwkow, die beide noch in diesem Herbst nach Bonn kommen wollen. Zurück bleibt auch Enttäuschung in der „DDR"-Bevölkerung, die Hoffnungen mit den Reiseabsichten Honeckers verbunden hatte, auch wenn sie nur gering waren. Alle diese Gesichtspunkte hatte Bundeskanzler Helmut Kohl im Auge, als er in den letzten Wochen, in denen das tägliche Rätselraten über die wirklichen Absichten Honeckers die Medien beherrschte, zur „Gelassenheit" geraten hat. Kohl: „Honecker ist willkommen. Wenn er nicht kommt, wird er dies begründen müssen."

Jenseits der von der „DDR" genannten Gründe für die Absage greift die politische Analyse tiefer. Zum einen hatte der Bundeskanzler aus der ersten Begegnung mit Honecker, das war im Februar dieses Jahres anläßlich des Todes von Andropow in Moskau, den Eindruck gewonnen, der SED-Chef stütze seine *Aktivitäten* in Richtung Bonn auf das Einver*ständnis des neuen sowjetischen Par*teichefs Tschernenko. Honecker hat dies *damals durchschimmern lassen*, bevor er zu einer längeren Unterredung *mit Tschernenko* in den Kreml gefahren ist.

Kohl hatte im Bewußtsein der Geraer Forderungen Honeckers aus dem Jahre 1980 dem SED-Chef geraten, künftig miteinander über das „Machbare" zu sprechen. Nach dieser Begegnung mit Kohl hatte Honecker dann auf der Frühjahrsmesse in Leipzig in diesem Jahr gegenüber den Ministerpräsidenten Strauß und Zeyer gesagt, er wolle „*im Herbst*" in die Bundesrepublik Deutschland reisen. *Im Gespräch mit Lambsdorff wurde* er präziser und nannte dafür den „September".

Am 8. Mai hatte dann der Ständige Vertreter der „DDR" in Bonn, Moldt, im Bundeskanzleramt Staatsminister Jenninger aufgesucht und das Besuchsinteresse des SED-Generalsekretärs in aller Form zu Protokoll gegeben, indem er drei konkrete Aussagen machte: Der Besuch sollte vom 26. bis 30. September stattfinden, weil Honecker zuvor noch nach Äthiopien wolle und dann, im Oktober, mit den Feierlichkeiten zur „Staatsgründung" *beschäftigt sei*. Der Besuch müsse „in Bonn" stattfinden und es sollte ein „gemeinsames Kommuniqué" erarbeitet werden.

Jenninger akzeptierte nach Rücksprache mit dem Bundeskanzler den Termin und signalisierte zugleich die grundsätzliche Bereitschaft, zu einer gemeinsamen Schlußerklärung zu gelangen. Aber er machte deutlich, daß der Charakter eines „Arbeitsbesuches" eingehalten werden müsse. Das bedeute: Die Begegnung mit Kohl könne nicht in Bonn stattfinden. Dies sei auch Grundlage für die Einladung an Honecker nach dem Aufenthalt von Kanzler Schmidt am *Werbellinsee* und *in Güstrow* gewesen.

Die „DDR" wollte, das ist inzwischen bekannt geworden, den Be*such Honeckers in Bonn* mit einer Begegnung mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker beginnen lassen. Dies wurde abgelehnt. Die Bundesregierung erklärte sich jedoch mit einem „Höflichkeitsbesuch" bei Weizsäcker in der Mitte des Reiseprogramms einverstanden. Er sollte „am Amtssitz" des Staatsoberhauptes stattfinden. Da die Villa Hammer*schmidt bis zum Jahresende* umgebaut wird, war die Begegnung auf *Schloß Falkenlust außerhalb Bonns* vorgesehen.

Der Fahrplan war schon genau ausgetüftelt. Die „DDR" hatte bereits in den letzten Wochen ihren Vorschlag für eine Abschlußerklärung schriftlich unterbreitet und darin auf die ausdrückliche Erwähnung der Geraer Forderungen Honeckers – Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft, Regelung des Grenzverlaufs in der Elbemitte und Botschafteraus*tausch – verzichtet. Dies hatte die* Bundesregierung zu der Einschätzung geführt, am Kommuniqué jedenfalls werde nichts scheitern. Zu diesem Zeitpunkt hatte jedoch schon längst die Moskauer Revanchismus-Kampagne gegen Bonn eingesetzt. Die Vorwürfe steigerten sich, wurden geradezu hysterisch, je näher der in Aussicht genommene Besuchstermin Honeckers rückte: Bonn wölle *die „DDR liquidieren", sie „einverleiben"*, in einem Beitrag war auch *von dem angestrebten* „Anschluß" Österreichs die Rede. Den Gipfel erreichte diese Kampagne mit der Erklärung, aus deutschen Bierkellern dringe die „heisere Stimme des Führers".

Wirklicher Adressat dieser Breitseiten war von Anfang an Honecker. Es sollte ein Klima geschaffen werden, das ihm seine Reise unmöglich *machte. Parallel zu dieser Begleitmu*sik aus Moskau gab es im SED-Führungszirkel Diskussionen. Für *und* Wider wurden gegeneinander abgewogen. Honecker gehörte dabei offenkundig zu denen, die der Meinung waren, der Besuch wäre ein „Wert an sich". Medienträchtig, so die Überlegung, werde er jedenfalls sein und dem Image unmittelbar vor der Gründungsfeier dienen. Außerdem würde ein Besuch in der Bundesrepublik Deutschland Türen in andere westeu*ropäische Ländern öffnen. Dagegen* stand in der SED-Führung die Einschätzung, daß Honecker bei der gegebenen Ausgangslage – Kohl hatte Entgegenkommen in prinzipiellen Fragen abschlägig beschieden – mit politischen Erfolgen nicht zurückkommen und andererseits auch die „Erwartungshaltung" in der eigenen Bevölkerung nicht zufrieden*stellen könne*.

In diesen Monaten der Diskussion *hatte sich zugleich eine Machtver*schiebung im Kreml von Tschernenko zu Gromyko vollzogen, der seit der Niederlage der Sowjetunion in der Nachrüstungsdiskussion einen kalten, abgrenzenden Kurs gegenüber dem Westen steuert. Immerhin hatten die USA und Bonn gegen massivste Drohungen Moskaus diese Nachrüstung durchgesetzt. Tschernenko jedenfalls ist als Stütze Honeckers, *wenn er je wirklich eine gewesen sein* sollte, durch Krankheit entfallen.

Gleichzeitig hatten innerhalb der Unionsfraktion die kritischen Stimmen zugenommmen, die vor Anbiederung warnten und konkrete Forderungen mit dem Honecker-Besuch verknüpften. Der SED-Generalsekretär konnte nicht mehr damit rechnen, daß er in Bad Kreuznach, *Trier und Essen nur Hof halten* könnte. Es wären ihm zunehmend auch *kritische Fragen gestellt worden*.

Dies alles zusammengenommen, aber entscheidend der Widerstand aus Moskau und die Zunahme der Skeptiker im eigenen Politbüro, haben das Blatt gewendet. Der kühle Zwei-Minuten-Besuch Honeckers an einem westdeutschen Messestand in Leipzig war das Signal für die Absage, die dann auch zwei Tage später, *als Jenninger von Moldt* „ein Stück Klarheit verlangte", gekommen ist. *Fragen, ob Honecker im nächsten* Jahr kommt, werden im Kanzleramt mit Achselzucken beantwortet.



Zurück bleibt Enttäuschung: Erich Honecker FOTO: STUDIO X

„Der Kreml zeigte der SED die Grenzen der Eigenständigkeit"

Die volle Verantwortung für die Absage des Honecker-Besuches in der Bundesrepublik trägt nach Ansicht des bekannten Sowjet-Experten Professor Wolfgang Leonhard die Sowjetunion. Leonhard äußerte sich in einem Gespräch mit der WELT, das Herbert Kremp führte. *In seinem jüngsten Buch „Dämmerung im Kreml"* (Stuttgart 1984) *beschäftigt sich Professor Leonhard* mit den Machtstrukturen in der Sowjetunion, *über die er sich auch* in diesem Interview äußert.

***WELT:** Wo liegt die Verantwortung* für die Absage von Erich Honecker, bei den Deutschen oder bei den Sowjets?

Leonhard: Mit einem gewissen Erstaunen habe ich in den letzten zwei Tagen erlebt, daß hier in der Bundesrepublik allgemein angenommen wird, die eine oder andere, vielleicht etwas unglückliche Formulierung eines Politikers oder Publizisten sei für die Absage Honeckers verantwortlich. Davon kann nun wirklich keine *Rede sein. Selbst die häufig kritisier*ten Äußerungen bewegten sich in völlig diplomatischen Umgangsformen und standen im krassen Widerspruch zu den scharfen Anklagen, Verdächtigungen und Verurteilungen, die man gerade in den letzten Wochen in den sowjetischen Zeitungen lesen konnte.

Nein, die Absage des Honecker-Besuches hat nichts mit der Bundesrepublik zu tun, sondern ist ganz offensichtlich auf Anweisung der sowjetischen Führung erfolgt.

Die Mehrheit der sowjetischen Führung hat sich bereits seit Monaten gegen eine Annäherung der beiden deutschen Staaten gewandt. Die sowjetische Führung tritt gerade in der *letzten Zeit für eine Verschärfung* ihrer antiwestlichen Kampagne ein, für die Herausstellung von Feindbildern, ja für eine Politik des Säbelrasselns mit dem deutlichen Ziel, die Ost-West-Beziehungen zu verschärfen. Dafür gibt es zwei Hauptgründe:

Zum einen möchte die Führung dadurch die Einheit des Ostblocks festigen. So sollen die zunehmenden Selbständigkeitsregungen einzelner mittel- und osteuropäischer Länder in der sowjetischen Machtsphäre unterbunden werden. Zum andern soll durch das Herausstellen westlicher Feindbilder die sowjetische Bevölkerung von ihren innenpolitischen Problemen vor allem auch von den Versorgungsschwierigkeiten abgelenkt werden. Diese Politik ist es, die den Besuch Honeckers verhindert hat.

WELT: Die sowjetische Politik war ja in den letzten Wochen in den Presse-Äußerungen nicht ganz einlinig. Es hat verschiedene Äußerungen unterschiedlichen Inhalts gegeben. Auf welcher Machtkonstellation beruht das?

Leonhard: Zweifellos gibt es innerhalb des Politbüros und der höheren sowjetischen Führungsgremien zwei unterschiedliche Richtungen. Die gegenwärtige Mehrheitsrichtung, geführt von dem 75jährigen Außenmi*nister Andrej Gromyko, dem 76jähri*gen Verteidigungsminister Dimitri Ustinow und dem immer mächtiger werdenden 61jährigen Politbüromitglied Gregori Romanow, steht an der Spitze jenes scharfen Kurses, den ich bereits skizziert habe.

Auf der anderen Seite ist deutlich zu erkennen, daß Ministerpräsident Nicolai Tichonow und der Wirtschaftsfachmann im Politbüro, Michail *Gorbatschow, durchaus eine* etwas flexiblere Politik unterstützt ha*ben und dies in der „Iswestija"* zum Ausdruck brachten, ja, indirekt aber deutlich die Honecker-Visite in der Bundesrepublik unterstützten. Diese Richtung aber befindet sich gegenwärtig in der Minderheit, wobei hinzukommt, daß durch die schwere Krankheit des Parteiführers Tschernenko eine Unsicherheit in höheren Kreml-Gremien existiert. In einer solchen Periode der Unsicherheit war es *offensichtlich, daß die Mehrheit in* der Lage war, den Honecker-Besuch abzusagen.

WELT: Welche Folgen wird nun die Absage für Honecker selbst haben?

Leonhard: Ich glaube nicht, daß die Position Honeckers in der DDR und im gesamten Ostblock fühlbar geschwächt sein dürfte, wohl aber ist es der harten Gruppierung der Kreml-Führung gelungen, der Honecker-Führung *die Grenzen ihrer Eigenständigkeit* deutlich zu machen. *Honecker steht an der* Spitze der DDR, eines Staates, der nun einmal zum Ostblock gehört. Das bedeutet, daß in allen weitreichenden entscheidenden Fragen die Honecker-Führung die Moskauer Linie zu vertreten hat. Gewiß verfügt Honecker über einen Spielraum, den man mit etwa acht bis zwölf Prozent ansetzen kann, in einigen zweitrangigen Fragen und Einzelfragen auch die Interessen der DDR *zu vertreten*.

Die Absage seines Besuches hat deutlich gemacht, wie stark der Einfluß Moskaus noch ist.

WELT: Glauben Sie, daß der Besuch nur aufgeschoben oder aufgehoben ist?

Leonhard: Vom Standpunkt der DDR-Führung ganz sicher nicht aufgehoben, sondern aufgeschoben. Es ist deutlich, daß die DDR-Führung daran Interesse hat, zu einem günstigeren Zeitpunkt wieder die Bezie*hungen zur Bundesrepublik zu* verbessern. Eine drastische Verschärfung der Beziehungen zwischen den beiden Supermächten liegt nicht im Interesse Honeckers, da jede Verschärfung des kalten Krieges eine zunehmende Unterordnung der DDR unter Moskau bedeuten würde. Auch ist der DDR-Führung bewußt, daß sie dringend auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen, vor allem mit der Bundesrepublik, angewiesen ist. Man kann mit größter *Wahrscheinlichkeit* annehmen, daß die Honecker-Führung zu einem geeigneten Zeitpunkt die Fäden wieder knüpfen und den Besuch vornehmen wird. Das Datum dieses Besuches hängt vor allem von zwei Dingen ab:
1. Von der Lösung der gegenwärtigen Führungssituation im Kreml.
2. Vom Ausgang der amerikanischen Wahlen.

Bei der Lösung dieser beiden Pro*bleme in den jeweiligen beiden* Supermächten wird man mit Sicherheit annehmen können, daß die Honecker-Führung die Fäden für einen neuen Besuch wieder aufnimmt, der vielleicht im Frühjahr nächsten Jahres stattfinden kann.

Ost-Berlin zitiert Warschau, Prag und Strauß

Von HANS-R. KARUTZ

Das Echo der Zeitungen in der „DDR" zur Absage des Honecker-Besuchs war – wie *immer bei wichtigen Angelegenhei*ten – einheitlich. Sie veröffentlichten lediglich die Erklärung des Ständigen Vertreters Ost-Berlins in Bonn, Ewald Moldt, sowie kritische Stimmen von Franz Josef Strauß bis Willy Brandt. Der Vorgang selbst wurde nirgends kommentiert.

Scharfe, aber indirekte Kritik an Kohl schlägt sich in der Wiedergabe von Warschauer und Prager Stimmen zur Kanzler-Rede vor den Vertriebenen nieder. Die „DDR"-Leser erfuhren gestern überhaupt zum erstenmal offiziell von Honeckers Reiseabsichten in die *Bundesrepublik, ohne* jedoch von dem schon verabredeten Zeitpunkt zu erfahren.

Die ausschließlich verwendete ADN-Meldung über die Äußerungen Moldts beim Verlassen des Kanzleramtes besagt lediglich, „daß der von der Bundesregierung ins Auge gefaßte Termin" für einen Besuch „nun schon nicht mehr real ist".

Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland" und somit die gesamte „DDR"-Presse gehen nicht auf Honeckers Bemerkungen gegenüber japanischen Parlamentariern vom Dienstag in Ost-Berlin ein, wonach er an *seiner prinzipiellen Reiseabsicht* in die Bundesrepublik festhalte.

In diesem Sinne hatten die *Gäste* aus Fernost den Staatsratsvorsitzen*den nach der Zusammenkunft* zitiert. ADN gibt lediglich in indirekter Rede folgende Passage aus der Honecker-Ansprache wieder: „Zur friedlichen Koexistenz zwischen Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen und zum politischen Dialog gebe es keine annehmbare Alternative."

Die SED weicht bei der Kommentierung des Vorgangs auf das bewährte Mittel aus, andere für sich sprechen zu lassen. Sowohl das „*ND*" als auch sämtliche „DDR"-Zeitungen zitieren – soweit sie die zugewiesenen ADN-Meldungen noch vor Umbruchschluß erreichten – *von Jenninger bis Strauß* die kritischen Äußerungen Bonner *Politiker zur Absage. Die einheitli*chen Überschriften der Stellungnah*men sprechen dabei für sich*. Sie lauten: „Stellungnahme von Staatsminister Jenninger" – „Brandt kritisiert geschwätzigen Dilettantismus" – „Vogel über die Störmanöver Dreggers" – „Strauß: 'Ich habe vor schädlichem Gerede gewarnt'" – „Grüne: 'Ausladung mit anderen Mit*teln*'" und „*Genscher: Belastungen* vermeiden".

Der Trend, den Kanzler bei diesem Vorgang nicht ungeschoren zu lassen, kommt in der ausgiebigen Wiedergabe von Pressestimmen aus Warschau und Prag nachdrücklich zum Ausdruck. Darin heißt es: „Seit dem Abschluß der Verträge der Bundesrepu*blik mit sozialistischen Ländern* war es das erste Mal, daß sich der BRD-Kanzler durch seine persönliche Teilnahme zur revanchistischen Bewegung bekannt hat."

Bemerkenswert ist, daß die gesamte „DDR"-Presse die ADN-Auslese aus Warschau abdruckt, *die auch* ein Zitat aus der Zeitung „Zycie *Warszawy" zur Wiedervereinigung* enthält.

Der Text dazu lautet: „Kohl habe mehrmals die Entschlossenheit herausgestellt, für die Sache der 'Wiedervereinigung' zu handeln. Dabei gehe es nicht nur um das 'Aufsaugen' der DDR. Zum erstenmal habe Kohl *so eindeutig und klar die Idee von der* 'großen Wiedervereinigung', der Wiedererlangung *von Gebieten Polens*, der UdSSR und der CSSR, unterstützt."

Warnung vor Abbau der Flotte

Vizeadmiral Bethge verweist auf strategische Bedeutung der Handelsschiffahrt

W. WESSENDORF, Bremerhaven

Vizeadmiral Ansgar Bethge und der Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Reeder (VDR), Bernd Kröger, haben vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft in Bremerhaven betont, daß die deutsche Handelsflotte nicht nur nötig sei, sondern ausgebaut werden müsse. Der Marineinspekteur warnte eindringlich vor der expansiven Schiffahrtspolitik der Sowjetunion, und Kröger meinte: „Müssen wir denn auch noch die russische Flotte mitfinanzieren?"

„Seeschiffahrt muß sich wieder lohnen", forderte Kröger. Der Umfang der deutschen Handelsflotte befinde sich gegenwärtig „bestenfalls am unteren Rande des Erforderlichen", warnte der VDR-Geschätsführer. Die Versorgung der Bundesrepublik sei im Ernstfall nicht gesichert, denn die deutsche Handelsflotte fahre nur 20 Prozent des seewärtigen Außenhandelsvolumens ab, elf Prozent beförderten jetzt schon die Schiffe der UdSSR. Die Bundesrepublik, die ein doppelt so hohes Außenvolumen wie die Sowjetunion habe, könne im Krisenfall nur ein *Drittel* ihres Öls und ein Fünftel des übrigen Imports auf eigenen Schiffen einführen.

Schiffahrt bewege sich in einem politischen Umfeld abhängig von ökonomischer Potenz, sagte Kröger weiter. Im Spannungs- und Verteidigungsfall sei das NATO-Bündnis vom Seeverkehr abhängig. Die Bundesrepublik müsse daher mit eigenen Schiffen präsent sein und sich mit ihren Partnern abstimmen. Kröger: „Wer aber dabei wenig mitbringt, hat auch wenig zu sagen". Deshalb habe die Handelsflotte einen hohen gesamtwirtschaftlichen und strategischen Wert.

„Die Sowjetunion verfügt über ein weit größeres Schiffspotential als sie braucht", sagte Vizeadmiral Bethge und er erkenne kein Nachlassen ihrer aggressiven Schiffahrtspolitik. In einem Fünf-Jahres-Plan seien 50 neue Schiffe geplant. Die sowjetische Kriegs- und Handelsflotte nannte der Admiral einen geschlossenen Verband, der zur Verfolgung politischer Ziele diene. Deshalb sei für den Westen eine entsprechende Gegenstrategie unabdingbar. Bethge: „Es muß *auf strikte Gegenseitigkeit geachtet* werden".

Die deutsche Handelsflotte leiste dabei ihren Beitrag, für Europa sei der sichere Versorgungsweg über den Atlantik unverzichtbar. Eine schwache Handelsflotte vermindere deshalb nicht nur den Einfluß im eigenen NATO-Bündnis, sondern auch die Mobilmachungsfähigkeit und der Abbau der Flotte schwäche zudem die Wirtschaftskraft einer ganzen Region: Werften, Zulieferer, Industrie, Versicherungen und Banken hätten darunter zu leiden. So werde die Widerstandskraft herabgesetzt und die Sowjetunion ermuntert, weiter in den deutschen Seetransportmarkt einzudringen.

„Der dramatische Abschwung der Handelsflotte in den letzten sechs Jahren hätte vermieden werden müssen", meinte der Marineinspekteur. „Wir dürfen nicht die strategische Unabhängigkeit verlieren, die Anzahl der Schiffseinheiten muß angepaßt werden." Die beiden Referenten erklärten, dies sei Aufgabe der Bundesregierung, sie müsse nun schleunigst die Konsequenzen ziehen.

Kein Geschäft mit der Westwerbung

H. RÜDIGER KARUTZ, Leipzig

Das große Devisengeschäft blieb aus: Ost-Berlins Angebot an Westfirmen, zum ersten Mal auf Leipziger-Messe-Funkwellen für „Nescafé" oder anderes zu werben, stieß bisher offenbar auf taube Ohren. In Leipzig, Halle oder Magdeburg, wo „Radio DDR" täglich neunzig Werbeminuten in den Regional-Äther strahlt, erfährt der Hörer dafür alles über Thermoplaste, Biogas-Gewinnung oder die „Hydroraffination von Vakuumdestillaten". Ost-Berlins „Interwerbung", die das Experiment startete, mochte sich in Leipzig vorerst nicht zum Thema äußern. „Wir sind noch in der Erpobungsphase".

Die Idee lag nahe, und zum ersten Male setzte sie Ost-Berlin nun auf der Herbstmesse in Pop-Musik und Texte um, die indes den ohnedies nicht verwöhnten „DDR"-Hörer überwiegend zum Gähnen bringen. Statt der professionell auf Verbraucher-Psychologie ausgelegten und „harten" Westwerbung, nehmen sich die Morgen- *und Abend-Offerten auf der „Messe*welle international" bieder aus.

Um Ost-Berlins Valutakasse aufzubessern, sollen vor allem Firmen aus der Bundesrepublik für 42 bis 45 Mark pro Sendesekunde ihre auch jeden „DDR"-Bürger längst vertrauten Markennamen durch den Äther anpreisen. Diese Produkte durften jedoch nicht auf westlichen Messeständen feilgeboten werden.

Dem Leipziger Hörer, der dreimal die Reklame-Funksprüche anhörte, fielen lediglich zwei Werbesignale aus dem Westen auf: Eine Aachener Schokoladenfabrik wies auf „van Houten, Trumpf, Mauxion" hin. Unterlegt mit Walzerklängen gab es außerdem „einen süßen Gruß aus Wien". Auch hier ging's um Leckereien, die betuchte „DDR"-Kunden schon immer in den Läden der „Delikat"-Kette erwerben können – im Volksmund „Freßquisit" genannt.

Ansonsten gibt es – ein wenig nach westlicher Machart verkauft – die Werbung der einheimischen Firmen. Da bietet, von Hubschraubergebrumm und Fanfarenstößen untermalt, ein Baukombinat beispielsweise komplette „Tagebaue und Brikettfabriken" an. Eine Spezialfirma aus Halle wirbt ein wenig unpassend zur Frühstückszeit mit ihrem Angebot, zur „Leisterungssteigerung bei der Abwasser- und Schlammbehandlung" beizutragen. Musik im Ohr des „DDR"-Hörers ist hingegen eher die Werbung der kubanischen Staatsplantagen: „Zitrusfrüchte – gereift unter karibischer Sonne" lautet der Merkspruch.

Für die anscheinend politisch gewollte Reihenfolge der fünf Sprachen, in denen die Sprüche auf die Werbewelle geschickt werden, ist die Auftaktansage der „Messe-Offertenm" typisch. Hier rangiert Russisch vor der Weltsprache Englisch, im besten Oxford-Akzent formuliert.

Daß man Funk auch mit Witz und ein wenig Ironie betreiben kann, bewies „Radio DDR" am Montag: Beim Bericht über ein Country-Musik-Konzert einer Band vom Mississippi machte der jugendliche Kritiker unter dem Eindruck der Cowboy-Melodien einen flotten Mikrophonscherz: „Als ich aus dem Konzert kam, wollte ich eigentlich auf mein Pferd steigen. Aber ich war ja mit dem Trabbi gekommen..."

Schweigen zum Schicksal von Sacharow

w. k. Bonn

Mit Schweigen, so der bayerische Kultusminister Hans Maier (CSU), hätten seine Gesprächspartner in Moskau auf die Frage nach dem Schicksal des Bürgerrechtlers und Nobelpreisträgers Andrej Sacharow reagiert. Maier berichtete dies der WELT bei einem Zwischenaufenthalt in Bonn nach seiner Rückkehr aus der sowjetischen Hauptstadt.

Der bayerische Kultusminister, der eine Ausstellung alter Meister der *Münchner Alten Pinakothek eröffnete*, sagte weiter, auf kultureller Ebene habe es während seines Aufenthaltes keine Probleme gegeben. Auch den Hinweis des bayerischen Ministerpräsidenten Strauß im Vorwort des Katalogs, daß die seit 1977 geplante Präsentation wegen Afghanistan einmal verschoben worden sei, habe die Zensur nicht bemängelt.

Die sowjetische Gegenausstellung „Gold der Skythen" soll am 19. September in München von dem Botschafter der UdSSR in Bonn, Wladimir Semjonow, eröffnet werden.

WDR weist Vorwürfe Höffners zurück

AP, Köln

Der Westdeutsche Rundfunk hat die Vorwürfe von hoher katholischer Seite an der Berichterstattung des Senders über die geplante Besetzung einer Kölner Pfarrgemeinde mit Opus-Dei-Priestern zurückgewiesen. WDR-Intendant Friedrich Wilhelm von Sell erklärte gestern, damit werde versucht, die Kritik von katholischer Seite am Opus Dei dem Sender anzulasten. Vorwürfe wie „massive Verleumdungskampagne", die von den Opus-Dei-Oberen geäußert worden seien, oder „gehässige Sendungen", von denen der Kölner Kardinal Joseph Höffner gesprochen habe, hielten keiner „an Wahrheit und Wirklichkeit orientierten Prüfung stand", sagte von Sell. Der WDR habe vielmehr die tiefe Sorge vieler katholischer Eltern um ihre Kinder widergespiegelt.

Nach massiven Protesten in der Kirchengemeinde hatte der Opus Dei auf die Pfarrstelle in Köln verzichtet. Kardinal Höffner hatte diese Entscheidung bedauert und die Proteste auf eine „Hetzkampagne" zurückgeführt (WELT v. 4. 8.).

Kujaus Buchhaltung gibt dem Gericht Rätsel auf

Keine Klarheit über die von Heidemann gezahlten Gelder

UWE BAHNSEN, Hamburg

Mit einem Stoßseufzer kommentierte der Vorsitzende Richter der Großen Strafkammer 11, Hans-Ulrich Schroeder, gestern vormittag im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher die Buchführung des Militaria-Händlers Konrad Kujau, die nach Aufdeckung des Skandals beschlagnahmt worden war: „Das ist eine Buchhaltung, die nicht jeder lesen kann, sondern die nur in Verbin*dung mit Ihrem Gedächtnis verständlich ist.*"

An diesem sechsten Verhandlungstag kämpfte sich die Strafkammer zäh und mit immer wieder neuen Anläufen durch Kujaus umfangreiche Zettelwirtschaft – seine privaten Aufzeichnungen über die Abrechnungen der Tagebuch- und Militaria-Geschäfte, die er mit dem damaligen „Stern"-Reporter und heutigen Mitangeklagten Gerd Heidemann getätigt hat. Dabei ging es unter anderem um Rechnungen für SS-Fahnen, Blutorden, Dolche, Krüge, aber auch um „echte Zigaretten" aus der Zeit des „Dritten Reiches", über deren Wert Kujau das Gericht belehrte: „Die sind heute sehr teuer, Herr Vorsitzender, wenn die Banderole dran ist."

Immer wieder fragten Richter, die beiden Staatsanwälte, aber auch Heidemanns Verteidiger nach dem Wert der Kujauschen Aufzeichnungen mit den langen Zahlenkolonnen und nach Widersprüchen, die sie in den Daten und den dubiosen Zahlungsvorgängen ausgemacht hatten. Wortreich bemühte Kujau sich darum, detailliert darzulegen, wie er wann wofür von Heidemannn entweder Bar*zahlungen oder Geld* per Postanweisung entgegengenommen oder aber mit dem Journalisten Geschäfte auf Verrechnungsbasis gemacht hatte. Das Gericht gab sich zwar die größte Mühe, diese Vorgänge zu durchleuchten, doch der Vorsitzende konnte nicht umhin, im Hinblick auf die Resultate dieser Anstrengung festzustellen: „Es bleiben manchmal Rätsel, das ist eben so."

Auf Kujaus Zetteln standen Beträge zwischen 25 000 bis maximal 70 000 Mark für die Lieferung der Hitler-Tagebücher an den „Stern"-Reporter. In den polizeilichen Vernehmungen hatte Heidemann demgegenüber stets angegeben, er habe an Kujau pro Band von 80 000 Mark aufwärts bis zu 200 000 Mark gezahlt. Insofern ging es gestern bereits um die Kernfrage dieses Strafverfahrens – wo die rund 9,34 Millionen Mark abgeblieben sind, die das Verlagshaus Gruner + Jahr und die Illustrierte „Stern" für die Beschaffung der angeblichen Hitler-Tagebücher aufgewendet und Heidemann zur Verfügung gestellt haben. Der Anklage zufolge soll Heidemann von diesen Beträgen 1,7 Millionen Mark für sich behalten haben. Er bestreitet das.

Am Dienstag nachmittag hatte das Gericht versucht, den Verbleib der Gelder zu durchleuchten, die Kujau auch nach seinen eigenen Angaben von Heidemann erhalten hat. Das wesentliche Ergebnis dieser Vernehmung war, daß die wegen Hehlerei mitangeklagte Lebensgefährtin des Tagebuch-Fälschers, Edith Lieblang, rund 800 000 Mark in Immobilien angelegt hat. Der Vorsitzende hat sich unterdessen zu einer erläuternden Feststellung im Hinblick auf die bisherige Vernehmung Kujaus veranlaßt gesehen. Die Kammer habe es, so erklärte Richter Hans Ulrich Schroeder zu Beginn des gestrigen Verhandlungstages, für richtig gehalten, Kujau zunächst einmal seine Version der Vorgänge schildern zu lassen, und daher im jetzigen Stadium des Verfahrens noch davon abgesehen, Kujau mit Zeugenaussagen zu konfrontieren, die seiner Darstellung widersprechen. „Wir haben die Aussage von Herrn Kujau hingenommen, was jedoch nicht notwendigerweise etwas mit Glauben zu tun hat", fügte der Vorsitzende hinzu.

Aus dem bisherigen Verlauf des Verfahrens läßt sich das enorme Ausmaß der Schwierigkeiten, vor denen das Gericht zunächst einmal bei der Ermittlung der tatsächlichen Sachverhalte steht, bereits abschätzen. Schon die Widersprüche in den Einlassungen allein des Mitangeklagten Kujau sind offenkundig nur sehr schwer aufzuklären. Das dürfte in einem weit größeren Maß für die Situation gelten, vor der die Kammer nach der Vernehmung Heidemanns stehen wird. Die Reaktionen seiner beiden Verteidiger Reinhard Daum und Holger K. Schröder lassen erkennen, daß ihr Mandant dem Gericht eine Darstellung geben wird, die der Kujaus über weite Strecken diametral entgegengesetzt sein dürfte.

Vor US-Wahlen kaum konkrete KVAE-Resultate

rmc./DW. Bonn

Bonn erwartet vor den amerikanischen Wahlen keine konkreten Ergebnisse bei der am 11. September in Stockholm beginnenden dritten Verhandlungsrunde der Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE). In diplomatischen Kreisen der Bundeshauptstadt zeigte man sich allerdings optimistisch über die Aussichten für 1985. Ziel der westlichen und neutralen Staaten ist es, die Mitgliedsländer des Warschauer Paktes und vor allem die Sowjetunion zu Konzessionen bei der Ankündigung militärischer Manöver und der Einladung von Manöver-Beobachtern zu bewegen.

Die jüngsten Manöver im Warschauer Pakt haben zur Forderung nach obligatorischer Manöverbeobachtung beigetragen. Im Gegensatz zur westlichen Praxis seien keine Beobachter eingeladen worden. Manöverankündigungen wie die der Tschechoslowakei hätten sogar die Verpflichtungen aus der Schlußakte aus Helsinki ignoriert und weder eine Truppenzahl noch den Rahmen der Übungen bekanntgegeben.

Die Sommerpause ist von den 35 Unterzeichnerstaaten der KSZE-Schlußakte, die alle in Stockholm vertreten sind, zu intensiven Konsultationen genutzt worden. Fast unbeachtet von der Öffentlichkeit haben sich inzwischen die Vertreter der beiden Großmächte, James Goodby (USA) und Oleg Grinewsky (UdSSR), in Washington getroffen. Nach dem Urteil westlicher Diplomaten zeigen diese Aktivitäten, daß auch Moskau ein Interesse an dem Fortgang der KVAE hat. Die Diplomaten verweisen aber auch auf die Notwendigkeit, Geduld zu üben. Moskau wolle vor den US-Wahlen nicht den Eindruck verstärken, als sei die im Abrüstungsbereich angekündigte Eiszeit nicht angebrochen. Daher trete die Sowjetunion, obwohl ihr daran liege, den KSZE-Prozeß am Leben zu halten, bei den Stockholmer Verhandlungen auf der Stelle.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Noch 5000 Faltbetten von den „Bestarbeitern“

„DDR“-Zeitungen läuten 35. Jahrestag am 7.Oktober ein

DIETER DOSE, Berlin

„Der Morgen“, Organ der Liberaldemokratischen Partei (LDPD) in der „DDR“, tanzte gestern morgen aus der Reihe. Während alle „DDR“-Zeitungen mit dem Aufmacher „Erich Honecker empfing japanische Parlamentarier“ oder ähnlich erschienen, stellte „Der Morgen“ die Konferenz der Parteibeauftragten der LDPD, eine Art Parteitag, an die Spitze. Honeckers „herzliches Gespräch zu aktuellen politischen Problemen“ rückte nach unten ... Parteivorsitzender Manfred Gerlach bekräftigte sein Grundsatzreferat mit einer Ergebenheitsadresse an die SED, Redezitat aus „Der Morgen“:

„Ausgehend vom 13. Parteitag, auf dem wir uns die vom X. Parteitag der SED beschlossene Generallinie der Innen- und Außenpolitik voll zu eigen gemacht haben, bringen Liberaldemokraten überall ihren Fleiß und ihr Können, ihre Fähigkeiten und Talente ein, damit das 35. Jahr des Bestehens unserer Republik zum erfolgreichsten Jahr unserer Geschichte wird. Die LDPD, das kann mit Fug und Recht gesagt werden, bewährt sich in diesen Wochen und Monaten erneut als verläßlicher Partner der Arbeiterklasse, wie dies seit Anbeginn des gemeinsamen Weges Tradition ist.“

Vom „erfolgreichsten Jahr unserer Geschichte“ ist im Vorfeld der Jubelfeiern zum 35. Jahrestag der „DDR“ am 7. Oktober pausenlos die Rede. Zum Beispiel auf der „Bestarbeiterkonferenz“ in Ost-Berlin, in den letzten Tagen ebenfalls ein Schwerpunktthema der Berichterstattung.

Im vollen Wortlaut druckt die „Berliner Zeitung“ den Brief der Konferenzteilnehmer an Erich Honecker, und die Leser erfahren daraus, was die „Bestarbeiter“ aus Ost-Berlin noch alles in diesem Jahr vorhaben, um den Wohlstand des Normalverbrauchers zu verbessern.

Originalton: „Wir verpflichten uns, bis Ende 1984 für weitere 30 Millionen Mark hochwertige Konsumgüter über den Plan herzustellen. Darin enthalten sind 11 000 Stück neu entwickelte Luftfilterhauben, 2300 Heißwasserspeicher, 5000 Stück Mäntel, Anzüge, Jacken und Hosen der Herrenoberbekleidung, 5000 Stück Faltbetten, 5000 Toaster, 1000 Stück Gaskleinraumheizer und 500 Tonnen Dispersionsanstrichstoffe.“

So werden auch die letzten Zweifler überzeugt, daß es das „erfolgreichste Jahr“ wird ... Der Wortschatz der 2,3 Millionen FDJ-Angehörigen wird in der „Jungen Welt“, der Tageszeitung der *Staatsjugend*, um „Amistad“ bereichert. Mit den Amis hat das nichts zu tun – im Gegenteil. „Amistad“ ist die nicaraguanische Version für „Freundschaft“, denn FDJler stehen „fest an der Seite der Erben Sandinos“.

„Viva Nicaragua! Mit begeisterten Rufen auf das freie Nicaragua und auf die sandinistische Volksrevolution“, so die „Junge Welt“, habe in Erfurt *das Treffen zwischen FDJ und* den Abgesandten der sandinistischen Jugend begonnen. Was „DDR“-Jugend und Sandinisten gemeinsam haben, erläutert FDJ-Chef Eberhard Aurich: „Unsere Kampfabschnitte sind Tausende Kilometer voneinander entfernt, aber wir ringen mit dem gleichen Feind und streben gleiche Ziele an“.

„Jogging“ ist auch in der „DDR“ in. Letzten Sonntag allerdings traten in vielen Städten der „DDR“ die Freizeitläufer aus Anlaß des Weltfriedenstages zum „Friedenslauf“ an. 35 000 allein in Ost-Berlin. Die Distanz blieb jedem Teilnehmer überlassen – zwischen einer Meile und der Marathonstrecke. Und wer wollte, durfte auch das Fahrrad nehmen – Hauptsache, er strampelte für den Frieden. Das „Sport-Echo“ vergaß in seiner Be*richterstattung nicht* den Hinweis: „So führte der Weg der Marathonläufer durch die Straße der Befreiung, auf der im Mai 1945 die Sowjetsoldaten zur endgültigen Zerschlagung des Faschismus vordrangen.“

Der „Sozialbericht 1983“ der Brüsseler Kommission ist für verschiedene „DDR“-Zeitungen willkommen, um ihren Lesern die „neue Armut“ in Westeuropa vor Augen zu führen. Aber Lenin hat das ja vorausgesehen, wie Professor Jürgen Kuczynski in einem Kommentar der „Jungen Welt“ hervorhebt: „Wenn Lenin vom faulenden, vom parasitären Kapitalismus im Stadium des Imperialismus *spricht, dann* verdeutlichen *solche* Zustände wahrlich, was er damit gemeint hat.“

Auf derselben Linie liegt die „Pflichtübung“ der „DDR“-Zeitungen jeweils zu Beginn eines Monats: die Veröffentlichung des Berichtes der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit über den neuesten Stand der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik.

Schließlich erfuhren sogar die Leser der sächsischen Provinzzeitungen, was bei uns jenseits der großen Weltpolitik Schlagzeilen machte: die Pokal-Niederlage des Hamburger SV gegen die Amateure von Geislingen ...

Aus der Presse von drüben

Tschernenko zeichnet drei Kosmonauten aus

DW. Moskau

Die sowjetische Propaganda bemühte sich gestern, allen Spekulationen über eine ernste Erkrankung des Partei- und Staatschefs Konstantin Tschernenko ein – vorläufiges – Ende zu setzen. Die offizielle Nachrichtenagentur Tass erklärte, Tschernenko habe bei einer Feier im Kreml die Kosmonauten Swetlana Sawizkaja, Wladimir Dschanibekow und Igor Wolk für ihren Raumflug im Juli ausgezeichnet. Bilder von der Feier wurden bis zum Nachmittag nicht verbreitet, Tass stellte Aufnahmen für später in Aussicht. Auch das Fernsehen berichtete nicht direkt von der Veranstaltung, wollte aber in den Abendnachrichten eine Aufzeichnung senden. Der erste öffentliche Auftritt des 72jährigen Kreml-Führers seit fast zwei Monaten war am Dienstag von dem Journalisten Viktor Louis mehreren Zeitungen im Westen angekündigt worden. Louis wird von der Kreml-Führung gezielt eingesetzt, um bestimmte Informationen Moskaus zu lancieren.

Ob Tschernenko seine Amtsgeschäfte tatsächlich wieder aufgenommen hat, war gestern nicht konkret zu erfahren. Ein Sprecher des sowjetischen Außenministeriums hatte am Montag auf entsprechende Nachforschungen von westlichen Korrespondenten lediglich gesagt, das jüngste „Prawda“-Interview Tschernenkos zeuge davon, daß er seine Ämter als Generalsekretär und Staatsoberhaupt wahrnehme.

Die Nachrichtenagentur Tass meldete gestern ferner, das Politbüro-Mitglied Grigori Romanow sei nach Äthiopien gereist, um an den Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag des Sturzes von Kaiser Haile Selassie teilzunehmen. Die Reise Romanows wurde von einigen politischen Beobachtern in Moskau als Indiz dafür gewertet, daß es zumindest im Augenblick keine akute Führungskrise im Kreml gibt. In einer solchen Krise, so hieß es, wäre es unwahrscheinlich, daß ein Mitglied des Politbüros eine Auslandsreise antritt. Tschernenko war am 15. Juli in Urlaub gegangen und seitdem nicht mehr in der Öffentlichkeit erschienen.

Irak ermutigt Bonn zu einer aktiveren Rolle

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Der irakische Außenminister Tarik Asis, der sich für zwei Tage in Bonn aufhielt, hat die Europäische Gemeinschaft und vor allem die Bundesrepublik Deutschland aufgerufen, eine „aktivere Rolle“ in den Bemühungen zur Beendigung des Golf-Krieges zu *spielen*. Vor Journalisten sagte er gestern, alle Staaten sollten dazu beitragen, die Möglichkeiten Irans zur Kriegführung „zu beeinträchtigen“.

Asis, der von Bundespräsident Richard von Weizsäcker empfangen worden war und Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher geführt hatte, appellierte an die EG, bei der Stabilisierung der Golf-Region zu helfen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Iran sei dabei nützlich, nur dürfe sie nicht zur militärischen Stärkung Irans beitragen.

Im Zusammenhang mit entsprechenden Vorwürfen gegen sein Land erklärte Asis, Irak habe im Golf-Krieg niemals Giftgas verwendet und werde das auch künftig nicht tun. Bagdad sei aber nicht bereit, Beauftragte der Bundesregierung zur Inspektion *eines chemischen* Betriebes ins Land zu lassen. In Berichten vor allem der US-Presse hatte es mehrmals geheißen, Bonn lasse den Aufbau einer aus der Bundesrepublik gelieferten Anlage in Irak zu, mit der auch chemische Waffen hergestellt werden könnten. Asis erklärte dazu, die Berichte seien unpräzise. Die Anlage diene lediglich landwirtschaftlichen Zwecken. Die irakische Firma arbeite eng mit der *deutschen zusammen*, „um die Behauptungen aus der Welt zu schaffen“.

Bei einem Gespräch mit führenden deutschen Unternehmern äußerte der irakische Außenminister das Interesse seines Landes am Ausbau der deutsch-irakischen Wirtschaftsbeziehungen. Konkrete Wünsche habe er dabei nicht gehabt, meinte Asis. Der Hauptzweck seines Besuches sei politischer Natur gewesen. Er halte es aber für sinnvoll, wenn sich die deutsche Industrie zur Absicherung ihrer Exportabsichten um staatliche Hermes-Bürgschaften bemühen würde.

Zum Präsidenten gewählt: Mehr Macht für Botha

M. GERMANI, Johannesburg

Südafrikas bisheriger Ministerpräsident Pieter Wilhelm Botha ist gestern zum exekutiven Staatspräsidenten gemäß der neuen Verfassung gewählt worden. Botha wurde von dem Gremium, das aus weißen, farbigen und indischen Abgeordneten des neuen *Drei-Kammer-Parlaments* besteht, einstimmig gewählt. Seine Amtsperiode beträgt fünf Jahre.

Hatte gemäß der bisher gültigen Westminster Verfasssung der Staatspräsident lediglich repräsentative Funktionen, so ist er nun, unter Abschaffung des Premierministeramtes, mit sehr weitreichenden Machtbefugnissen ausgestattet. *Die letzten Wahlen* für das weiße Parlament fanden im Mai 1981 statt. Doch ist nach der neuen Verfassung eine weitere Legislaturperiode von nochmals fünf Jahren geplant.

Für den Fall, daß alle drei Parlamente dem Präsidenten ihr Mißtrauen aussprechen, ist er gezwungen, innerhalb von zwei Wochen Wahlen anzuberaumen. Dies gilt auch, wenn er bei einer Abstimmung über Gesetze zur Staatsfinanzierung in einem der drei Parlamente unterliegt. Als Staatspräsident kann er seine Minister nach eigenem Gutdünken ernennen und entlassen, ohne dem Kabinett Rechenschaft schuldig zu sein. Schließlich kann er einen Ausnahmezustand verhängen oder einen Krieg erklären. Sowohl konservative als auch progressive Gegner sehen dieses Amt für Botha als maßgeschneidert an.

Drei wichtige Rassengesetze werden besonders durch die farbige Arbeiterpartei, die 74 der 80 Sitze bei den Wahlen vor zwei Wochen erobert hatte, aber auch von den Indern gefordert: Abschaffung des Verbotes von gemischter Liebe und Heirat und Aufhebung getrennter Wohngebiete. Pastor Allan Hendrickse, der Führer der Arbeiterpartei, will sich für die Rechte der Schwarzen einsetzen und setzt sich dafür eine Frist von fünf Jahren. Andernfalls wird er, wie er sagte, seine Mitarbeit an der neuen Verfassung beenden, die er als „Übergangsstufe" wertet. Als wichtig betrachtet er die Aufhebung des politischen Einmischungsgesetzes, das Vertretern der einzelnen Volksgruppen verbietet, einer Partei einer anderen Gruppe beizutreten.

Der Staat der Drusen gewinnt Konturen

Dschumblatts Siegesparaden und Massaker im Schuf

PETER M. RANKE, Beirut

In Tarnuniformen und mit Stahlhelmen paradierten fünftausend Mann der Drusen-Miliz in Beiteddine an Drusen-Chef Walid Dschumblatt vorüber. Vor Sowjet-Botschafter Soldatow und dem britischen Bot*schaftsrat Palmer zeigte Dschumblatt* seine Kampfkraft: neue Lkw, schwere Artillerie und mobile Raketen-Werfer aus der Sowjetunion.

Anlaß der Parade im einst christlichen Bergstädtchen Beiteddine, wo im vorigen Jahrhundert der Bergfürst Beschir II. aus dem Hause Schehab herrschte, war der Jahrestag des „Bergkrieges" zwischen Drusen, der Armee und den „Lebanese Forces" der Christen. In den drei Wochen zwischen dem 4. und 25. September wurde aus der jahrhundertealten gemeinsamen Heimat von Christen und Drusen, dem Schuf-Gebirge, der „Dschebel Drus", wie es heute heißt. In einem blutigen Gemetzel, einem der schlimmsten in der Geschichte Libanons, wurde die christliche Bevölkerung von rund hunderttausend Menschen aus dem Schuf von den Drusen ermordet und vertrieben.

„Alle Sicherheitspläne der Regierung sind verlorene Zeit", erklärte der Drusen-Chef. Er wies damit von neuem den Plan der Regierung Karame zurück, die Armee in seinen drusischen „Kantonal-Staat" vorrücken zu lassen. *Bevor er selbst am Dienstag* nach Damaskus reiste, betonte er in Beiteddine: „Syrien ist und wird immer an unserer Seite stehen".

Vor allem der syrischen Waffenhilfe und den Freiwilligen aus der syrischen Armee und der PLO verdankt Dschumblatt heute, daß er uneingeschränkter Herr der Berge ist. Seine Milizen kassieren Wegzölle von allen Kraftfahrern auf der Küstenstraße. Die drusischen Dörfer und die verwaisten Dörfer der Christen werden von Partei-Komitees regiert, die Steuern einnehmen und sich um Polizei und Schulen kümmern. Ein „Exekutiv-Rat" beschäftigt sich mit Fragen der Finanzen, der Verteidigung und Außenpolitik.

Der Kampf um den Schuf begann am 4. September vorigen Jahres, kurz nachdem sich die israelische Armee keineswegs unerwartet nach Süden zurückgezogen hatte. Eigentlich sollte die libanesische Armee nachrükken, aber sie fühlte sich zu schwach und wurde in einen blutigen mit den Drusen koordinierten Aufstand der Schiiten im Süden Beiruts verwikkelt. Vier Tage konnte die Christen-Miliz in Aley, einem früheren Sommervorort von Beirut, dem Ansturm der Drusen und Palästinenser widerstehen. Danach kam es zu unbeschreiblichen Massakern an Zivilisten und gefangenen christlichen Milizionären. In Bhamdoun, einem Nachbarort von Aley, fand man über 200 verbrannte Leichen, in Fawara wurden sechzig gefangene Milizsoldaten der Christen erschlagen und erschossen, in Bmahiye wurden 14 alte Männer und Frauen zu Tode geprügelt. Überall wurden die Häuser der Christen geplündert oder gesprengt.

Der „Bergkrieg" kostete rund 4500 Menschen das Leben, unter ihnen rund 1300 Milizmänner der Christen und Drusen. 47 christliche Dörfer sind zerstört und noch immer verwaist. Äcker und Gärten sind verwü*stet. Rund hunderttausend christli*che Flüchtlinge erwarten in Notunterkünften in den christlichen Gebieten Ost-Beirut, Metn und Kesrouan den zweiten Winter. Sie verweigern die Rückkehr, solange die Armee sie nicht vor den Drusen schützt.

Für die Massaker in den Bergen und die Eroberung des gesamten Schuf haben sich die Drusen eine billige Rechtfertigung zurechtgelegt: die „Lebanese Forces" hätten während der israelischen Besetzung ortsfremde Kommandos in die christlichen Dörfer entsandt, die zusammen mit der Armee den Schuf erobern sollten. Tatsächlich waren diese Kommandos viel zu klein und schwach, wie sich im „Bergkrieg" herausstellte, und bestanden im übrigen aus Männern, die auch im Schuf wohnten.

Die Wahrheit ist die: Dschumblatt und seine Partei ergriffen bewußt die historische Chance, den gesamten Schuf für die Drusen zu erobern und mit syrischer Hilfe eine starke Gegenposition zum Regime Gemayel in Beirut zu errichten. Mit dem Schuf gewannen sie tatsächlich ein Faustpfand, einen eigenen Kanton, den sie nur gegen höchste politische Zugeständnisse der schwachen Zentralmacht teilweise herauszurücken gedenken. Der drusische „Staat" in Libanon gewinnt Konturen. (SAD)

Suharto verordnet jedem Bürger einen Kurs in Panca Sila

Die Staatsphilosophie soll verinnerlicht werden / Abwehr gegen den radikalen Islam

dpa, Jakarta

Als Malaysia die New Yorker Philharmoniker wieder auslud, weil es die Orchesterleitung gewagt hatte, ein Werk des Schweizer Komponisten Ernst Bloch *als* „hebräische Rhapsodie" anzukündigen, hieß es prompt in der indonesischen Hauptstadt Jakarta: „Wir freuen uns auf eine Gastspielreise der New Yorker." Indonesien und Malaysia seien nicht miteinander zu vergleichen.

Und nicht gerade schmeichelhaft für das jetzt von US-Politikern des Antisemitismus und des Rassismus beschuldigte Malaysia fügte ein Sprecher hinzu, Indonesien befolge eine maßvolle Politik und sei stolz darauf. Der fanatische Islam hat in dem größten islamischen Land keine Chance. Dies manifestiert sich auch im Gegensatz zum Nachbarland Malaysia in einer gemäßigten Nahostpolitik Suhartos. Der Bitte der PLO, durch die Eröffnung einer PLO-Repräsentanz in Jakarta endlich die diplomatische Anerkennung Indonesiens zu finden, wurde bisher nicht entsprochen.

Die Suharto-Regierung, die in den zum „Heilsbringer" Khomeini in Teheran schauenden Fundamentalisten heute eine größere Gefahr für die innere Sicherheit sieht als in den kümmerlichen Resten der nach dem Sturz Sukarnos vor 20 Jahren rücksichtlos liquidierten kommunistischen Massenbewegung, hatte zuletzt 1982 auf Sumatra und Java Untergrundzellen fanatischer Moslems zerschlagen, die von einem „Islamischen Staat" Indonesien träumten.

*

CHRISTEL PILZ, Jakarta

Achtzehn Jahre nach seiner Machtübernahme ist Präsident Suharto stärker als je zuvor. Niemand spekuliert mehr über rivalisierende Gruppen innerhalb der Streitkräfte, über die Frage, wie lange Suharto noch im Amt sein soll und wer sein Nachfolger sein könnte. Suharto, 63 Jahre alt, herrscht als javanischer Regent, der danach strebt, eine alte Wahrsagung zu erfüllen, als „Ratu Adil", als „Prinz der Gerechtigkeit", seinem Volk Glück und Frieden zu bringen.

Erst 1983 ließ sich Suharto auf weitere fünf Jahre im Amt bestätigen. Er will nicht eher in den Ruhestand treten, bis er sein Ziel erreicht weiß: Indonesien als Panca-Sila-Staat verankert zu haben.

Panca Sila ist die Staatsphilosophie, die die Väter der Unabhängigkeit (von Holland) in die Präambel der Verfassung schrieben. Ursprünglich wollten sie den Islam zur Staatsreligion erheben. Doch was wäre dann aus der hart erkämpften Einheit ihrer Nation geworden, die aus unzähligen ethnisch verschiedenen Volksgruppen besteht, die ihre eigenen Kulturen und Religionen haben?

Panca Sila, was wörtlich „fünf Prinzipien" heißt, schien eine ideale Formel zur Garantie der Einheit und der Freiheit zu sein. Jeder Bürger, gleich, welcher Religion er angehört, kann ja sagen zu dem ersten Prinzip, das „Glaube an Gott" als nationales Gebot postuliert. Dies trifft auch bei

INDONESIEN

den vier anderen Prinzipien zu, die Staat wie Bürger gleichermaßen zur nationalen Einheit, zur Humanität, zur Demokratie und zur sozialen Gerechtigkeit verpflichten.

Worte, die unter Präsident Sukarno, Suhartos Vorgänger, keine praktische Bedeutung hatten. Die Folge war ein ideologisch-religiöser Bruderkampf, der die Nation zerfleischte, in politisches Chaos und um ein Haar in die Arme der Kommunisten trieb. Nie wieder, hat Suharto sich geschworen, sollen radikale Gruppen politisch aktiv werden. Noch aber ist diese Gefahr nicht gebannt.

*Noch immer gibt es radikale Mos*lem-Gruppen, die sich seit 1945 betrogen fühlen und teils heimlich, teils offen für einen islamischen Staat agieren. Zur Zeit stehen auf der Insel Sulawesi zwei Moslems vor Gericht, die in ihren Kreisen die „Islamische Republik von Sulawesi" proklamierten.

Während des Wahlkampfes im Jahre 1978 tauchten auf mehreren Inseln wieder „Kommandos des Heiligen Krieges" auf, und die islamische Entwicklungspartei (PPP) drohte der Regierungspartei „Golkar" die Mehrheit zu nehmen.

Suharto und seine Strategen griffen zur Abwehr auf Panca Sila zurück. Sie initiierten eine landesweite Kampagne zur Abhaltung von Panca-Sila-Kursen. Von Minister und General bis zum Straßenfeger und Gefreiten muß seitdem jeder Staatsbedienstete an der Panca-Sila-Aufklärung teilnehmen. Bisher, so sagte der für Panca-Sila-Erziehung zuständige Ex-General Sarwo Eddhi, haben sechs Millionen Indonesier einen solchen Kurs absolviert. Die Kurse gehen weiter für alle Gruppen der Gesellschaft, wie für Hausfrauen, Lehrer, Kirchenführer, Unternehmer, Arbeiter, Bauern oder Fischer.

Gegenwärtig sind die Studenten an den staatlichen Universitäten an der Reihe. Vor Studienbeginn steht ein hundertstündiger Panca-Sila-Kurs. Nicht als Indoktrinierung, sagt Sarwo Eddhi, sondern als Aufklärung, als Plattform zur Diskussion über die Belange der Nation. Die Kurse sollen die „fünf Prinzipien" in das Bewußtsein eines jeden Bürgers rücken. Wer gegen Panca Sila ist, so die Kunde, gilt als Feind der staatlichen Ordnung, deren oberste Wächter die Streitkräfte sind. Jeder Soldat muß seinen Eid auf Panca Sila leisten.

Wie aber kann Panca Sila mehr werden als nur ein Kodex für politische Moral? 1978 hat Suharto auch ein Institut eingerichtet, in dem Männer der Generation der Freiheitskämpfer die Staatsphilosophie konkretisieren und eine Rahmenordnung für Staat und Wirtschaft konzipieren. In seiner Rede zum 39. Unabhängigkeitstag am 17. August nannte Suharto die nationale Entwicklungsstrategie erstmals die „Anwendung der Panca Sila" auf dem Weg zum Panca-Sila-Staat. Demnächst wird das Parlament über ein Gesetz entscheiden, das Panca Sila zum alleinigen Prinzip für alle Parteien und Massenorganisationen erklärt.

Damit kann die Entwicklungspartei (PPP) sich nicht länger eine Partei des Islam nennen, die Demokratische Partei (PDI) nicht länger eine Partei der Christen. Die Parteiführer haben diesem Gesetz zugestimmt, ihre Opposition würde nichts nützen, da die Regierungspartei Golkar die Mehrheit hat.

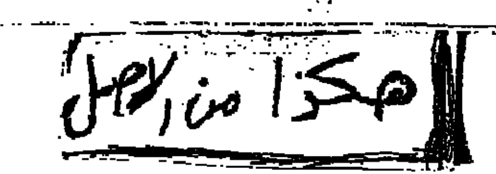
Paris: Qualität der Schulen hat jetzt Vorrang

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs neuer Erziehungsminister Jean-Pierre Chevenement will den Schulunterricht „modernisieren". Sein Ziel sei es, erklärte er auf seiner ersten Pressekonferenz nach seiner Amtsübernahme im Juli und zwei Tage vor der Wiedereröffnung der Schulen nach der Sommerpause, dem Bemühen des Premierministers Fabius um eine Modernisierung des Produktionsapparates „den nötigen Unterbau in der Schule" zu geben. „Im Zentrum des internationalen Konkurrenzkampfes steht der Kampf, den jede Nation um die Bewältigung der technologischen Revolution führt", sagte der ehemalige Industrieminister. „Wer hier versagt, geht als Volk unter. Die Erziehung unserer Jugend muß daher die Speerspitze im Kampf um die Modernisierung unserer Industrie sein." Chevenement nannte zum Vergleich eine Zahl: In den USA haben 77 Prozent der Industriearbeiter das Bildungsniveau Abitur, in Frankreich sind es nur 21 Prozent.

Die „Qualität" des Unterrichtes soll Vorrang vor allen pädagogischen Experimenten haben, betonte Chevenement. Es gehe darum, wieder das Elitebewußtsein zu fördern und „republikanische Spitzenleistungen" zu erzielen. Die Schüler müßten wieder lesen und schreiben lernen, einfache Rechnungen durchführen können und sich der wichtigsten Geschichtsdaten erinnern. Hierzu seien vier Dinge erforderlich: Eine bessere Ausbildung der Lehrer, Rückkehr zur guten alten Volksschule, verstärkter technischer Unterricht und die „permanente Fortbildung" der Schulabgänger. Der gut geschulte Lehrer müsse Vorrang haben vor dem „Sozialassistenten", der bisher in den Klassenräumen allzusehr das Zepter geschwungen habe.

Chevenement hat für seine erste Vorstellung in der Öffentlichkeit einhellig Lob aus allen Lagern, vor allem von seiten der Lehrer und der katholischen Elternschaft bekommen. Letztere hofft nur, daß es nicht bei hoheitsvollen Absichtserklärungen bleibt und die Anhänger der Laienschulen nicht doch wieder die Oberhand gewinnen. Das heißumstrittene Reformgesetz seines Vorgängers Savary ist zurückgezogen worden, ein neues ist vorerst nicht in Sicht.



Probezeit 14 Tage.

Probieren Sie es mal. Genau. Das Bett ist ja das wichtigste Möbel Ihrer Wohnung. Es muß schon einiges aushalten. Von tobenden Kindern bis zu wer-weiß-was.

Aber nicht nur Brautleute bekommen bei uns 14 Tage Probezeit. Das gilt natürlich für alle unsere Kunden.

Wir finden es wichtig, daß Sie erst einmal sehen, wie die Möbel in Ihre Wohnung passen. Meistens paßt es ja, aber manchmal auch nicht.

Dann soll man selbstverständlich umtauschen können. Oder einfach das Geld zurückbekommen.

Erst wenn Sie zufrieden sind, sind wir es auch.

Herzlich willkommen bei IKEA. Hier kosten guter Geschmack und gute Qualität ein bißchen weniger.



Mehr Geschmack als Geld.

Kaltenkirchen b. Hamburg, Stuhr b. Bremen, Berlin, Großburgwedel b. Hannover, Lohne-Gohfeld, Kassel-Niederzwehren, Dorsten, Kamen b. Dortmund, Kaarst b. Dusseldorf, Koln-Godorf, Hofheim-Wallau b. Frankfurt, Bous b. Saarbrücken, Walldorf b. Heidelberg, Fürth-Poppenreuth b. Nürnberg, Stuttgart, Freiburg, Eching b. München IKEA Versand: 05732/8980.

Ein Vorbild ist der Marxismus

Genesis und Stand der Befreiungstheologie in Mittel- und Südamerika

WERNER THOMAS, Miami

Wenn der brasilianische Priester Leonardo Boff morgen dem deutschen *Kardinal Joseph Ratzinger* seine kontroversen Thesen erläutern muß, begegnen sich alte Bekannte. Boff vollendete vor 14 Jahren seine Doktorarbeit in München. Ratzinger, damals noch nicht Präfekt der päpstlichen Glaubenskongregation, stand ihm hilfreich zur Seite. Boff, der Deutsch mit bayerischem Akzent spricht, erwartet eine Einvernahme „in brüderlichem Geiste".

Mag sein, daß sich die beiden Männer menschlich gut verstehen, theologisch sind sie heute Welten voneinander entfernt. Ratzinger vertritt die römisch-katholische Kirche gegen die Herausforderung der „Theologie der Befreiung", zu deren führenden Theoretikern Leonardo Boff zählt. Das Zweite Vatikanische Konzil und die lateinamerikanische Bischofskonferenz im kolumbianischen Medellin (1968) gaben die entscheidenden Impulse. Die blutigen politischen Konflikte der letzten zehn Jahre, vor allem in Mittelamerika, hatten einen raschen Radikalisierungseffekt. Viele Priester solidarisierten sich mit marxistischen Revolutionären. Der Marxismus wurde zu einem Vorbild.

Die Medellin-Konferenz war ein revolutionäres Ereignis. Es veränderte den bisherigen Standort des katholischen Klerus als Muster traditioneller Strukturen. Der Staat und die Kirche marschierten nicht mehr im Gleichschritt. Die Kirche sollte fortan eine „Mission der Gerechtigkeit" übernehmen, wie Evaristo Arns formulierte, der Kardinal von São Paulo, der wohl einflußreichste Vertreter der lateinamerikanischen Hierarchie.

Marcus Macgrath, der Erzbischof von Panama, erläuterte die Kurskorrektur mit einem Schuldkomplex: „Die Kluft zwischen Armen und Reichen ist so tief wie während der Kolonialzeit – und das auf einem katholischen Kontinent." In Lateinamerika leben heute 40 Prozent der 784 Millionen Katholiken der Welt, um die Jahrhundertwende werden es 50 Prozent sein.

Als sich die Bischöfe der Region 1979 wieder im mexikanischen Puebla trafen, wollte Papst Paul Johannes II. die Schleusen des revolutionären Elans etwas schließen. „Die Kirche hat eine religiöse und keine sozialpolitische Aufgabe", betonte er. Er kritisierte die klassenkämpferischen Elemente der Befreiungstheologie: „Die Vorstellung von Christus als einer politischen Figur, als eines Revolutionärs, als der subversive Mann aus Nazareth entspricht nicht der Glaubenslehre." Er setzte sich aber auch für Strukturreformen ein: „Systeme, die eine Ausbeutung des Menschen durch den Mitmenschen oder den Staat erlauben, dürfen nicht geduldet werden."

Viele Teilnehmer der Puebla-Tagung vermißten klarere Direktiven. Oscar Arnulfo Romero, der Erzbischof von San Salvador, wertete jedoch den konzedierten Spielraum als positives Zeichen. „Man hat uns nicht gebremst", kommentierte er. Der Erzbischof wagte in den Monaten nach Puebla sogar die offene Konfrontation mit der Regierung seines Landes. Anfang März 1980 rief er die Soldaten zur Befehlsverweigerung auf. Wenige Tage später wurde er bei einer Seelenmesse von einem bisher nicht gefaßten Attentäter ermordet.

Da die Befreiungstheologie soziale Umwälzungen fordert, bildete sich eine Interessengemeinschaft zwischen Theologen und Marxisten. Nicaraguas Kulturminister Ernesto Cardenal, einer von vier Priestern in hohen Regierungsämtern, bekennt sich offen zum Marxismus. Sergio Mendez Arceo, der frühere Erzbischof von Cuernavaca (Mexiko), glaubt wie Cardenal: „Der Marxismus ist die einzige Lösung für Lateinamerika." Die 70 000 Basisgemeinden Brasiliens, der vier Millionen Menschen angehören, verteilen Handbücher, die lehren: „Kommunismus bedeutet teilen. In gewisser Weise können wir sagen, daß die Kommunisten die ersten Christen waren." Der Peruaner Gustavo Gutierrez, der prominenteste Rebellenpriester, der 1971 die Grundsatzfibel „Die Theologie der Befreiung" schrieb, lehnt selbst „reformistische" Schritte zur Veränderung der sozialen Situation ab.

Leonardo Boff, der am Franziskaner-Seminar in Petropolis bei Rio de Janeiro Theologie unterrichtet, übt in seinem letzten Buch („Kirche: Charisma und Macht", 1981) auch Kritik an der Struktur der Kirche, die er für „autoritär und kapitalistisch" hält. Der Priester: „Der Vatikan möchte die Kirche um den Papst und Rom zentralisieren, die Befreiungstheologie wünscht dagegen eine dezentralisierte Kirche."

Obgleich Boff und Gutierrez viel Aufsehen erregen, blieb der Einfluß der radikal interpretierten Befreiungstheologie eher bescheiden. Die Männer in den meisten Schlüsselstellungen sind progressive Prälaten, die politisch vorsichtig taktieren, sich jedoch energisch für die sozialen Probleme und die Menschenrechte einsetzen. São Paulos Kardinal Arns gehört zu ihnen, auch Arturo Rivera y Damas, der neue Erzbischof von San Salvador. Rivera y Damas: „Christentum und Marxismus lassen sich nicht miteinander vereinbaren."

Ironischerweise konnte die Amtskirche gerade in jenem Land ihre Stärke beweisen, in dem sie besonders bedroht wird: Nicaragua. Die linke „Iglesia Popular" (Volkskirche) kam trotz der massiven Unterstützung der sandinistischen Regierung und ausländischer Sympathisanten nie über ein Peripherie-Dasein hinaus. Miguel Obando y Bravo, der charismatische Erzbischof, den der Papst nun zum Kardinal küren möchte, ist heute populärer denn je.

Die Ereignisse bei dem Besuch des Papstes Anfang März vergangenen Jahres in Managua, dem Gegen-Rom der lateinamerikanischen Linkskatholiken, haben die Offensive gegen die Befreiungstheologie ausgelöst. Der Gast war damals von sandinistischen Aktivisten mit geballten Fäusten und rhythmischen Slogans („Alle Macht dem Volk") niedergeschrien worden. Nach dieser Reise trat Kardinal Ratzinger in Aktion. (SAD)

Franziskaner-Kritik am Vatikan

DW. Bonn/Rom

Im Vorfeld der Anhörung des brasilianischen Franziskanerpaters Leonardo Boff vor der päpstlichen Glaubenskongregation haben sich auch Stimmen zu Wort gemeldet, die sich kritisch mit der jüngsten vatikanischen Stellungnahme zur sogenannten Befreiungstheologie auseinandersetzen. Insbesondere die Bonner Missionszentrale der Franziskaner protestierte gegen die Einstufung einiger Aspekte dieser theologischen Richtung als marxistisch.

Pater Andreas Müller, Leiter der Missionszentrale, bezeichnete es zwar als Fortschritt, daß in dem vatikanischen Dokument der „Ausgangspunkt dieser Theologie" anerkannt werde, „nämlich die Unterdrückung und das Elend der Völker Lateinamerikas". Es werde aber bedauerlicherweise, ohne konkrete Belege dafür anzuführen, der Eindruck erweckt, als ob die Befreiungstheologie wesentliche Glaubensinhalte im Sinne marxistischer Vorstellungen umdeute. Die von Rom kritisierten Theologen erwarteten aber das Heil nicht von Marx, sondern allein von Christus.

Das Dokument, bemängelten die Franziskaner, gehe von einer „typischen europäischen Sicht der Befreiung" aus. Das Thema werde so theoretisch abgehandelt, als wäre es ein Stichwort aus dem Lexikon. Die Praxis der Befreiung aber, ihre lateinamerikanische Perspektive, sei damit kaum verstanden worden. Diese Perspektive gehe aus „vom Kampf der Armen, die ihre Befreiung suchen". In diesem Prozeß lasse sie sich „vom biblischen Thema der Befreiung erleuchten. Sie ist gelebter Glaube und hat deshalb als konkrete Praxis Vorrang vor der Theorie".

Hinter den Theologen Boff stellte sich auch der Münsteraner Professor für Fundamentaltheologie Anton Rotzetter, gleichfalls ein Franziskaner. In einem Brief an Boff nannte er die Kirche Brasiliens eine Hoffnung für die gesamte Kirche. „Während die europäische Kirche und die Kirche Roms täglich hunderten Grund ist, die Kirche zu verlassen, ist die Kirche Brasiliens für tausende Grund zum bleiben."

Uneingeschränkt begrüßt wurde das vatikanische Dokument von Jesuitengeneral Kolvenbach. Er schrieb: „Alle, die ihre ganze Kraft den Armen widmen und in letzter Zeit unter Lehrverirrungen und ideologischen Abweichungen beim christlichen Kampf für Gerechtigkeit litten, werden dieses Dokument des Heiligen Stuhls mit Dankbarkeit aufnehmen." Kolvenbach hatte 1983 Pedro Arrupe abgelöst, unter dessen Ordensleitung viele Jesuiten in Lateinamerika Aktionsformen gegen Unterdrückung und Elend wählten, die nicht immer von den Bischöfen der Region und dem Vatikan gutgeheißen wurden.

In einem ZDF-Interview hatte der Erzbischof von São Paulo, Evaristo Arns, erklärt, die Theologie der Befreiung baue auf der konkreten Situation in Lateinamerika auf und werde von Europäern nur schwer verstanden. Auch Arns wandte sich gegen den Vorwurf einer marxistischen Umdeutung der christlichen Lehre.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Rat zur Selbstaufgabe

„Integration ist richtiger Weg für Polen-Deutsche"; WELT vom 29. August

Wenn man im Interview des hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Helmut Hild liest, daß man „heute eigentlich nicht davon reden kann, daß eine Zwangspolonisierung stattfindet", und dann noch hinzugefügt wird, daß sich die polnischen Dienststellen an die Verabredungen über die Ausreise der Deutschen halten, ist zu fragen, mit wem Kirchenpräsident Hild seine Kontakte pflegt und woher er seine „Weisheit" bezieht. Es scheint fast so, daß er häufiger mit polnischen Offiziellen als mit den betroffenen Deutschen in Oberschlesien oder Ostpreußen zusammentrifft.

Es hat sich nichts an der Zwangspolonisierung der Deutschen verändert: Die deutsche Sprache ist immer noch vom Gebrauch in der Öffentlichkeit ausgeschlossen; deutsche Vornamen sind nicht zugelassen; deutschklingende Zunamen müssen polonisiert werden, deutschen Gottesdienst gibt es nicht; die Existenz von einer Million Deutschen wird geleugnet. Daß die jungen Menschen bis zum mittleren Alter von 45 Jahren kaum noch Deutsch sprechen können, nachdem sie zu uns gekommen sind, muß doch wohl einen Grund haben. Nach Kirchenpräsident Hild bestimmt nicht in der Zwangspolonisierung, dann offenbar in der Dummheit der Deutschen, wenn man dem Kirchenpräsident folgt.

Daß zur Zeit kaum noch Ausreiseanträge von Deutschen genehmigt werden, sondern mehr und mehr Deutsche – bis zu 85 Prozent! – als Besucher in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und hier bleiben, spricht nicht dafür, daß sich Polen „auch weiter an dem Geist der Verträge" hält.

Es wäre doch anzunehmen gewesen, daß ein deutscher Kirchenmann Anwalt der Deutschen ist und nicht Anwalt der offiziellen polnischen, und das heißt nationalistischen und kommunistischen Haltung, die wir ohnehin aus vielfacher Leiderfahrung zur Genüge kennen.

Dr. Herbert Hupka, MdB, CDU

*

Der stellvertretende Vorsitzende des Rates der EKD und Präsident der Kirche von Hessen-Nassau, Helmut Hild, behauptet, es gäbe in den von Polen besetzten deutschen Ostgebieten keine „Zwangspolonisierung der deutschsprachigen Minderheit, dazu kein geschlossenes deutsches Siedlungsgebiet und empfiehlt schließlich die Integration, also die Polonisierung der jungen Generation als sicher richtigen Weg.

Wenn ein so hoher Kirchenführer in dieser Weise zu den Ostfragen Stellung nimmt, dann tut er das entweder aus Unwissenheit oder wider besseres Wissen. Unwissenheit sollte man einem Kirchenpräsidenten eigentlich nicht unterstellen. Also bleibt nur ein Handeln wider besseres Wissen übrig. Oder steckt da noch etwas anderes dahinter? Soll vielleicht wieder einmal die „Kammer für öffentliche Verantwortung", die man besser „Kammer für öffentliche Besserwisserei" benennen sollte, bemüht werden? Die unselige Ostdenkschrift, ein Elaborat dieser Kammer, hat die so schlecht vorbereiteten Ostverträge in Gang gebracht. Soll hier wieder eine Stellungnahme dieser Kammer in Gang gebracht werden?

Auf alle Fälle setzt sich die EKD mit diesen Auslassungen des 2. Vorsitzenden des Rates der EKD wieder einmal zwischen alle Stühle und tritt in jedes Fettnäpfchen! Die Folge dieser so einseitigen Äußerung wird eine weitere Zahl von Kirchenaustritten sein, und zwar von Gemeindemitgliedern, denen etwas an ihrer Kirche liegt und die sich dann nach einer anderen geistlichen Heimat umsehen müssen. Will die EKD bis zur endgültigen Auszehrung so weitermachen? Ist es wirklich so schwer zu begreifen, daß die Gemeindemitglieder von ihrer Kirche die reine Verkündigung des Evangeliums, die rechte Verwaltung der Sakramente und eine nachgehende Seelsorge erwarten, aber keine Politisierung aller kirchlichen Lebensäußerungen.

Konrad Feige,
Pastor i. R.
Ammersbek

*

Hiermit beenden wir die Diskussion

Drei Staaten

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Umfang der „deutschen Frage" wird heute auch von Unionspolitikern nicht voll erfaßt. Wenn von freier Selbstbestimmung des deutschen Volkes die Rede ist, kann das Thema Österreich nicht unerwähnt bleiben. Noch im Deutschen Bund bis 1866 war es selbstverständlicher Teil Deutschlands. Im 20. Jahrhundert hat Österreich sich zweimal für Deutschland entschieden. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde der gewünschte Anschluß von den Siegern verboten. Wegen der unglücklichen Folgen des dann erfolgten Anschlusses an das „Dritte Reich" wird heute gern vergessen, daß bei der Volksbefragung in Österreich, nach dem Einmarsch deutscher Truppen, eine große Mehrheit für die Vereinigung mit Deutschland gestimmt hat. Wer sich ernsthaft mit der „deutschen Frage" befaßt, wird erkennen müssen, daß aus dem „Dritten Reich" faktisch drei deutsche Staaten hervorgegangen sind. Bruno Kreisky hat das schon vor Jahren formuliert.

Hochachtungsvoll
V. Kohn,
Düsseldorf

Arbeitsteilung

„Streit zwischen BGS und Zoll um den Grenzdienst"; WELT vom 16. August

Die Äußerungen des Vorsitzenden des BGS-Verbandes Pfeffer, man könne unter Abzug des Zolls von der innerdeutschen Grenze die Grenzsicherungs- und -überwachungsaufgaben allein durch den BGS ohne Personalvermehrung wahrnehmen, zeugen von einer erstaunlichen Unkenntnis hinsichtlich des Standpunktes, den sein eigenes Ministerium zu dem Nebeneinander von BGS und Zoll an der innerdeutschen Grenze einnimmt. Das Bundesinnenministerium hat erst vor kurzem gegenüber dem Bundesrechnungshof dargelegt, daß jede der beteiligten Behörden – BGS und Grenzaufsichtsdienst des Zolls – sinnvoll in ein arbeitsteiliges System aufgeteilt sind. Dieses arbeitsteilige System habe sich in der Zusammenarbeit mit dem Zoll sowohl im Bereich des Grenzschutzeinzeldienstes wie im Bereich des Grenzschutzverbandes bewährt.

Im Falle des Abzugs der Beamten des Grenzaufsichtsdienstes des Zolls müsse dem BGS für die Aufgaben, die z. Zt. der Zoll wahrnimmt, Personal zugeführt werden. Abgesehen von den Auswirkungen auf das sensible deutsch/deutsche Verhältnis würde die Herauslösung des Zolls aus der Wahrnehmung seiner Aufgaben an der innerdeutschen Grenze die vielfach auch von Politikern geforderte Intensivierung der Grenzsicherungsaufgaben in diesem Bereich gänzlich unmöglich machen.

Was will also Herr Pfeffer, wenn er die alleinige Aufgabenwahrnehmung an der innerdeutschen Grenze durch den BGS unter Abzug der dort dienstverrichtenden Zollbeamten des Aufsichtsdienstes fordert? Wahrscheinlich sich bei den BGS-Kommandeuren beliebt machen. Seine Mitglieder arbeiten bei der Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben mit den Zollbeamten vertrauensvoll zusammen. Dabei sollte es bleiben.

R. Müller,
Bundesvorsitzender des Bundes der Deutschen Zollbeamten – Gewerkschaft Zoll und Finanzen –

Schutzwesten

Die Bundeswehr soll laut Heeres-Inspekteur General Glanz neue Tarnuniformen bekommen.

Dazu ist zu sagen: Meinem Sohn sind im „Leo" im Winter fast die Füße erforen, weil die Panzersoldaten kein richtiges Schuhwerk haben. Und wo bleiben endlich die Schutzwesten? Wir liefern 30 000 an Syrien, aber die Bundeswehr hat noch immer nicht die oft lebensrettenden Schutzwesten, wie sie Israelis, Amerikaner und Franzosen in Beirut trugen.

General Glanz sollte sich einmal in Tel Aviv erkundigen, wie man Soldaten durch diese Schutzwesten gegen Splitter und Geschosse schützt.

Unsere Panzerkommandanten haben auch keine geeigneten Stahlhelme. Sie fahren im Barett durch die Gegend, ein Wahnsinn, wenn man an die Erfahrungen im Libanon-Krieg und anderen Nahost-Kriegen denkt. Bloß: General Glanz müßte sich darum kümmern.

Stefan Kühne,
Athen

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Wort des Tages

„Es ist im ganzen nicht zu glauben, wie schlau und erfinderisch die Menschen sind, um Entscheidungen aus dem Weg zu gehen."

Sören Kierkegaard; dän. Theologe und Philosoph (1813–1855)

Personalien

ABSCHIED

„Der Heilige Vater hatte eine glückliche Hand, als er Sie mit der Leitung einer der bedeutendsten Nuntiaturen betraute". Mit diesen Worten würdigte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, **Joseph Kardinal Höffner**, den scheidenden Apostolischen Nuntius, Erzbischof **Guido Del Mestri**. Als „Verbindungsoffizier des Papstes" habe der 78jährige in seiner 15jährigen Tätigkeit in Bonn die Interessen des Heiligen Vaters „überzeugend vertreten", erklärte Höffner bei der Verabschiedung Del Mestris in der Nuntiatur in Bonn.

Zuvor hatte der Nuntius Abschiedsbesuche bei Bundeskanzler **Helmut Kohl** und bei Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** gemacht. Mittags hatte ihn Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** im Kreis von Politikern und des Vertreters der Evangelischen Kirche in Deutschland, **Heinz-Georg Binder**, zum Essen empfangen. Anschließend verlieh er Del Mestri das Großkreuz des *Verdienstordens*, die höchste Auszeichnung der Bundesrepublik Deutschland.

Am abendlichen Empfang nahmen Vertreter fast aller ausländischen Botschaften, Außenminister **Hans-Dietrich Genscher**, der frühere Bundespräsident **Karl Carstens**, die Ministerin für Bildung und Wissenschaft, **Dorothe Wilms**, der Minister für Bauwesen und Städtebau, **Oscar Schneider**, sowie der Staatsminister im Auswärtigen Amt, **Alois Mertes**, und der bayerische Kultusminister und Vorsitzende des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Professor **Hans Maier**, teil. Die Deutsche Bischofskonferenz war durch mehr als 20 Bischöfe und Weihbischöfe vertreten.

BERUFUNGEN

Der deutsche Völkerrechtler **Karl-Heinz Bockstiegel** ist an das Internationale Gericht berufen worden, vor dem die Vereinigten Staaten und Iran ihre im Gefolge der Geiselkrise entstandenen Streitigkeiten lösen wollen. Der 48jährige Direktor des Instituts für Luft- und Weltraumrecht an der Universität Köln löst den Schweden **Gunnar Lagergren** ab, der zum 1. Oktober ausscheidet. Der Gerichtshof geht auf das zur Beendigung der Geiselaffäre 1981 zwischen den Vereinigten Staaten und Iran ausgehandelte Abkommen von Algier zurück. Dem Gremium gehören drei amerikanische, drei iranische und drei neutrale Richter an.

*

Der neue Generalsekretär der Deutschen Seemannsmission, Pastor **Ulrich Wahl**, wird am heutigen Donnerstag um 17.00 Uhr in der Bremer Sankt-Stephani-Kirche in seinem Amt eingeführt. Die Zeremonie nimmt Bischof Dr. **Hansheinrich Harms** aus Oldenburg vor. Ein Empfang im Bremer Seemannsheim schließt sich an. Die Deutsche Seemannsmission hat ihren Sitz in der Hansestadt. Sie betreut von hier aus Seeleute in aller Welt.

NACHRICHTEN

Heimliche Hochzeit

München (dpa) – *Die beiden* deutschen Slalom-Spezialisten Maria Epple (25) und Florian Beck (26) haben vor einer Woche in aller Stille geheiratet. Ex-Weltmeisterin Maria Epple: „Wir wollten vor der Saison keinen Rummel."

Eine Million für Lemond

Paris (UPI) – Der amerikanische Ex-Weltmeister der Radprofis, Greg Lemond, hat einen Vertrag bei einem französischen Lebensmittelhersteller unterschrieben. Der Kontrakt bringt Lemond innerhalb eines Jahres eine Gage von einer Million Mark ein.

Wiederholungsspiele

Hannover (*dpa*) – *Die Termine* für die Pokal-Wiederholungsspiele der ersten Hauptrunde wurden vom DFB so festgelegt: VfL Bochum – TSV Havelse (25. September) und MSV Duisburg – Fortuna Köln (2. Oktober). Die Begegnungen zuvor waren nach Verlängerung jeweils unentschieden ausgegangen.

Hrubesch operiert

Lüttich (sid) – Der frühere deutsche Fußball-Nationalspieler Horst Hrubesch (Standard Lüttich) wurde in Henstedt-Ulzburg am linken Knie operiert. Hrubesch hatte sich beim Spiel gegen Anderlecht einen Bänderriß zugezogen.

ZAHLEN

FUSSBALL

Englische Meisterschaft: Arsenal London – *Newcastle* 2:0, Everton – Ipswich 1:1, Luton – Liverpool 1:2, Sheffield Wednesday – Southampton 2:1, *Sunderland – Tottenham 1:0*, West Ham – Coventry 3:1.

EISHOCKEY

Canada-Cup, 2. Spieltag: Deutschland – CSSR 4:4 (3:0, 1:3, 0:1), UdSSR – Schweden 3:2 (1:0, 1:1, 1:1). Tabelle: 1. UdSSR 6:2 Tore/4:0 Punkte, 2. USA 11:5/3:1, 3. Kanada 11:6/3:1, 4. CSSR 4:7/1:3, 5. Deutschland 6:11/1:3, 6. Schweden *3:10/0:4*.

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, Herren, vierte Runde: McEnroe – Green (beide USA) 6:3, 6:2, 6:2, Lloyd (England) – Sundström (Schweden) 4:6, 6:4, 6:4, 6:2, Wilander (Schweden) – Mayotte (USA) 6:4, 6:4, 7:6, G. Mayer (USA) – Smid (CSSR) 6:3, 6:2, 6:3, Connors (USA) – Nyström (Schweden) 7:6, 6:0, 6:3. – **Damen,** vierte Runde: Hanika (Deutschland) – Huber (Österreich) 6:4, 7:5, *Hanika trifft im Viertelfinale* auf Chris Evert-Lloyd (USA).

FUSSBALL / 22 000 Zuschauer kamen zum Abschiedsspiel von Rainer Bonhof auf den Bökelberg

Nach der Aussprache sagte Schumacher brav: „Franz, mit mir kriegst du keine Probleme mehr"

BERND WEBER, Köln

„Den Toni Schumacher", schrieb Paul Breitner gestern in einer Kolumne für die Kölner Boulevardzeitung „Express", „halte ich für den besten Torwart der Welt." *Gleichwohl* gab Breitner dem Schlußmann eine ernste Warnung mit auf den Weg: Der müsse einsehen, daß er nicht ständig durch provozierende öffentliche Äußerungen seine eigene Personalpolitik betreiben könne. Andernfalls würde *Schumacher beim neuen National*mannschafts-Teamchef Franz Bekkenbauer sehr schnell ins Abseits geraten.

Was den ersten Teil der Ausführungen des Ex-Weltmeisters betrifft, da gibt es wohl wirklich keine Zweifel: Schumacher ist die absolute Ausnahme-Erscheinung zwischen den Pfosten. Am Dienstag abend beim *Kölner Nachholspiel* gegen Arminia Bielefeld hatte er es wieder einmal eindrucksvoll bewiesen. Hinter einer zum Teil erheblich desolaten FC-Abwehr verbrachte der Fußballer des *Jahres wahre Wunderdinge. Vereitel*te vier Bielefelder Chancen und sorgte somit dafür, daß die Gastgeber wenigstens nur mit einem blauen Auge, nämlich mit einem enttäuschenden 1:1, *davonkamen*.

Daß ausgerechnet Breitner dem Torhüter vorhielt, er würde seine eigene Personalpolitik betreiben, mag manchen hingegen eher als echter Treppenwitz vorkommen – nichts anderes hatte Breitner während seiner *gesamten Karriere betrieben*. Immerhin kann man Breitner natürlich zugute halten, daß er deshalb wußte, wovon er sprach. Und tatsächlich hat Schumacher ja auch Franz Beckenbauer durch einige Sprüche („Ich sag nun einmal, was ich denke", „Daß *Felix Magath in die Nationalmann*schaft zurückkehrt, beweist, daß weiter gewurstelt wird") sehr verärgert. Das Thema kann jedoch als abgehakt gelten. Nach dem Spiel in Köln brauste Schumacher nach Mönchengladbach, um an der Feier des Rainer-Bonhof-Abschiedsspiels (eine international verstärkte Borussia schlug die WM-Mannschaft von 1974 vor 22 000 begeisterten Zuschauern mit 8:3) teilzunehmen.

Zu weit vorgerückter Stunde kam es zu einer Aussprache zwischen Beckenbauer und Schumacher. Mit dem Ergebnis, daß der Teamchef und der Torhüter übereinstimmend erklärten, alle Verständigungsschwierigkeiten seien aus dem Weg geräumt. Beckenbauer zur *WELT*: „Ich habe dem Toni klargemacht, daß ich ihm in keiner Weise einen Maulkorb umhängen will. Er soll seine Meinung so offen sagen wie bisher, er soll es aber im Nationalmannschafts-Kreis tun und nicht in der Öffentlichkeit." Schumacher *zur WELT*: „*Ich habe* Vertrauen zum Franz. Er wird keine Schwierigkeiten mehr mit mir bekommen."

Auch an anderer Front scheinen sich die Wogen einer zunächst mittelschweren Erregung zu glätten. Beckenbauer hatte den Kölner Mannschaftskapitän Klaus Allofs, der gegen Bielefeld erneut eine gute Leistung zeigte und ein Supertor schoß, nicht für das Argentinien-Länderspiel am 12. September in Düsseldorf ins Aufgebot geholt. Mit dieser Maßnahme ist der Teamchef weitgehend auf Unverständnis gestoßen, und deshalb hat er seinen Entschluß wohl noch einmal überdacht.



Abschied mit Blumen: Rainer Bonhof und Gladbachs Präsident Beyer FOTO: AP

Klaus Allofs bekam eindeutige Signale von Beckenbauer, daß er weiterhin ganz eng mit dem National*mannschaftskreis verbunden bleibe*. „Wenn sich am Wochenende Spieler aus dem Aufgebot verletzten würden, wäre Allofs der erste, der nachnominiert würde", meinte Beckenbauer, der *inzwischen persönlichen Kontakt* zu dem Kölner aufgenommen hat, um ihm zu erläutern, daß er wirklich nicht abgeschrieben sei. Die in Mönchengladbach versammelten Ex-Weltmeister äußerten sich allesamt dahingehend, daß sie ihren alten Kumpel Franz für den richtigen Mann hielten, um die Nationalmannschafts-Krise zu beenden. Es spricht eigentlich alles dafür, daß sie keinem Irrtum unterliegen.

STAND ● PUNKT / *Sonderbare Gepflogenheiten bei Auktionen*

Auktionen genießen wohl allseits einen etwas merkwürdigen Ruf. *Egal, ob es sich um* die Versteigerung von hinterlassenen Schirmen in Zügen, hochwertigen Antiquitäten oder um Pferde handelt: Wer auf einer Auktion kaufen will, sollte sich vorher *gründlich informieren*. Bei der Großen Rennwoche in Iffezheim ist am letzten Samstag ein neuer deutscher Auktionsrekord für ein einjähriges Galopperpferd gefeiert *worden: 200 000 Mark soll die Stute* Ambiente gebracht haben. Nun stellte sich heraus: Es war kein echter Verkauf.

Verkäufer des Pferdes war der Stall Weissenhof aus Neuss, Käufer zunächst die ebenfalls dort ansässige Internationale *Vollblut-Agentur* (IVA). Tatsächlicher Käufer soll aber auch der Stall Weissenhof sein, der *die Stute vor der Auktion schon zu* einem höheren Preis verkauft hat und sie deshalb von der Agentur zurückersteigern ließ. Es ist grundsätzlich schon anrüchig, wenn ein *Auktionator seine eigenen Pferde* verkauft, wie das durch Ferdi Leisten seit Jahren praktiziert wird. Wenn jetzt aber die Pferde schon vor der Auktion verkauft werden, ist der *Ruf der deutschen Jährlingsauktio*nen ernsthaft in Gefahr. Die Erklärungen der Betroffenen mögen noch so logisch und verständlich klingen – es können nur Ausreden sein.

Es war nicht allein die Stute Ambiente, bei der es Probleme gab. *Auch die 90 000 Mark für die Stute* Wien entpuppten sich als nicht echt – angeblich ein Mißverständnis zwi*schen Jung-Agent Rüdiger Alles* von der IVA und seinem Kunden. Das Gestüt Bona hatte sich bereit erklärt, Wien zurückzunehmen. Direktoriums-Generalsekretär Hans-Hein*rich von Loeper zu den Ereignissen*: „Das geht einfach zu weit. Keiner weiß mehr, wo er dran ist."

Ein namhafter deutscher Gestütsbesitzer plant, die merkwürdigen Machenschaften durch eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft überprüfen *zu lassen. Die Erfahrungen* des Galopp-Rennsports mit Kriminalpolizei, Staatsanwälten und Gerichten sind aber negativ, was die Ermittlungsfreudigkeit im Dschungel des *Galopper-Urwaldes betrifft. Den Er*mittlungsbehörden fehlt die subtile Sachkenntnis, die Richter erwiesen sich von wenigen *Ausnahmen* abgesehen als überfordert.

In den USA ist es üblich, daß nach einem Biete-Duell der Mitbieter nach dem Zuschlag auf Verlangen seine Identität preisgibt. So geschah es kürzlich, daß ein Pferd nur 2,6 Millionen US-Dollar kostete, das zuvor für 4,5 Millionen US-Dollar zugeschlagen worden war. Man hatte Scheich Mohamed aus Dubai mit Scheingeboten hochgetrieben, aber der Dukatenesel erwies sich als störrisch.

Seriös und nicht um jeden Preis sensationell sollten die Herren Auktionsveranstalter und Agenten ihre Auktionen abwickeln.

KLAUS GÖNTZSCHE

EISHOCKEY / Überraschendes 4:4 gegen CSSR

„Deutsches Team hat Weltspitze eingeholt"

dpa/sid, London

„Wir wollten uns gut verkaufen. Diesen Punkt können wir mit gutem Gewissen als Sieg feiern. Das war ein wunderbarer Anblick, wie sich die CSSR-Spieler zwei Minuten vor Schluß über den Ausgleich gegen uns freuten. So weit haben wir es gebracht. Die sind ja Vize-Weltmeister. Und deshalb ist schon mehr erreicht, *als wir hoffen konnten.*" *Das sagte* Bundestrainer Xaver Unsinn nach dem überraschenden 4:4 der deutschen Eishockey-Nationalmannschaft beim Canada-Cup gegen die CSSR.

In der kanadischen Provinz bestand die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft eine ihrer größten internationalen Feuerproben mit Glanz und Gloria – und wurde mit großen Ovationen gefeiert. Das 4:4 gegen die CSSR dokumentierte bei der erstmaligen Teilnahme am Canada-Cup den unter Trainer Xaver Unsinn erreichten *und nun stabilisierten Auf*schwung. Kapitän Berndaner, Kießling, Hiemer, Niederberger, Truntschka, Steiger, alle rutschten auf dem Bauch, flogen durch die *Luft, riskierten jeden Augenblick* Kopf und Kragen. In der Aufregung flogen auch Fäuste und Schläger. Vor Torhüter Friesen purzelten Spielerknäuel über- und durcheinander. Der deutsch-kanadische Baptisten-Prediger köpfte sogar einmal den Puck wie im Fußball aus dem Tor. Im Eishockey ein Witz und doch symbolisch für den außergewöhnlichen Einsatz.

Berndaner *hatte folgende* Erklärung für das Engagement: „Das ist eine Mannschaft, wie sie im Sport sein soll. Jeder steht hinter dem anderen, jeder lobt den anderen, keiner *haut über die Stränge. Wenn sich* einmal einer nachts um zwei Uhr mit einer schweren Birne nach Haus schleicht, trainiert er am anderen Morgen eine Stunde mehr, und kei*ner spricht mehr darüber.*"

So wird denn jetzt in Kanada vom Erfolg der Deutschen und von ihrem kanadischen Stil gesprochen. „Gegen euch sind ja unsere Jungens Engel", *rief ein Kanadier der Mannschaft zu*, und er tat es bewundernd. Nach der 3:0-Führung (zweimal Steiger und Truntschka) staunten die kanadischen Zuschauer noch, aber als sie spürten, mit wieviel Mut und Begeisterung die Cup-Neulinge sich auch durch das 3:3 und brutale Stockfouls nicht von ihrer Linie abbringen ließen, machten sie die dramatische Auseinandersetzung zu einem Heimspiel.

Frech waren die Deutschen auf dem Eis und hinter dem Tor. Der nach einer üblen Prügelei zum Duschen geschickte zweifache Torschütze Helmut Steiger setzte sich nach *dem 4:3* von Höfner in die Ränge hinter das CSSR-Tor. Sein Wunsch war es, „den eigenen Kameraden beim Tor zum 5:3 in die Augen zu sehen". So weit kam es nicht. „Nur *die Pointe fehlte*", *klagte* der Mannheimer Peter Obresa. Er war wie alle von dem 4:4 knapp zwei Minuten vor Schluß durch Lukac nur kurz enttäuscht. Ernst Höfner: „Wir spielten wie im Rausch."

Trainer Xaver Unsinn: „Ihr kämpferisches und ihr seelisches Element ist unheimlich stark. Seit meiner neuen Amtszeit vor drei Jahren hat *sich die Mannschaft noch nie so ein*gesetzt wie jetzt. Sie hat auch in den letzten Jahren viel geleistet, 1982 die CSSR in Helsinki 4:2 besiegt, 1983 in München 3:3 gespielt, aber das 4:4 *war die Spitze. Die Moral war einma*lig, nach der 3:0-Führung den Ausgleich und die Provokationen der Tschechoslowaken zu überwinden. Aber ich fordere von meinen Spielern keine *zweite* Überraschung. Es soll aber auch keiner glauben, das sei schon alles gewesen."

Lob für die deutsche Eishockey-Nationalmannschaft gab es unmittelbar nach dem Spiel aus Prag. Die tschechoslowakische Nachrichtenagentur CTK: „Die Eishockey-Spieler aus der Bundesrepublik haben bewiesen, daß ihre Teilnahme am Canada-Cup nicht nur symbolisch ist. Sie diktierten das hohe Tempo des Spiels und kontrollierten es. Dies ist schon der dritte Mißerfolg der CSSR gegen die Bundesrepublik. Die Qualität des bundesdeutschen Eishockeys wächst, und die Mannschaft ist auf dem besten Wege, die Weltspitze einzuholen."

Und was meinte Dr. Ludek Bukac, der Trainer der tschechoslowakischen Eishockey-Nationalmannschaft, nach dem Spiel: „Wir haben keinen Deutschland-Komplex. Nein, wirklich, das glaube ich nicht. Aber gegen uns spielen die immer hundertfünfzigprozentig."

Bei Flucht durch Schußautomaten schwer verletzt

AP/rtr, Bonn/München

Mit Bestürzung hat die Bundesregierung auf die Nachricht reagiert, daß ein 26jähriger Mann aus der „DDR" in der Nacht zu Mittwoch bei seiner Flucht nach Bayern an der innerdeutschen Grenzen durch Metallgeschosse zweier Selbstschußanlagen schwer verletzt wurde. Wie ein Sprecher des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen sagte, zeige dieser Vorfall „eindrucksvoll, wie dringlich es ist, daß die SM-70-Anlagen endlich restlos abgebaut" werden müßten.

Der Verletzte hatte mit einem gleichaltrigen Gefährten nach Mitternacht bei Willmars im Landkreis Rhön-Grabfeld den Metallgitterzaun überwunden. Dabei löste er die SM-70-Anlagen aus und wurde von den Metallsplittern am ganzen Körper getroffen, schwebt aber nicht in Lebensgefahr. Sein Gefährte wurde nicht getroffen. An mehr als der Hälfte der „DDR"-Grenze zu Bayern sind die Selbstschußanlagen inzwischen entfernt worden. *Auf 41,6 Kilometern* Länge sind sie dagegen noch nicht abgebaut worden.

Beschwerde gegen Buschhaus-Urteil

dos. Hannover

Das Land Niedersachsen hat gegen die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Braunschweig, die Betriebsaufnahme des umstrittenen Braunkohle-Kraftwerks Buschhaus zu untersagen, beim Oberverwaltungsgericht *Lüneburg* Beschwerde eingelegt. Ministerpräsident Ernst Albrecht erklärte gestern in Hannover, die Landesregierung gehe davon aus, daß die strittigen Punkte, die zu dem Gerichtsbeschluß führten, spätestens vor dem Oberverwaltungsgericht ausgeräumt werden können. Nachdrücklich widersprach der Ministerpräsident der Auffassung, das Gericht habe bei seiner Entscheidung Umweltgesichtspunkte berücksichtigt; vielmehr seien Verfahrensmängel geltend gemacht worden. Als haltlos bezeichnete er Befürchtungen, daß Buschhaus und die Kraftwerke Offleben I und II gleichzeitig betrieben werden könnten. Bei Offleben I handele es sich um eine „Kaltreserve", die nur reaktiviert werde, wenn ein anderes Kraftwerk ausfallen sollte.

Kooperation mit „DDR": Kostandow rügte Mängel

„Neues Deutschland" veröffentlicht letzten Aufsatz

H.-R. KARUTZ, Leipzig

Der gestern früh während seines Besuchs der Leipziger Messe verstorbene sowjetische Vizepremier Leonid Kostandow hatte in einem am selben Tag im SED-Organ „Neues Deutschland" veröffentlichten Artikel massive Kritik an den Mängeln der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der „DDR" geübt. Der frühere *Breschnew-Vertraute*, der die sowjetische Delegation in der paritätisch besetzten Regierungskommission für wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen der „DDR" und der Sowjetunion leitete, beklagte auf anderthalb Seiten teilweise ganz unverblümt die „Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten" der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Ost-Berlin und Moskau.

Kostandow hatte am Sonntag den Staats- und Parteichef der „DDR", Erich Honecker, im sowjetischen Pavillon empfangen. Aus seinem Artikel wird deutlich, daß der sowjetischen Seite vor allem die Modernisierung der sowjetischen Industrie mit Hilfe der UdSSR" nicht schnell genug vorangeht. Andererseits hindere, so der Vizepremier, diese Hilfe, vor allem durch die Lieferung von Computern und moderner Technologie, die „DDR" selbst in ihrer notwendigen Entwicklung.

Seine Kernforderung lautet dabei, die paritätische Regierungskommission von „DDR" und Sowjetunion „mit größeren Vollmachten für die Lösung dieser Fragen" auszustatten. Dann *folgt die Kritik im Detail*: „Ohne auf weitere, bisher noch nicht im vollen Umfang genutzte Möglichkeiten für den Ausbau der Produktionszusammenarbeit zwischen der UdSSR und der DDR einzugehen, sei festgestellt, daß sie durch unzureichende Aktivität von Zweigministerien, Vereinigungen, Kombinaten und Betrieben in der UdSSR wie auch in der DDR in ihrer vollen Entfaltung beeinträchtigt wird. Offensichtlich handelt es sich hierbei nicht so sehr um das Verstehen der Nützlichkeit des Zusammenwirkens, sondern um die Notwendigkeit, ihre zentrale Leitung zu verbessern und die Verantwortung der Ministerien, Betriebe und Vereinigungen für die Nutzung der Potenzen der Zusammenarbeit zu erhöhen."

Kostandow stellt dann fest, bei der „Nutzung des Potentials der Bruderländer in Wissenschaft, Technik und Produktion" gehe es somit um die Erhöhung des „Wohlstandes ihrer Völker". Dazu gebe es auch in den Beziehungen zwischen der UdSSR und der „DDR" noch „Reserven". Um sie „möglichst vollständig zu erschließen gilt es, die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten in der Organisation der Zusammenarbeit zu beseitigen". Was in der Zusammenarbeit zwischen Moskau und Ost-Berlin alles im argen liegt, zählt der Sowjetfunktionär im einzelnen auf: „Dabei kommt es wegen der Langwierigkeit der Aufarbeitung und der Bestätigung von technischen Normen, Vorschriften und Standards in der praktischen Zusammenarbeit zwischen den *Ländern manchmal* vor, daß man beim Konstruieren, bei der Entwicklung technologischer Prozesse oder in der Phase der Realisierung neue wissenschaftliche und technische Lösungen verwirklichen könnte, wodurch die jeweilige Konstruktion wesentlich verbessert, die Technologie vervollkommnet oder die bautechnischen und anderen Parameter verbessert würden, doch könne sie nicht praxiswirksam benutzt werden, da sie den geltenden Normenvorschriften widersprechen würde. Gerade deshalb liegen nicht selten die spezifischen Investitionskosten, der Einsatz von Baustoffen, die Masse der technologischen Ausrüstungen oder die Brennstoff- und Rohstoff-Verbrauchsnormen zu hoch."

In seiner Rede vor dem sowjetischen Messe-Pavillon hatte Honecker am Sonntag erklärt, daß er im Juni mit Konstantin Tschernenko weitere Wege und Maßnahmen vereinbart habe, „um unser Zusammenwirken bis zum Jahre 2000 noch schneller auszubauen".

Die Kritik von Kostandow gibt einen Vorgeschmack auf die Belastungen, die angesichts des neuen, von 1986 an gültigen Fünfjahresplanes auf die „DDR"-Wirtschaft zukommen. Vermutlich werden weitere Exportverpflichtungen Richtung UdSSR verbindlich, die Ost-Berlin gar nichts anderes übrig lassen, als die wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik zu verstärken und möglicherweise um neue Kredite einzukommen.

Zielt der Verbannungs-Plan auf Kuron, Michnik und Walesa?

Warschau spricht von „unglückseligem" Brief der polnischen Bischöfe aus dem Jahre 1966

DW. Warschau

Die Pläne der polnischen Regierung, ihre hartnäckigsten Kritiker zu einer zeitlich befristeten „Verbannung" in den Westen zu schicken, zielen offensichtlich in die Richtung von Jacek Kuron und Adam Michnik, beide führende Mitglieder des aufgelösten Komitees zur gesellschaftlichen Selbstverteidigung (KOR). Möglicherweise möchte sich Warschau auch des „Solidaritäts"-Vorsitzenden und Friedensnobelpreisträgers Lech Walesa entledigen. Im Zuge der Amnestie für politische Gefangene waren Kuron und Michnik aus der Haft entlassen worden. Vor der im Juli erlassenen Amnestie hatte die Regierung bereits mehreren inhaftierten KOR-Angehörigen die Freilassung angeboten, wenn sie sich bereiterklärten, für ein Jahr ins Exil zu gehen. Die Betroffenen lehnten das Angebot jedoch ab. Die jetzt von Regierungssprecher Urban bestätigten Erwägungen Warschaus sind offenbar die Reaktion auf dieses Nein. In die Sondierungen des Regimes waren damals auch Vertreter der katholischen Kirche Polens eingeschaltet worden.

Urban hatte von einer Möglichkeit der Prüfung einer entsprechenden Änderung des Strafgesetzes gesprochen. Nach seinen Worten gibt es „bestimmte Länder" die sich bereiterklärt *haben, eventuell aus* Polen Zwangsausgewiesene aufzunehmen. Auf Fragen antwortete der Regierungssprecher, es handele sich um „gewisse Länder außerhalb Europas". Der Hinweis *auf solche Staaten* zeigt nach Ansicht von Beobachtern, daß das Projekt – entgegen der Darstellung Urbans – schon relativ weit fortgeschritten ist.

Bereits im Januar 1982 hatte General Jaruzelski in Gesprächen mit den Botschaftern der EG-Staaten nach Angaben des damaligen EG-Ratspräsidenten Leo Tindemans die „rätselhafte, tragische und zugleich grausame Frage" gestellt: „Sind Ihre Länder bereit, alle Elemente aufzunehmen, die wir möglicherweise ins Exil schicken wollen?" Die Bundesregierung in Bonn *hatte damals* erklärt, sie würde als eine Verschärfung der Situation ansehen, wenn die polnische Führung Personen zwangsweise ausbürgern würde oder auf sie einwirken würde, um sie zur Emigration zu bewegen.

Warschau setzte gestern seine „Revanchismus-Kampagne" gegenüber der Bundesrepublik Deutschland fort. *Das polnische Fernsehen griff* auch den Oppositionellen Jan Jozef Lipski an, der im „Spiegel" diese Kampagne als Mittel der polnischen Innenpolitik dargestellt hatte, weil dies das einzige Thema sei, bei dem die Propaganda auf eine positive Resonanz rechnen könne. Lipski wurde beschuldigt, ein „Anwalt der Revisionisten" zu sein. Er habe bewußt die „*historischen und ethnischen Rechte* der Polen" auf die Oder-Neiße-Gebiete in Frage gestellt.

Der Kommentator sprach von einem „unglückseligen" Brief der polnischen Bischöfe an das deutsche Episkopat aus dem Jahre 1966. In dem Briefwechsel zwischen beiden Episkopaten wurde gegenseitig um Vergebung für begangenes Unrecht gebeten. *Die Polen, so meinte der* Warschauer Kommentator, hätten sich nichts zu Schulden kommen lassen, wofür sie um Vergebung bitten müßten.

Mit Oslo hat Bonn keine Probleme

Vor Kohls Visite schätzt Premier Willoch die Beziehungen als „unkompliziert" ein

REINER GATERMANN, Oslo

Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl heute mittag zu seinem eineinhalbtägigen offiziellen Besuch nach Norwegen kommt, ist er Gast eines Landes, dessen Beziehungen zur Bundesrepublik sein Ministerpräsident Kaare Willoch als „unkompliziert" bezeichnet. Norwegen ist auch einer der treuesten NATO-Partner, es gehört zu den ganz wenigen Mitgliedern der Allianz, die ihre Verteidigungsausgaben jährlich um real 3,5 Prozent anheben.

Es ist fünf Jahre her, daß zum letzten Mal ein deutscher Regierungschef Norwegen einen offiziellen Besuch abstattete. Damals saßen sowohl in Bonn als auch in Oslo die Sozialdemokraten am Ruder, diesmal die Konservativen. Kaare Willoch, der mit seinem Gast heute eineinhalb Stunden konferieren wird, sieht keine „richtigen" bilateralen Probleme zwischen den beiden Ländern. Zwar verübelte er es Bonn, daß es zu einer Begrenzung der norwegischen Stahlexporte in die EG beitrug, wo andererseits die Deutschen zu den größten Stahllieferanten für den expansiven norwegischen Offshore-Bereich zählen, stellte jedoch in einem Gespräch mit deutschen Journalisten gleichzeitig fest, daß die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Kriegsmaterialbeschaffung (hauptsächlich U-Boote und Geländefahrzeuge) gut läuft. Weniger zufrieden ist der Norweger mit der EG, die sich in der Fischerei nicht an eingegangene Verträge halte. Norwegen deckt inzwischen 15 Prozent des westeuropäischen Erdgasbedarfs und wäre in der Lage, diesen Anteil auf längere Sicht aufzustocken.

Mit Nachdruck empfahl der norwegische Regierungschef für die sicherheitspolitischen Verhandlungen mit Moskau eine konsequente Linie des Westens. Der Sowjetunion müsse klar gemacht werden, daß die Zeit nicht für sie arbeite. In Oslo lehnt man alles ab, was die Abrüstungsverhandlungen komplizieren könne.

Dazu zählt auch die vor allem von Schweden und *Finnland erhobene* Forderung nach einem kernwaffenfreien Nordeuropa und Schwedens Vorschlag für einen zentraleuropäischen Korridor, frei von atomaren *Schlachtfeldwaffen. Willoch hält es* für undenkbar, daß die Nordeuropäer in einem Alleingang mit Moskau über die vertragliche Festschreibung eines in Friedenszeiten bereits kernwaffen*freien Nordeuropa* verhandeln. Derartige Fragen müßten in einem größeren Rahmen in erster Linie zwischen den Supermächten geregelt werden. In diesem Zusammenhang fügte Willoch hinzu, Norwegen sei für eine enge Zusammenarbeit der europäischen NATO-Mitglieder auch innerhalb einer wiedererstandenen westeuropäischen Union.

Friderichs auf eigenen Wunsch freigestellt

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friderichs, von der Bonner Staatsanwaltschaft der Bestechung durch den Flick-Konzern in seiner früheren Tätigkeit als Bundeswirtschaftsminister angeklagt, wird für die Dauer des Verfahrens vorübergehend von seinen Aufgaben im Vorstand der Bank freigestellt. Interimistisch wird für diese Zeit Vorstandsmitglied Wolfgang Röller mit dem Amt des Sprechers betraut. Die Freistellung soll zu einem Zeitpunkt in Kraft treten, der etwa zwei Wochen vor dem Beginn der Hauptverhandlung liegt, der aber heute noch nicht feststeht. Diesen Beschluß hat der Aufsichtsrat der Dresdner Bank gestern einstimmig auf den einmütigen Vorschlag des Vorstands gefaßt.

Die Freistellung geht auf Friderichs eigenen, bereits Ende November letzten Jahres geäußerten Wunsch zurück. Er möchte genügend Zeit haben, um sich auf seine Verteidigung zu konzentrieren. Friderichs ist überzeugt, daß sich die Anklage *als haltlos erweisen wird*, und daß er nach dem Verfahren wieder an die Spitze der Bank zurückkehrt. In der Zwischenzeit will er sich, soweit es seine Zeit erlaubt, um die Bank kümmern. *Er besitzt* – und das ist der Unterschied zu einer Beurlaubung – weiterhin volles Informations- und Initiativrecht im Vorstand.

Die bisher schon sehr enge Zusammenarbeit mit Röller bringe, wie Friderichs sagte, keinerlei Probleme beim Übergang seiner Sprecherfunktion. Friderichs wird seine sonstigen Mandate in Aufsichts- und Verwaltungsräten sowie in anderen Gremien beibehalten. Für die Wahrnehmung seiner anderen Vorstandsaufgaben gilt generell die in der Geschäftsverteilung festgelegte Vertretungsregelung. Damit sei, so Friderichs, die Voraussetzung dafür gegeben, daß die Bank die „Übergangszeit" gut überstehen könne.

Der ehemalige Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff hat in einem Interview des Süddeutschen Rundfunks gestern erklärt, es sei seiner Verteidigung inzwischen gelungen, weitere Argumente der Anklageschrift zu widerlegen. Sobald ihm die *Staatsanwaltschaft Zeit und Ort* einer angeblichen Geldübergabe mitteilen werde, „können meine Verteidigung und ich diese Angaben hundertprozentig widerlegen".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 40.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechel

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

WELT DER WIRTSCHAFT

Pariser Puppenspiel

J. Sch. (Paris) – Noch einmal drückte sie mit einem Seufzer ihre Träne aus dem Auge. Dann fiel sie in die Konkursmasse. Die Sprache hatte es ihr schon längst verschlagen. Denn diese einzige Puppe französischer Herstellung war der Konkurrenz der wesentlich preiswerteren Schwestern aus Italien und Spanien nicht mehr gewachsen, auch wenn diese nicht weinen können. Aber das war den französischen Eltern der Aufpreis schließlich nicht mehr wert. Trotzdem zelebriert man jetzt in Frankreich fast ein Nationalbegräbnis für „Poupée Bella" – vom Fernsehen angefangen bis zur seriösen Wirtschaftspresse. Dabei erzielte der Hersteller mit 300 Beschäftigten zuletzt gerade 43 Millionen Franc Jahresumsatz. Mit nur sieben Millionen Franc könnte ihm wieder auf die Beine geholfen werden.

Schon aus Gründen des nationalen Prestiges sollte Bella gerettet werden, meinen viele Franzosen. Aber die sozialistische Regierung hat ihr schon einmal geholfen. Als der frühere Eigentümer, die deutsche Wasag-Chemie, 1981 nach 40 Millionen Franc Verlust bei 80 Millionen Franc Umsatz die Produktion einstellen wollte, stellten die staatlichen Banken dem neuen Firmeninhaber Berchet 47 Millionen Franc langfristig zu Vorzugsbedingungen zur Verfügung.

Obwohl er Bella weitgehend elektronisierte, kam sie nicht wieder auf einen grünen Zweig. Vielleicht könnte man sie einfacher ausstatten, ohne daß sie dadurch an Persönlichkeit verliert. Sonst müssen auch Puppen sterben, wenn sie nicht mehr lebensfähig sind.

Tiefschlag

adh. – Die bitteren Früchte einer verfehlten Bildungspolitik ernten jetzt immer stärker auch die Abiturienten. Ihr Anteil an den Absolventen der allgemeinbildenden Schulen wird in den kommenden Jahren weiter steigen, auch wenn die absoluten Zahlen weiter sinken. Unter den Praktikern in den Unternehmen, in die die Abiturienten im Zeichen verstopfter Universitäten drängen, wird diese Entwicklung mit Unbehagen gesehen. Praxisferne, Desinteresse und Demotivation werden bei den jungen Menschen ausgemacht, Folgen einer lebens- und realitätsfernen Bildung. Wie weit das nach 13 Schuljahren „erarbeitete" Abitur schon entwertet ist, zeigt die bei der Hoechst AG erhobene Forderung, man müsse den jungen Leuten klarmachen, daß das Abitur keinerlei Berechtigung auf besondere Ausbildungsgänge beinhalte. Nach Jahren des Hätschelns ein Tiefschlag für die Abiturienten. Die Wirtschaft sollte eher ihr politisches Gewicht nutzen, um für Bildungsinhalte zu streiten, die das Abitur wieder zu dem machen, was es einmal war: das Zeugnis der Reife.

STRUKTURPOLITIK / Eine Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Sprecher der Wirtschaft plädieren für bessere Rahmenbedingungen

HEINZ STÜWE, Bonn

Eine weitgehend übereinstimmende Beschreibung der Ausgangslage erbrachte die Anhörung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur wirtschaftlichen Bedeutung und Entwicklung strukturschwacher Regionen. Ein zunehmendes Süd-Nord-Gefälle und die Tatsache, daß neben traditionell strukturschwachen ländlichen Regionen auch Ballungsräume zu Problemgebieten werden, kennzeichnen nach Auffassung der Sachverständigen die derzeitige Situation.

In der Analyse der Ursachen und noch stärker bei den Handlungsempfehlungen für die Politik wurden jedoch unterschiedliche Akzente deutlich. Während die Sprecher von Industrie und Kammer die wirtschaftspolitische Priorität in einer Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Unternehmen sehen, trat der Vertreter des DGB für eine gezielte Förderung von Investitionen im Umweltschutz und bei der Energieeinsparung ein. Übereinstimmend wurde eine Weiterführung der Regionalförderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" befürwortet.

Das wirtschaftliche Süd-Nord-Gefälle habe zwar noch nicht das politische Gewicht wie in Italien oder Frankreich angenommen, die Politiker müßten jedoch aufpassen, daß daraus nicht ein Süd-Nord-Gegensatz entstehe, meinte der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Matthias Wissmann, zu Beginn der Anhörung. Zahlreiche Indikatoren belegen seiner Ansicht nach die wachsende Diskrepanz: Das reale Bruttosozialprodukt sei in Bayern und Baden-Württemberg seit 1970 um knapp 40 Prozent, in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hamburg dagegen nur um rund 20 Prozent gewachsen. Zudem sei im Süden die Zahl der Unternehmensgründungen höher, die der Arbeitslosen und Pleiten niedriger und die staatliche Verschuldung geringer.

Grundlegende Voraussetzungen, um den Strukturwandel zu verkraften, hat nach Ansicht Wissmanns die Bundesregierung mit ihren Bemühungen geschaffen, die Rahmenbedingungen für „ein verläßliches unternehmerisches Planen" wiederherzustellen.

Unterstützt wurde der Unionspolitiker in diesem Punkt von dem Sprecher des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Fleckenstein: „Wenn die Wirtschaftspolitik es schafft, durch bessere Rahmenbedingungen mehr Wachstum freizusetzen, ist das besser als die beste Regionalpolitik." Für die bestehenden Probleme gebe es keine monokausale Erklärung, obwohl der jeweiligen Branchenstruktur eine besondere Bedeutung zukomme. Mängel und Fehler auf regionaler Ebene sieht Fleckenstein zum Beispiel bei den Umweltschutzbestimmungen und dem Angebot von Gewerbeflächen.

Wie Fleckenstein mochte auch Willi Lamberts, Wissenschaftlicher Direktor des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen, die Unterscheidung in „alte" und „neue" Industrien nicht nachvollziehen. Sie habe eher suggestiven denn ökonomischen Charakter und sage nichts aus über die Wettbewerbsfähigkeit. Lamberts verwies darauf, daß selbst die Datenverarbeitung und die Elektrotechnik seit 1976 Arbeitsplatzverluste hätten hinnehmen müssen.

Strukturelle und regionale Probleme müssen nach Ansicht Lamberts' immer von dem gesamtwirtschaftlichen Hintergrund beurteilt werden. Industriezweige, die vornehmlich für die Kapazitätserweiterung arbeiteten und sich zudem dem internationalen Wettbewerb stellen müßten, seien stärker von Konjunkturschwankungen betroffen als auf den Inlandsmarkt ausgerichtete Dienstleistungsbetriebe.

Lamberts warnte davor, von den derzeitigen Problemen einiger Regionen wie des Ruhrgebietes auf deren Stärke oder Schwäche in langfristiger Sicht zu schließen. Selbst heute als „dynamisch" bezeichnete Gebiete wie Baden-Württemberg hätten Arbeitsplätze verloren und seien gesamtwirtschaftlich allenfalls „weniger schwach" als andere.

STEUERREFORM

Bonn legt Berechnungen über die Entlastungen vor

PETER JENTSCH, Bonn

Nach der in zwei Stufen geplanten Steuerreform sollen die Steuerzahler 1986 und 1988 um insgesamt 20,2 Milliarden Mark entlastet werden. Wie Staatssekretär Hansjörg Häfele vom Bundesfinanzministerium gestern mitteilte, verzichte der Staat damit auf rund acht Prozent des Lohn- und Einkommenssteueraufkommens.

In der ersten Stufe 1986 soll der Kinderfreibetrag von bisher 432 auf 2484 Mark angehoben werden. Ein Ehepaar mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 20 000 Mark wird danach 1986 um 784 Mark entlastet. Bei einem Einkommen von 60 000 Mark beträgt die Entlastung 1334 Mark und bei einem Einkommen von 100 000 Mark 2406 Mark.

In der zweiten Stufe soll 1988 der Steuertarif zusätzlich verbessert werden: Die Grenzbelastung in der Progressionszone wird abgeflacht. Von dieser Grenzbelastung ist heute die Mehrheit der Steuerzahler erfaßt, zunehmend qualifizierte Arbeitnehmer und Selbständige, die infolge ihres beruflichen Aufstiegs in mittlere und gehobene Einkommen hineinwachsen.

Auch für diese zweite Stufe der Steuerreform nennt das Bundesfinanzministerium Beispiele: Ein verheirateter Steuerpflichtiger mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 60 000 Mark wird von 1988 an zusätzlich noch einmal um 272 Mark entlastet, insgesamt also um 1606 Mark. Bei einem Jahreseinkommen von 100 000 Mark errechnet sich für diesen Fall von 1988 an eine weitere Steuerersparnis von 1554 Mark, zusammen also eine Ersparnis von 3960 Mark. Verheiratete Steuerpflichtige mit zwei Kindern und einem Jahreseinkommen von 150 000 Mark werden nach dieser Berechnung 1986 um 3280 und 1988 um 2988 Mark entlastet, zusammen also um 6268 Mark.

Ein Lediger ohne Kind und mit einem Jahreseinkommen von 20 000 Mark wird im Zuge der Reform um 81 Mark entlastet, bei einem Einkommen von 60 000 Mark um 1881 Mark und bei einem Einkommen von 100 000 Mark um insgesamt 3223 Mark.

Im Durchschnitt, so Häfele, ergebe sich für die Steuerzahler eine jährliche Entlastung von 1053 Mark oder acht Prozent der Steuerschuld. Die relativ höchste Entlastung liegt bei einem Ledigen mit 9,4 Prozent der Steuerschuld bei einem zu versteuernden Einkommen von 56 970 Mark. Bei Verheirateten mit zwei Kindern liegt die relativ höchste Entlastung mit 13,3 Prozent bei 92 988 Mark zu versteuerndem Einkommen.

Häfele betonte, daß Familien mit Kindern etwas mehr als ein Drittel der 19 Millionen Steuerzahler ausmachen. Von der Gesamtsumme der Steuerentlastungen erhielten sie jedoch mit 55,8 Prozent den Löwenanteil. Geringverdiener erhalten die volle Entlastung durch erhöhte Grundfreibeträge bereits 1986.

Abgespeckt

Von JOACHIM WEBER

Geradezu weihnachtliche Gefühle dürften die Kapitäne der deutschen Großchemie erfüllt haben, als sie ihre Abrechnungen fürs erste Halbjahr 1984 in die Hände bekamen. Gewinnsprünge von 73 Prozent (Bayer) über 84 Prozent (Hoechst) bis zu 106 Prozent (BASF) sorgten für Umsatzrenditen vor Steuern, wie sie die Chemie seit Jahren herbeigesehnt hat: 6,8 Prozent, 7,1 und 6,2 Prozent.

Das trotz Streikeinbußen erfreuliche Umsatzwachstum reicht auf den ersten Blick nicht aus, den Raketenstart der Erträge zu erklären. Mit gut 14 Prozent im Branchenmittel wirkt es eher bescheiden, auch im Vergleich zu dem, was die Chemie aus früheren Spitzenjahren gewohnt ist. Selbst die Preise, zur Jahresmitte gerade um 3,5 Prozent gestiegen, deuten nicht eben auf ein „Absahnen" hin, zumal ihre mühsam errungenen Erhöhungen nicht ausreichten, um mit der Kostenentwicklung Schritt zu halten.

Woher also die traumhafte Gewinnkurve? Dazu ein Blick in die Vergangenheit. Noch 1980 – vorausgegangen war ein Spitzenjahr – stand die Chemie als eine Branche da, die mit vollen Segeln Kurs auf eine Expansion gehalten hatte, die sich im Gefolge der Ölkrise plötzlich als Fata Morgana herausstellte. Zu große Kapazitäten und eine Produktpalette, die in zu großen Teilen auch von weniger erfahrenen Konkurrenten zu bewältigen war, brachten sie um so rascher ins Gedränge, als das Marktbarometer für zwei Jahre auf „Stagnation" verharrte und in kritischen Bereichen sogar schwere Einbrüche zu verkraften waren.

Es spricht für die Führungskräfte der Branche, daß sie nicht lange zauderten. Vor allem 1982 und 1983 hat die Chemie in einem Maße abgespeckt und umstrukturiert, das so rasch nicht zu wiederholen sein dürfte. Kapazitäten wurden abgebaut oder flexibler gemacht, Sortimente bereinigt und auf Höherwertiges ausgerichtet, und es wurde rationalisiert. 44 Prozent der Investitionen entfielen 1982 auf die Kostensenkung, 1983 waren es noch 31 Prozent.

Mitarbeiterzahlen illustrieren in einer so kapitalintensiven Branche das Geschehen nur recht unzulänglich. Dennoch: Von 568 000 im Jahre 1980 über 565 000 im Schnitt des Jahres 1981 ging das Chemie-Personal bis 1983 auf 549 000 und seither noch einmal auf 547 000 Mitarbeiter zurück.

Entgegengesetzt entwickelte sich der Umsatz je Beschäftigten: Von 195 700 Mark im Jahre 1980 über 220 700 Mark 1982 auf 242 200 Mark im vergangenen Jahr. Rechnet man die Preisentwicklung dagegen, dann zeigt sich, daß der eigentliche Produktivitätssprung 1983 realisiert wurde – die Gewinne signalisierten es.

1984 ist das erste Jahr, in dem die Branche die Ernte ihrer Anstrengungen voll einfahren kann. So „schlank" präsentiert sie sich, daß kaum ein neuer Produktionszuwachs ohne Neueinstellungen zu bewältigen sein wird – 2000 waren es bereits im ersten Halbjahr. Auch ein Schwenk zurück zu den Erweiterungsinvestitionen deutet das Ende der „Konsolidierung" an.

Nur vor dem Hintergrund der Strukturbegradigungen ist es auch zu verstehen, daß die Zuwächse der ersten sechs Monate die Kapazitäten so rasch in Auslastungszonen bis über 90 Prozent gebracht und damit für einen kräftigen Schuß Sahne obenauf gesorgt haben. Die etwas zähe Preisentwicklung weist darauf hin, daß zumindest einige Marktteilnehmer den Mengeneffekt nun auch wirklich auskosten wollen.

Im zweiten Halbjahr werden zwar die Zuwachsraten – zustande gekommen in erster Linie durch Exporterfolge aufgrund des harten Dollar und der günstigen Konjunktur in wichtigen Industrieländern – nicht mehr ganz so beeindrucken wie vor der Halbzeit. Das liegt vor allem an den Steigerungsraten der zweiten Jahreshälfte 1983, die für eine höhere Basis sorgten.

Immerhin rechnet die Chemie mit einem realen Plus von fünf Prozent, und will auch mit den Preisen noch etwas weiterkommen. Zudem redet niemand mehr vom Lagereffekt, der noch zu Jahresbeginn für Skepsis sorgte, und auch das Sommerloch läßt allem Anschein nach auf sich warten. Ein Umsatzplus von zehn Prozent oder mehr sollte also auch fürs Gesamtjahr „drin" sein. Trauern werden darüber nur die Branchenstatistiker: Ihnen wird es verdammt schwer gemacht, den „Nettoeffekt" der zweijährigen Schlankheitskur nachzurechnen.

AUF EIN WORT

„In der nichtamtlichen Schattenwirtschaft, auf dem grauen Arbeitsmarkt, herrscht Vollbeschäftigung, freilich zu einer – brutto gerechnet – geringeren Entlohnung."

Carl-Hinderich Schmitz, Präsident der Industrie- und Handelskammer zu Münster. FOTO: R. OPITZ

Weizsäcker für Kooperation

rtr, Berlin

Angesichts der Probleme in der Dritten Welt muß nach Ansicht von Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verbessert werden. Anläßlich der in Berlin stattfindenden Messe „Partner des Fortschritts" erklärte er, die Industrieländer könnten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklungspolitik leisten, indem sie ihre Märkte gegen Waren aus der Dritten Welt nicht verschlössen. Die Exporterlöse seien die wichtigste Devisenquelle der Entwicklungsländer. Man müsse sich jedoch fragen, ob sich diese Länder nicht um die Früchte ihrer Arbeit betrogen sehen, wenn ein immer größerer Teil ihrer Exporterlöse durch Zinsen für Auslandskredite aufgezehrt werde.

AUFTRÄGE UND PRODUKTION

Nach den Arbeitskämpfen wieder kräftiger Anstieg

dpa, Bonn

In der deutschen Wirtschaft sind nach Beendigung der Arbeitskämpfe in der Metall- und Druckindustrie die Produktion und die Nachfrage wieder deutlich gewachsen. Wie das Bundeswirtschaftsministerium mitteilte, gingen im Juli real um elf Prozent mehr Aufträge bei der Industrie (verarbeitendes Gewerbe) ein als im Vormonat.

Die Produktion wurde im Juli gegenüber dem gedrückten Vormonatsergebnis sogar um 16 Prozent ausgeweitet. Die inländischen Bestellungen beim verarbeitenden Gewerbe zogen um acht Prozent, die Auslandsaufträge sogar um 19,5 Prozent an. Insgesamt lag das Auftragsniveau damit wieder leicht über dem Stand vor Beginn der Arbeitskämpfe.

Im Zweimonatsvergleich (Juni/Juli gegenüber April/Mai), in dem sich auch die gedämpfte Ordertätigkeit während des Arbeitskampfes im Juni niederschlägt, weist für das verarbeitende Gewerbe preis- und saisonbereinigt einen Rückgang um 3,5 Prozent aus.

Im Investitionsgüterbereich ergab sich dabei eine Verringerung der Bestellungen um fünf Prozent und im Grundstoff- und Produktionsgütersektor um drei Prozent. Beim Verbrauchsgütergewerbe nahmen die Orders um 0,5 Prozent ab. Mit plus 13,5 Prozent stieg die Fertigung im produzierenden Gewerbe im Juli gegenüber dem Vormonat preis- und saisonbereinigt deutlich an. Nach Meinung des Ministeriums spiegelt sich darin auch das Bemühen vieler Unternehmen wider, die durch den Arbeitskampf verursachten Produktionsausfälle wenigstens teilweise wieder wettzumachen.

WERBUNG

Tageszeitungen steigerten Umsatz um acht Prozent

hg, Bonn

Die Werbung hat den Medien in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr Einnahmen von rund 14,3 Milliarden Mark gebracht, rund 856 Millionen Mark oder 6,4 Prozent mehr als im Jahr 1982. Wie der Zentralausschuß der Werbewirtschaft (ZAW) gestern in Bonn mitteilte, kam fast die Hälfte dieser Steigerung, nämlich 426 Millionen Mark, den Tageszeitungen zugute.

Insgesamt konnten die Tageszeitungen ihre Werbeumsätze um acht Milliarden steigern und damit die ZAW-Schätzung vom Mai dieses Jahres, die auf fünf Prozent gelautet hatte, noch übertreffen. Im Jahr 1982 hatte das Plus lediglich 1,8 Prozent betragen. Damit sind die Tageszeitungen nach wie vor der größte Werbeträger in der deutschen Medien-Landschaft.

An zweiter Stelle stehen Publikumszeitschriften, die laut ZAW im vergangenen Jahr aus der Werbung rund 2,5 Milliarden Mark erlöst haben, 4,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Der Verband weist allerdings darauf hin, daß die Entwicklung hier sehr unterschiedlich verlaufen ist: Während Massenblätter zum Teil Anzeigen eingebüßt hätten, seien bei einigen Zielgruppen-orientierten Zeitschriften deutliche Zuwächse zu verzeichnen gewesen.

An dritter Stelle in der Reihenfolge der Werbeträger steht nach Mitteilung des ZAW mit einem Anteil von 1,7 Milliarden Mark die Direktwerbung, deren Umsätze im vergangenen Jahr um die beträchtliche Rate von 14,4 Prozent gestiegen sind, allerdings nur wegen der Portoerhöhung vom Juli 1982. Es folgen die Fernsehwerbung mit 1,3 Milliarden Mark und die Fachzeitschriften mit 1,2 Milliarden Mark Werbeeinnahmen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Arbeitnehmer kauften weniger Autos

Flensburg (dpa/VWD) – Die Arbeitnehmer haben in der ersten Jahreshälfte 1984 weniger neue Pkw gekauft als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Dagegen leisteten sich Unternehmen und Selbständige verstärkt Neuwagen. Das geht aus einer jetzt veröffentlichten Statistik des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) in Flensburg über die Haltergruppen bei den Pkw-Neuzulassungen hervor. Die Gesamtzahl der von Arbeitnehmern (Arbeiter, Angestellte und Beamte) sowie von „Nichterwerbspersonen" fabrikneu gekauften Personenwagen lag in den ersten sechs Monaten, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, mit knapp 906 000 Waagen um 6,4 Prozent unter dem Vorjahresniveau. Andererseits war für die Unternehmen und Selbständigen eine Zunahme von 4,4 Prozent auf 451 000 Pkw-Neuzulassungen zu verzeichnen, teilt das Bundesamt mit.

Gedämpfter Optimismus

München (dpa/VWD) – Gedämpft optimistisch zeigt sich die deutsche Sportartikelindustrie zur 21. Internationale Sportartikelmesse Ispo '84 in München. Die deutschen Hersteller erwarten für das Gesamtjahr 1984 eine nominale Umsatzsteigerung um vier Prozent auf fast fünf Mrd. DM. Real dürfte das Wachstum allerdings unter den ursprünglichen Erwartungen liegen. Nach einem vorläufigen Überblick wollen deshalb zwei Drittel der Unternehmen die Preise erhöhen. An der Ispo '84 vom 6. bis 9. September nehmen 1516 Unternehmen aus 40 Ländern teil.

FAO rechnet mit Rekord

Rom (AFP) – Die Getreideernte dürfte in diesem Jahr weltweit die Rekordmenge von 1,756 Mill. Tonnen (mt) erreichen, das sind 119 mt mehr als im Vorjahr. Dabei wurden, wie der September-Ausgabe des Monatsbulletins der UNO-Sonderorganisation für Ernährung und Landwirtschaft (FAO) zu entnehmen ist, die Vorausberechnungen wegen der schlechten Ernte in der Sowjetunion (184 mt gegen 190 mt im Vorjahr) nach unten berichtigt. Die Sowjetunion wird in diesem Jahr mindestens 40 mt Getreide (davon 22 mt Weizen, das sind 3 mt mehr als im Vorjahr) importieren müssen, während es im Vorjahr noch 31 mt waren, heißt es in dem Bulletin „Ernährungsperspektiven". Der Import der Entwicklungsländer werden sich bei starker Nachfrage der afrikanischen Länder auf Vorjahresniveau bewegen.

DIW: Mehr Hemmnisse

Berlin (dpa/VWD) – Trotz zahlreicher Bekenntnisse führender Politiker und Wirtschaftsfachleute zum freien Welthandel ist nach Auffassung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ein Abbau des Protektionismus noch nicht in Sicht. Auch wenn in den westlichen Industrieländern eine wirtschaftliche Belebung einsetze und die Zölle in vielen Bereichen relativ niedrig seinen, werde der Welthandel immer stärker durch nichttarifäre Hemmnisse eingeschränkt, stellt das Institut in einer Studie fest.

Umsatz geht zurück

Berlin (AFP) – Der Einzelhandelsumsatz bei Industriewaren in der „DDR" hat sich im vergangenen Jahr nach einem Bericht des Informationsdiensts West (IWE) um 66 Mill. auf 50,713 Mrd. Mark gegenüber 1982 verringert. Bei den drei Hauptwarengruppen gab es in diesem Zusammenhang eine unterschiedliche Umsatzentwicklung. Während der Einzelhandelsumsatz bei Textilien und Bekleidung sinkende Tendenzen aufwies, verzeichnete der „DDR"-Schuh-Einzelhandel steigende Umsätze. Dafür gibt es nach Angaben des IWE verschiedene Gründe. Die Nachfrage nach bestimmten Erzeugnissen kann in der „DDR" nach wie vor nicht befriedigt werden.

Wochenausweis

	23.8.	15.8.	23.7.
Netto-Währungsreserve (Mrd.DM)	72,0	71,6	72,1
Kredite an Banken	75,1	72,1	77,3
Wertpapiere	5,9	6,0	6,2
Bargeldumlauf	104,0	105,9	104,7
Einl. v. Banken	39,3	47,7	42,0
Einlagen v. öffentl. Haushalten	9,0	2,8	8,5

GATT

USA wegen Drosselung der Textilimporte hart kritisiert

dpa, Genf

Die Vereinigten Staaten sind im Textilausschuß des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) unter heftigen Beschuß der Entwicklungsländer wie auch der EG geraten. Die Kritiken richteten sich gegen jüngste Maßnahmen der USA, die auf eine Drosselung der amerikanischen Textilimporte vor allem aus den Entwicklungsländern hinauslaufen.

Der mexikanische Delegierte in dem zu einer Sondersitzung einberufenen Textilausschuß, Sergio Delgado, warf den USA vor, durch neue Ursprungsregeln und andere Vorkehrungen die Entwicklungsländer zu diskriminieren und gegen Geist und Buchstaben des Gatt-Textilabkommens (Multifaserabkommen von 1981) zu verstoßen. Unter den Textil exportierenden Entwicklungsländern, sagte Delgado als deren Sprecher, herrsche ernste Besorgnis. Die einseitig verordneten neuen Ursprungsregeln stellten einen „gefährlichen Präzedenzfall" dar, der das ganze internationale Handelssystem bedrohen könnte, falls er auch auf andere Bereiche angewandt werde.

Während der US-Vertreter in dem Ausschuß die amerikanischen Maßnahmen als vertragskonform bezeichnete, äußerte sich auch der Sprecher der EG-Kommission „unangenehm überrascht".

Das gegenwärtige Multifaserabkommen biete ausreichende Sicherungen gegen etwaige betrügerische Verstöße, und es bedürfe nicht solcher „drastischen Schritte" wie die Änderung der Ursprungsregeln, die dem Handel schaden könnten. Die USA sollten die endgültige Anwendung ihrer angekündigten Maßnahmen zumindest aufschieben.

INFLATION / Eine Untersuchung des HWWA – Verbraucherpreise weitgehend stabil

Die Eins vor dem Komma bleibt

JAN BRECH, Hamburg

Mit einem durchschnittlichen Anstieg der Verbraucherpreise um 1,7 Prozent im August dieses Jahres hat die Teuerungsrate in der Bundesrepublik den seit 15 Jahren niedrigsten Stand erreicht. Dabei hat sich die Preisentwicklung auf breiter Front verlangsamt. Es gilt für Waren ebenso wie für Dienstleistungen und Mieten.

Nach Meinung des Hamburger HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung wird sich am Grundtrend der Preis- und Kostenentwicklung auch im weiteren Verlauf dieses Jahres nur wenig ändern. Nachwirkungen des Dollarkursanstiegs und das absehbare Ende des Preisverfalls am Benzinmarkt werden zwar dazu führen, daß die Inflationsrate nicht mehr so extrem niedrig ausfällt, doch in den nächsten Monaten eine Eins vor dem Komma behalten wird. Im Jahresdurchschnitt erwartet das HWWA einen Anstieg der Verbraucherpreise um knapp 2,5 Prozent.

Die Rahmenbedingungen sprechen zudem für eine anhaltend ruhige Preisentwicklung im Jahr 1985. Das HWWA sagt eine unveränderte Teuerungsrate von 2,5 Prozent voraus. Diese optimistische Schätzung stützt das Institut auf mehrere Annahmen. Einmal, so heißt es, wird die Geldpolitik stabilitätsorientiert bleiben. Dies würde eine etwas stärkere Ausweitung der Geldmenge als bisher zulassen, ohne neue Inflationserwartungen zu schüren. Zum anderen wird die Nachfrage nur mäßig zunehmen und der Wettbewerb wegen weiterhin nicht voll ausgelasteter Kapazitäten an Intensität nicht verlieren. Ferner erwartet das HWWA keine Teuerungsanstöße aus dem Ausland. Die Weltmarktpreise für Öl und Rohstoffe bleiben vermutlich stabil, hinzu könnte eine leichte Höherbewertung der D-Mark kommen. Die letzten EG-Beschlüsse begünstigen schließlich eine Stabilisierung der Nahrungsmittelpreise.

Den Pferdefuß für die Kosten und Preisentwicklung im nächten Jahr sieht das HWWA allerdings in dem neuen Kurs der Tarifpolitik. Die in der Metall- und Druckindustrie vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen mit vollem Lohnausgleich führen zusammen mit den bereits ausgehandelten Lohnanhebungen im Frühjahr 1985 zu einem Lohnanstieg je Stunde von fast sechs Prozent. Die Kosten für die in anderen Bereichen ausgehandelte Verkürzung der Lebensarbeitszeit sind für die Betriebe zwar nur schwer abschätzbar, stellen aber keinen zu vernachlässigenden Posten dar. Alles in allem wird es 1985 zu einem stärkeren Anstieg der Stundenlöhne und der Arbeitskosten kommen, mit der Folge verstärkter Bemühungen, die Mehrkosten über die Preise weiterzugeben.

ÖSTERREICH / Wirtschaftspolitischer Neubeginn

Zinsertragsteuer wird fallen

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Die Regierungsumbildung in Wien bedeutet zweifellos auch eine neue Weichenstellung in der österreichischen *Wirtschaftspolitik. Rein organisatorisch* wird der bisherige Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Ferdinand Lacina, die Aufsicht über die verstaatlichte Industrie mit in seinen neuen Wirkungsbereich im Verkehrsministerium nehmen. Der neue Verkehrsminister wird damit durchaus *zum Wirtschaftsminister* aufgewertet.

Franz Vranitzky, noch Generaldirektor der zweitgrößten Staatsbank Länderbank, hat bei seiner Vorstellung als neuer Finanzminister keinen Zweifel daran gelassen, daß er seine *Aufgabe wesentlich umfangreicher* sieht als sie sein Vorgänger Herbert Salcher ausgeübt hatte.

Daß Vranitzky alle Voraussetzungen für einen erfolgreichen Wirtschaftspolitiker mitbringt, steht außer Zweifel. In einer ersten Blitzumfrage wurde ihm unter allen neuen Ministern die höchste Sachkompetenz – ergänzt durch bemerkenswerte Sympathienoten – attestiert.

Seine Vergangenheit als Ökonom in der Notenbank, dann wirtschaftspolitischer Berater des früheren Finanzministers Hannes Androsch, Vize-Generaldirektor der landesgrößten Bank, Creditanstalt, und schließlich seit 1982 Chef der damals sanierungsreifen Länderbank gilt selbst in Kreisen der konservativen Opposition als Erfolgsnachweis. Jedenfalls sieht sich der designierte Säckelwart unbelastet von seinem *Amtsvorgänger Salcher, den er in einem* wohl dosierten Statement gestern auch gleich indirekt kritisierte; und er ließ keinen Zweifel daran, daß er die von ihm als Bankenchef ohnedies abgelehnte Zinsertragssteuer auf Sparguthaben und Wertpapiere friedlich wieder entschlummern läßt, ehe sie in ihrem ersten Jahr der Wirksamkeit noch überhaupt zur Geltung kommen kann.

Bei dem erklärten Ziel – der Sanierung des Staatshaushaltes – wird aber auch dem neuen Verkehrsminister Lacina eine Schlüsselstellung zukommen. Denn immerhin belasten die Bundesbahnen, das Budget derzeit mit 25 Milliarden Schilling (3,5 Mrd. DM) Defizit jährlich, die es abzu*bauen gilt. Und auch die verstaatlichte* Industrie mit ihren knapp über 10 000 Beschäftigten macht seit Jahren erhebliche Verluste, *die letztlich* ebenfalls das Budget zunehmend belasten.

Von Lacina wird daher mehr als nur Verkehrspolitik zu erwarten sein. Sein Ziel hat er denn auch gestern bei der Vorstellung neuen Minister klar umrissen: Verkehrspolitik könne nicht nur Selbstzweck sein, sie müsse vielmehr mit dem umfassenderen Ziel der Beschäftigungs- und Einkommenssicherung betrieben werden.

NESTLE / Übernahme des US-Konzerns Carnation eine der größten Firmenfusionen

Amerika-Geschäft verdoppelt sich

IRENE ZÜCKER, Genf

Das größte Schweizer Unternehmen und einer der führenden Nahrungsmittelkonzerne der Welt, Nestlé, will *den* US-Nahrungsmittelkonzern Carnation Co., Los Angeles, für rund drei Milliarden Dollar (über 8,8 Mrd. DM) übernehmen. *Dies wäre* eine der größten und spektakulärsten Firmenaufkäufe eines ausländischen Unternehmens in den USA. Die Nestlé AG hat mit dem Konzern ein Fu*sionsabkommen* geschlossen und wird den Aktionären demnächst die Kaufofferte vorlegen. Nestlé könnte durch die Übernahme sein bereits groß angelegtes Amerikageschäft mehr als verdoppeln.

Gut einen Monat nach der gescheiterten Übernahme der amerikanischen *Kontaktlinsenfirma* Coopervision hat Nestlé damit zu einem unvergleichlich größeren Fischzug in den *USA ausgeholt. Wie das Unternehmen* in Vevey mitteilte, will Nestlé den 9560 Carnation-Aktionären 83 Dollar pro Aktie anbieten. *Der* Verwaltungsrat des Konzerns in Los Angeles empfiehlt den Aktionären die Annahme des Angebots, das auch an der Wall Street als großzügig bezeichnet wird.

Als Folge der Gerüchtewelle der vergangenen drei Monate war der Carnation-Aktienkurs um fast 40 Prozent gestiegen und notierte am vergangenen Freitag mit 75,5 Dollar; nach Bekanntgabe des Fusionsplanes kletterte der Kurs auf 79,5 Dollar.

Nestlé hat bereits mit Anteileignern ein Separatabkommen über den Erwerb von 27 Prozent der Aktien geschlossen. Zudem wurde dem Schweizer Unternehmen eine Option zum Bezug von 6,4 Mill. noch nicht ausgegebener Aktien ebenfalls zum Preis von 83 Dollar eingeräumt. Damit hat sich Nestlé bereits 38 Prozent des (erhöhten) Kapitals gesichert, was im Fall einer Konkurrenzofferte Bedeu*tung hätte.*

Die Carnation Co., bedeutendster amerikanischer Kondensmilchfabrikant und größter Hersteller evaporierter Milcherzeugnisse weltweit, führender US-Konservenproduzent, Erzeuger von kulinarischen Produkten, Gütern für Gastronomie und Großverbraucher sowie Haustierfutter, verfügt in 18 Ländern über 100 Fabrikationsbetriebe und beschäftigt 22 000 Mitarbeiter. 1983 *hatte die* Carnation einen Umsatz von 3,37 Mrd. Dollar und rund 199,3 Mio. Dollar verdient. 80 Prozent von Umsatz und Ertrag werden im Nahrungsmittelbereich erwirtschaftet. Das Auslandsgeschäft stellt 27 Prozent des Konzernumsatzes.

Im Gegensatz zur mißglückten Übernahme der Coopervision wird diesmal mit keiner Intervention der Antitrustbehörden gerechnet, da Nestlé auf dem amerikanischen Markt für Molkereiprodukte bisher kaum engagiert ist. Trotzdem ist die Stellung Nestlés in der US-Nahrungs*mittelindustrie bedeutend* (Nestle Co., Stouffer Corporation, Beech-Nut Co., Libby, McNeill and Libby Inc. u. a.).

PEUGEOT-KONZERN / *Calvet wird neuer Präsident*

Hauptaufgabe ist Sanierung

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die zweijährige Konfrontation zwischen Jacques Calvet, dem Präsidenten der beiden Automobilgesellschaften Peugeot/Talbot und Citroën, und Jean-Paul Parayre, dem Präsidenten der Konzernholding Peugeot SA (PSA), ist ausgestanden. Wie erwartet erklärte jetzt Parayre seinen Rücktritt; der Verwaltungsrat bestimmte *Calvet zu seinem* Nachfolger und bestätigte ihn in seinem Amt bei Citroën. Neuer Peugeot/Talbot-Präsident wird Jean Boillet.

Ausschlaggebend für die Wachab*lösung an der Konzernspitze* waren die Erfolge, die Calvet bei dem Personalabbau vor allem in den Talbot-Werken erzielt hat. Inzwischen erhielt er auch die Zustimmung der Regierung zur Reduzierung der Citroën-Belegschaft. Hier dauert jedoch der Konflikt mit den Gewerkschaften noch an. Auch deshalb will Calvet diese Gesellschaft weiter leiten.

Seine wichtigste Aufgabe wird *aber darin bestehen, den Konzern* wieder auf eine gesunde finanzielle Grundlage zu stellen. Ende 1983 (1982) erreichte seine Verschuldung bei 85,21 (75,26) Mrd. Franc Umsatz 55,25 (47,19) Mrd. Franc, davon 39,84 (33,38) Mrd. Franc kurzfristige Verbindlichkeiten. Als Nettoverlust wurden 2,59 (2,15) Mrd. Franc ausgewiesen. *Auch im bisherigen Jahresverlauf* blieb der Konzern trotz der Verkaufserfolge des Peugeot 205 und des Citroën BX tief in den roten Zahlen.

Der 53jährige Calvet verfügt über beste Beziehungen zur Finanzwelt. Bis Anfang 1982 war er Präsident der Banque Nationale de Paris (BNP), der größten Bank Frankreichs.

Die finanziellen Schwierigkeiten des ehemals schuldenfreien Konzerns Peugeot begannen mit der Übernahme der europäischen Chrysler-Werke. Dazu kam die Zusammenlegung der Absatzorganisation von Peugeot und Talbot (Ex-Chrysler), die viele Händler veranlaßte, sich ausländischen Marken (vor allem VW) zuzuwenden.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Eisvoigt-Konkursantrag

Wolfenbüttel (dos.) – Die Kühlmöbelfabrik Eisvoigt Ludwig Voigtländer GmbH & Co. KG. in Wolfenbüttel hat beim dortigen Amtsgericht Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens gestellt. Das Unternehmen, das seit 1981 zur Küleg Kühlmöbelfabrik + Apparatebau GmbH in Heidesheim/Rhein gehört, beschäftigt 210 Mitarbeiter. Nach Angaben der Geschäftsführung wird derzeit an einer Auffanglösung gearbeitet. Offen sei, ob beim Land Niedersachsen um eine Bürgschaft nachgesucht wird. Die Finanzlücke dürfte 2,5 Mill. DM betragen.

Seattle kauft MAN-Busse

München (dpa/VWD) – Die amerikanische Stadt Seattle hat der MAN einen Großauftrag über 46 Oberleitungsbusse erteilt. Wie der Fahrzeughersteller in München mitteilte, hat der Auftrag einen Wert von über 42 Mill. DM. Die Busse sollen 1985/86 ausgeliefert werden. Bereits in der Vergangenheit hatte Seattle 352 dieselangetriebene Gelenkomnibusse bei MAN gekauft.

Ausfall aufholen

Stuttgart (dpa/VWD) - Bei der Daimler-Benz AG, Stuttgart, sollen mit Überstunden die durch den Arbeitskampf in Metallindustrie verursachten Produktionsausfälle aufgeholt oder teilweise wettgemacht wer*den. In den kommenden Wochen* werden deshalb rund 3 200 Arbeiter im Werk Stuttgart-Untertürkheim täglich ein bis zwei Stunden länger arbeiten. Im Pkw-Montagewerk in Sindelfingen wird vom Montag an die Spätschicht für die Dauer von acht Wochen um eine Stunde verlängert. Durch den siebenwöchigen Arbeitskampf konnten bei Daimler-Benz 65 000 geplante Pkw nicht produziert werden.

Ergebnis verbessert

Sassenberg (hdt.) – Der Außenumsatz der Stockmeyer-Gruppe, Sassenberg, stieg im Geschäftsjahr 1983/84 (31. 1.) um knapp 5 Prozent auf 288 Mill. DM, als Jahresgewinn werden 7,4 (1,5) Mill. DM ausgewiesen. Zur Gruppe gehören die beiden Produktionsbetriebe Westfälische Fleischwarenfabrik Stockmeyer GmbH & Co. KG, Sassenberg, und Buß GmbH & Co. KG, Ottersberg. Aus dem Bilanzgewinn der Holding Stockmeyer Verwaltungs KG in Höhe von 2,0 (3,1) Mill. DM wird eine Dividende von 6,67 Prozent plus einem Bonus in gleicher Höhe auf das Grundkapital von 15 (10) Mill. DM gezahlt.

VERSICHERUNGEN / EG-Klage gegen Bundesrepublik

Römische Verträge verletzt

dpa/VWD, Luxemburg

Die EG-Kommission hat gegen die Bundesrepublik beim Europäischen Gerichtshof (EGH) ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Nachdem zahlreiche Versuche auf politi*scher Ebene gescheitert sind*, ist sie jetzt offenbar fest entschlossen, eine Liberalisierung des gemeinsamen Versicherungsmarktes auf gerichtlichem Wege durchzusetzen. Bereits im Herbst 1983 hatte sie vor dem EGH Frankreich und Dänemark in dergleichen Sache verklagt.

Nach Ansicht der Kommission verstoßen eine Reihe von EG-Mitgliedsländern gegen die in den Römischen *Verträgen festgelegte* Dienstleistungsfreiheit. Der bundesdeutsche Versicherungsmarkt gilt in Brüssel als besonders geschützt. Die Kommission wirft den Deutschen vor, daß sie ausländische Versicherer zwingen, in der Bundesrepublik (als dem Land des abgedeckten Risikos) eine Niederlassung zu eröffnen.

Ausgangspunkt der Klage ist der Fall Schleicher. Der Versicherungsagent Franz Schleicher aus Ingolstadt hatte festgestellt, daß er seine Kun*den günstiger über den Londoner* Versicherungsmarkt bedienen könne. Das Berliner Kammergericht entschied in letzter Instanz, daß Schleichers Experiment rechtswidrig sei, weil er Versicherungsgeschäfte mit Unternehmen abgeschlossen habe, die nicht über Lizenzen für das Ge*schäft in der Bundesrepublik* verfügen. Schleicher wurde mit einer Geldbuße von 8000 DM belegt. Seine Anwälte legten daraufhin Beschwerde bei der EG-Kommission ein.

ISRAEL / Heftiger Streit um Haushaltskürzungen

Notplan der Zentralbank

rtr, Jerusalem

Vertreter des israelischen Finanzministeriums und der Zentralbank sind im Streit um die Bewältigung der Wirtschaftsprobleme des Landes aneinandergeraten. Einen am Montag von Notenbankchef Moshe Mandelbaum vorgelegten Notplan, in dem Haushaltskürzungen von rund 1,5 Mrd. Dollar gefordert werden, lehn*ten die Vertreter des Finanzministeriums* ab. Mandelbaum plädiert in seinem Entwurf ferner für ein sechsmonatiges Einfrieren der Löhne und Preise sowie für die Förderung von Exporten. Dadurch schaffe man die Bedingungen, um auf den Weg des Wirtschaftswachstums zurückzukehren, erklärte Mandelbaum.

Der Zentralbankchef veröffentlichte seine Vorschläge, nachdem die *jüngste Zentralbank-Statistik für August* einen Rückgang der Währungsreserven um 192 Mill. Dollar auf 2,4 *Mrd. Dollar ausgewiesen hatte. Das* ist deutlich unter der von den meisten Experten als Minimum betrachteten „roten Linie" von drei Mrd. Dollar.

Sprecher des Finanzministeriums sagten der *Nachrichtenagentur Reuter*, Mandelbaum habe durch die Veröffentlichung eines solchen Notplans seine Kompetenzen überschritten und sei Finanzminister Jigal Cohen-Orgad in den Rücken gefallen. Die vorgeschlagenen Kürzungen seien zu drastisch, um in einem Schritt vorgenommen zu werden. Im Finanzministerium selbst habe man eine Ausgabenkürzung von rund 800 Mill. Dollar *avisiert.* Wirtschaftsexperten äußerten die Auffassung, an Mandelbaums Vorschlägen sei nichts „radikal Neues".

FRANKREICH / Kosmetikhersteller verzeichnen Zuwachs – Export stark gestiegen

Chancen am japanischen Markt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Französin geht weniger zum Coiffeur, aber häufiger in die Badewanne. Auf diese Formel läßt sich etwas überspitzt der Jahresbericht des Verbands der französischen Kosmetikindustrie bringen. Von dem *1983 um 16,7 Prozent auf 20,3 Mrd.* Franc gestiegenen Umsatz entfielen 12,7 Mrd. Franc auf den Inlandsabsatz. *Das waren wertmäßig 13,5* Prozent, mengenmäßig aber nur 2,8 Prozent mehr als im Vorjahr.

Bei den Haarpflegemitteln ging der Absatz um real 2,4 Prozent zurück – bei den Toilettenartikeln (Seife, Badecreme und so weiter) nahm er um real 9,3 Prozent zu.

Doch der Verbrauch an Kosmetika vom Lippenstift bis zum Lidschatten brachte es auf einen Zuwachs von immerhin 5,4 Prozent. Andererseits verbrauchte sie an Parfüm nur ein bescheidenes Prozent mehr. Immerhin mußten die Franzosen letztes Jahr einschließlich der Besserverdienenden *den Gürtel enger* schnallen. Hinzu kam, daß die Parfümpreise besonders stark gestiegen waren, nämlich um durchschnittlich 14 Prozent bei einer Inflationsrate von 9 Prozent. Auch mag sich inzwischen eine gewisse Kosmetiksättigung eingestellt haben. Sie veranlaßt die Produzenten, den Export voranzutreiben, und dies nicht ohne Erfolg.

So konnte 1983 allein der Direktexport an Kosmetika aller Art um *20,7* Prozent auf 7,6 Mrd. Franc gesteigert werden, dabei – dank der Dollar-Hausse – um 43 Prozent in die USA, um 30 Prozent nach Großbritannien und um 25 Prozent in die Bundesrepublik. Diese drei größten Auslandskunden für französisches Parfüm kauften *immer stärker auch* Kosmetika aus Frankreich, schreibt der Verband. Auf diesem Sektor sei inzwischen ein Durchbruch erzielt worden.

Aber die Kosmetik hat die französische Devisenlage in Wirklichkeit noch mehr verschönt. Etwa 1,4 Mrd. Franc wurden letztes Jahr an Gebüh*ren für im Ausland unter französischer* Lizenz gefertigte Produkte kassiert. Dazu kamen die statistisch nicht erfaßbaren Käufe ausländischer Touristen in Frankreich.

Ihre größten Expansionschancen sieht die französische Kosmetikindustrie mittelfristig in Japan. Das Land der aufgehenden Sonne ist immerhin der zweitgrößte Kosmetikmarkt der Welt nach den USA. An seinem Verbrauchsvolumen von über 30 Mrd. Franc sind Importartikel gegenwärtig *aber nur mit einer halben Milliarde* Franc beteiligt. Davon stellt Frankreich etwa ein Drittel.

Als wichtigsten Grund für seinen verhältnismäßig bescheidenen Export nach Japan nennt der Verband die besonders komplexen Handelshemmnisse. Außerdem sind die japanischen Verbrauchsgewohnheiten gerade in diesem Bereich von den europäischen sehr verschieden. Gefragt sind vor allem Körper- und Haarpflegemittel, dagegen kaum Parfüms und auch wenig Kosmetika.

VEREINIGTE STAATEN / Buße für Computerfirma

Exportverbot mißachtet

dpa/VWD, Washington

Der amerikanische Computerkon*zern Digital Equipment Corp., Maynard/Mass.*, hat eine Geldbuße von 1,5 Mill. Dollar (4,3 Mill DM) akzeptiert. Verhängt wurde die Buße wegen des Verstoßes gegen US-Exportbestimmungen durch die deutsche Tochtergesellschaft Digital Equipment GmbH, München.

Wie das Handelsministerium in Washington mitteilte, ist dies die bisher höchste derartige Strafe. 400 000 Dollar werden zunächst *gestundet* und nach drei Jahren erlassen, wenn die Münchner Firma sich nichts mehr *zuschulden* kommen *läßt*.

Nach den Ermittlungen des Ministeriums hat die Digital Equipment GmbH zwischen August 1981 und Januar 1983 an die deutsche Firma Richard Müller Computer und Zubehör geliefert. Müller wird von den US-Behörden beschuldigt, illegal US-Computer an die UdSSR verkauft und damit die Sicherheitsinteressen der USA geschädigt zu haben.

Wie die *Digital Equipment GmbH* in München berichtete, hat Washington die (allgemein) auf zwei Jahre be*fristete Ausfuhrsammelgenehmigung* jetzt rückwirkend zum 30. April wieder erteilt. Das Unternehmen werde auch *künftig nach Kräften die Außenhandelsbestimmungen* aller Länder einhalten und sich aktiv an den internationalen Bemühungen zur Verhinderung illegaler Exporte von US-Technologie beteiligen.

Digital hat durch die Geschäftsbeziehungen mit der Deutsche Integra*ted Time GmbH, einer Firma von* Richard Müller, gegen amerikanische Ausfuhrbestimmungen verstoßen. *Dieser Firma wird vorgeworfen*, hochwertiges technologisches Gerät (darunter auch VAX-Computer) in die UdSSR geschmuggelt zu haben.

Das Handelsministerium in Wa*shington hat Digital zugestanden, daß* die deutsche Tochter im Fall Richard Müller zu keinem Zeitpunkt schuld*haft, vorsätzlich* oder *fahrlässig* gehandelt, sondern die Behörden bei der Aufklärung der Vorwürfe von Anfang an umfassend unterstützt hat.

DAMENOBERBEKLEIDUNG / 142. Modespektakel

Umsatzplus durch Export

HARALD POSNY, Düsseldorf

Zwar haben die deutschen Hersteller von Damenoberbekleidung (DOB) im ersten Halbjahr 1984 eine Umsatzsteigerung um 7,6 (real 4,5) Prozent auf 5,1 Mrd. DM erzielt, doch enthüllen diese Zahlen nach Angaben des Verbandes vorhandene Firmenkonjunkturen nicht. Auf der anderen Seite sind die insgesamt positiven Entwicklungen eine Folge von richtiger Markteinschätzung, Erkennen von Modetrends und Rationalisierungsmaßnahmen der Betriebe.

Nach den Worten der DOB-Verband-Geschäftsführerin Hildegard Panck konnten die wachsenden Ausfuhren des ersten Halbjahres (plus 17,7 Prozent auf 1,48 Mrd. DM) die stark ansteigenden Einfuhren (plus 22,6 Prozent auf 2,7 Mrd. DM) nur geringfügig auffangen.

Im Export stärkte die Dollarkurs-Entwicklung im internationalen Wettbewerb der DOB den Rücken. Wichtigste Ausfuhrländer sind die Niederlande (388 Mill. DM), die Schweiz (248) und Österreich (237 Mill. DM). Die stärksten Einfuhren stammten aus Italien (398 Mill. DM), aus Hongkong (377), Jugoslawien (212) und Griechenland (198 Mill. DM). Bis auf die problematischen Ostasien-Einfuhren, schädigen, so Frau Panck, die Einfuhren nicht die deutschen Brancheninteressen.

Frau Panck äußerte jedoch Kritik an Italien und verschiedenen EG-Subventionspraktiken. Die Ostasien-Einfuhren deutscher Konfektionäre würden in der öffentlichen Meinung überschätzt. Sie lägen allenfalls bei 25 bis 30 Prozent.

Insgesamt hat der Druck auf die Ertragslage der Unternehmen nachgelassen, da die Tarifabschlüsse unter dem Vorjahresniveau lagen und die Vormaterialpreise weniger stark gestiegen sind. Dennoch ging im ersten Halbjahr die Zahl der DOB-Betriebe um 21 auf 1324 zurück. Die Zahl der Beschäftigten blieb mit knapp 99 000 annähernd stabil.

Zur 142. Igedo – Düsseldorfer Modemesse –, dem zusammen mit der zeitgleich stattfindenden Igedo Dessous „größten Modespektakel, das es je gab", werden ab Sonntag insgesamt mehr als 3500 Aussteller in Düsseldorf erwartet, davon allein 2600 aus 30 Staaten in erstmals sämtlichen Messehallen (147 000 qm). 380 Aussteller kommen aus dem Ausland.

COUTINHO, CARO / Ausfall des Lagergeschäfts durch Expansion im Handelsbereich nahezu kompensiert

Der neuen Mutter in Glanzform präsentiert

JAN BRECH, Hamburg

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, daß die Übernahme des Hamburger Handelshauses Coutinho, Caro & Co (CCC) durch den US-Konzern McDermott International Inc., New Orleans, im Frühjahr dieses Jahres nicht einer finanziellen Notlage der Gruppe entsprungen ist, dann liefert der Abschluß für das Geschäftsjahr 1983 einen überzeugenden Beweis. Die von persönlich haftenden Gesellschaftern zu Vorstandsmitgliedern avancierten Wolf-Elmar Warning (Sprecher), Hennig Brandes, Helmut Sternberg und Jan Schütt präsentieren für das Berichtsjahr ein Ergebnis, das an die besten Zeiten der Handelsgruppe erinnert.

Bei einem um 5,7 Prozent auf 2,4 Mrd. DM gestiegenen Weltumsatz schließt die Konzernrechnung mit einem um 72 Prozent höheren Jahresüberschuß von 29,1 Mill. DM. Das Hamburger Stammhaus Coutinho, Caro & Co AG weist einen um 12,3 Prozent gewachsenen Umsatz von 1,1 Mrd. DM und einen um 32 Prozent verbesserten Jahresüberschuß aus. Das Eigenkapital von knapp 200 Mill. DM im Konzern und von 85,5 Mill. DM beim Stammhaus ergibt die für ein Handelshaus überdurchschnittliche gute Eigenkapitalquote von 13,5 Prozent.

Das außerordentlich erfreuliche Ergebnis sei in diesem Jahr zwar nicht wieder zu erreichen, betont Finanzchef Brandes, doch werde CCC mit einem Reingewinn von 9 bis 10 Mill. DM beim Stammhaus auf hohem Ertrags-Niveau bleiben. Das internationale Handelsgeschäft laufe bislang gut und auch die Sparte Industrieanlagen- und Hochbau lasse anständige Ergebnisse erwarten. Wegfallen wird in diesem Jahr der Ertrag aus dem internationalen Stahllagergeschäft. Dieser Bereich mit einem Umsatzvolumen von rund 470 Mill. DM ist im Besitz der Gründerfamilie Coutinho verblieben.

Die CCC-Gruppe, deren Obergesellschaft Coutinho, Caro & Co KGaA inzwischen in eine AG umgewandelt worden ist, konzentriert sich jetzt ausschließlich auf den Handel sowie den Industrieanlagen- und Hochbau. Die starke Expansion vor allem im Handelsbereich dürfte 1984 den Umsatzausfall aus dem Lagergeschäft nahezu kompensieren. Die zusätzliche Geschäftsausweitung erwartet sich CCC durch die beabsichtigte enge Zusammenarbeit mit der neuen Mutter. So soll CCC im weiteren Verlauf des Jahres in den weltweiten Einkauf der McDermott-Gruppe eingeschaltet werden. Der Erwerb des Handelshauses, dessen Aktivitäten sich in keinem Bereich mit McDermott überschneiden, sei für den US-Konzern eine strategische Anlage. McDermott zählt weltweit zu den führenden Unternehmen beim Bau von Offshore-Plattformen und der Verlegung von Unterwasser-Pipelines.

Schwerpunkt der CCC-Aktivitäten ist und bleibt dagegen der internationale Stahlhandel. Die seit dem zweiten Halbjahr 1983 muntere Entwicklung habe sich bis jetzt fortgesetzt. Gemessen an Umsatz, Ertrag und Tonnage werde CCC voraussichtlich das schon sehr gute Ergebnis von 1983 nochmals übertreffen. Bei den Auslandsgesellschaften hat CCC die letzten Schwachstellen ausgemerzt. Die Doolan Steel Corp., USA, inzwischen im Besitz der Familie Coutinho, ist 1983 mit hohem finanziellen Aufwand saniert, die Beteiligung an eine italienische Firma verkauft worden.

Der Umsatz im Handel stieg bei CCC 1983 um 14,3 Prozent auf 1,52 Mrd. DM. Abrechnungsbedingt war der Zuwachs im Industrieanlagen- und Hochbau mit fast 30 Prozent noch größer (575 nach 445 Mill. DM). Das Ergebnis dieses Bereichs, so Warning, sei ebenfalls sehr gut gewesen und werde sich 1985 wiederholen. Unbefriedigend verlaufe dagegen der Auftragseingang. Vor diesem Hintergrund habe CCC den für ein Handelshaus mutigen Schritt getan, den Anlagenbau bewußt auf Produkte abzustellen. Um das große Know-how, das CCC vor allem im Anlagenbau für die Glas- und Getränkeindustrie habe, noch besser zu nutzen, sind die beiden Bereiche in selbständige Gesellschaften eingebracht worden. An der Coutinho Food Engineering GmbH wurden zudem die Holsten Brauerei AG und die AN AMS Anlageplanung GmbH & Co als Partner aufgenommen.

Im Gesamtumsatz von 2,4 Mrd. DM sind für 1983 zum letzten Mal rund 590 Mill. DM aus dem Stahllagergeschäft enthalten. Dieser Bereich habe zwar mit Gewinn gearbeitet, heißt es, das unternehmerische Risiko über Lager Stahl zu handeln, sei jedoch nicht ausreichend kompensiert worden.

GEDELFI

In diesem Jahr wieder zugelegt

hg. Bonn

Die Gedelfi Großeinkauf GmbH + Co. KG, Köln, konnte in diesem Jahr bis einschließlich Juli ihren Gesamtumsatz im Vergleich zu den ersten sieben Monaten des vergangenen Jahres um 8,1 Prozent steigern. Dabei sei der Umsatz im Vertragsgeschäft um 10,1 Prozent gewachsen, heißt es in einer überaus knapp gehaltenen Mitteilung des Unternehmens, während das Eigengeschäft um 2,7 Prozent zulegte.

Das Jahr 1983 stand für die Gedelfi indes im Zeichen der Stagnation, nachdem der Kreis der Gesellschafter geschrumpft war. Der Umsatz stieg lediglich um magere 0,5 Prozent auf 6,75 Mrd. DM. Inzwischen hat sich jedoch der Gesellschafterkreis wieder um vier vergrößert, unter ihnen die Hussel Holding AG. Trotz der Stagnation sei es 1983 gelungen, die Kosten noch einmal um 14,1 Prozent zu senken, teilt die Gedelfi weiter mit. Dies sei durch Änderungen in der Organisation erreicht worden. Die Gesellschafter hätten davon profitiert, denn die Vorweg-Vergütungen seien um 12,5 Prozent erhöht worden. Der Bilanzgewinn von 0,4 Mill. DM wurde voll in die Rücklagen eingestellt.

Noris Bank ist weiter gewachsen

dpa/VWD, Nürnberg

Die zur Schickedanz-Gruppe gehörende Noris Bank GmbH, Nürnberg, ist auch im Geschäftsjahr 1983/84 (31. Januar) weiter gewachsen. Wie aus dem jetzt vorgelegten Geschäftsbericht des hauptsächlich im Privatkundengeschäft arbeitenden Instituts hervorgeht, erhöhte sich das Geschäftsvolumen um 5,2 Prozent auf 2,27 Mrd. DM und die Bilanzsumme um sechs Prozent auf 1,91 Mrd. DM. Im Aktivgeschäft erhöhte sich das Ratenkreditvolumen – bei der Noris Bank die wichtigste Position des Kreditvolumens – um fünf Prozent auf 1,22 Mrd. DM.

Insgesamt lag das Kreditvolumen bei 1,74 (1,66) Mrd. DM. Auf der Passivseite wurde bei den Spareinlagen trotz allgemein rückläufiger Sparquote eine Zunahme um 5,2 Prozent auf 988 Mill. DM erreicht. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nahmen auf 497 (459,8) Mill. DM zu. Der Rohertrag habe sich zusammen mit der Risikovorsorge und den Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen um 20,6 Mill. auf 131,8 Mill. DM verbessert. Als Jahresüberschuß werden 7,79 (4) Mill. DM ausgewiesen. An die Gesellschafter werden davon 7,63 Mill. DM ausgeschüttet, der Rest auf neue Rechnung vorgetragen.

Phywe reduziert die Belegschaft

dos, Göttingen

Im Rahmen eines neuen Unternehmenskonzeptes wird die in Schwierigkeiten geratene Phywe AG, Göttingen, bis März 1985 die Mitarbeiterzahl drastisch auf 485 Beschäftigte verringern. Vor dem Hintergrund des in den letzten Jahren stark geschrumpften deutschen Lehrmittel-Marktes will der Vorstand zugleich die Exportanstrengungen intensivieren und das Produktionsprogramm auf eine breitere Basis stellen.

In einer Stellungnahme des Unternehmens, die als Reaktion auf die Aussetzung der Börsennotiz zu werten ist, heißt es, die eingeleiteten Maßnahmen dürften dazu führen, daß der „Tiefpunkt des Ergebnisses in 1984 erreicht wird". Erst 1985 und 1986 sei mit einer nachhaltigen Verbesserung der Ertragssituation zu rechnen.

Nach Angaben des Vorstands ergab sich 1983 ein Jahresfehlbetrag von 6,1 Mill. DM, der durch die Auflösung offener Rücklagen ausgeglichen wurde. Durch die Belegschaftsreduzierung – Ende 1983 zählte Phywe noch 764 Mitarbeiter – ergebe sich 1984 bereits eine Kostenentlastung von 5 Mill. DM. Das neue Konzept sei inzwischen auch den Hausbanken vorgelegt worden. Für Ende Oktober soll die Hauptversammlung einberufen werden.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Arnsberg: Gertraud Wiegelmann geb. Trüller, Alleininh. d. Fa. Gertraud Wiegelmann Leuchtenzubehör; **Diepholz:** Nolte Haustechnik GmbH & Co. KG, Wagenfeld-Ströhen; **Hamburg:** KG in Fa. Rudolf Jaekel; **Lippstadt:** Giesecke u. Schulte GmbH u. Co. KG; **Moers:** „Josef Suchanek KG; **München:** Bavaria Werbe-Service-GmbH; Meister GmbH – internationale Spedition i. L.; **Nürnberg:** Alfred Zeitler; Nachl. d. Margarete Luise Gertrud Gantikow, Lauf (Pegn.); **Soest:** Kurt Schnettker Verwaltungsges. mbH, Werl; Schnettker Ges. mbH & Co. KG, Werl; **St. Ingbert:** Elisabeth Klehr-Schneider; Horst Lessmann, Kaufmann; **Trier:** Hamotex, Inh. Hans Mothes, Konz-Niedermennig; **Tübingen:** S u. B MASTER-MASSIVHAUS Baubetreuungsges. mbH, Mössingen; **Wiesbaden:** Mash Freizeitmodenhandel GmbH.

Vergleich beantragt: Euskirchen: Josef Weller Bauunternehmung GmbH, Meckenheim; **Lüneburg:** Heinrich J. Tobaben Spedition GmbH; **Niebüll:** Gustav Martin Sörensen, Stedesand.

HANDEL / Strukturveränderung nicht abgeschlossen

Junge Generation gefordert

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Der Lebensmitteleinzelhandel ist in eine strukturelle Veränderungsphase eingetreten, die weitgehend durch eine sehr eingeschränkte Entwicklungsmöglichkeit der Nachfrage bestimmt ist. Die sinkenden Bevölkerungszahlen, die hohen Arbeitslosenziffern und die stagnierenden Realeinkünfte sind dafür die mehr vordergründigen Ursachen. Einen erheblichen Einfluß übt dazu das wachsende kritische Verbraucherverhalten aus, das nicht nur höhere Ansprüche an die Preiswürdigkeit, sondern auch an den Gesundheitseffekt stellt.

Die Folgen dieser Entwicklung lassen sich aus konkreten Zahlen ablesen. Der Anteil der Ausgaben für Lebensmittel am privaten Verbrauch der deutschen Haushalte ist innerhalb der letzten zehn Jahre von 14,5 auf 12,4 Prozent gesunken. Zwar stieg im gleichen Zeitraum der nominelle Umsatz des Lebensmitteleinzelhandels von 70,9 auf 115,5 Mrd. DM, gleichzeitig ging jedoch die Zahl der Geschäfte von 138 000 auf 83 000 zurück, also um nahezu 40 Prozent. Diese Entwicklung ist noch nicht abgeschlossen, genauso wenig wie der Konzentrationsprozeß als zwangsläufige Folgeerscheinung.

Das ist die Ausgangssituation, die jetzt die überall nachrückende junge Generation im Handel vorfindet; nicht nur in den Managerpositionen der Filialunternehmen, auch in den noch bestehenden kleinen und mittleren Familienbetrieben. Diese Nachwuchskräfte treten einen schweren Gang an, bei dem ihnen gute Ratschläge aus der abtretenden Generation genauso wenig helfen wie deren Erfahrungen und deren Vorbild. Die Voraussetzungen sind eben andere geworden.

Die verantwortliche Generation von heute und erst recht die von morgen hat sich anderen Problemen zu stellen. Das veränderte Verbraucherverhalten gehört genauso dazu wie die Folgen der technischen Entwicklung. Scannerkassen, mobile Datenerfassung, Banking-PoS, Btx, das sind nur einige der Schlagworte, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind. Es sind Entwicklungen, mit denen die meisten der jetzt abtretenden Führungskräfte überfordert wären, an die sie ihre Nachfolger jedoch heranführten. Für diese hat die neue Technik wenig Geheimnisvolles. Ihre Ausbildung ist allerdings noch das Verdienst ihrer Väter.

Diese Ausbildung ohne Scheuklappen trägt bereits Früchte. Die Jungmanager und -unternehmer der kleineren und mittleren Betriebe im Handel haben erkannt, daß sie sich im Wettbewerb mit den Großen nur behaupten können, wenn sie deren Werkzeuge und Methoden benutzen. Dazu gehört sowohl die Sortimentsgestaltung als auch die Kontrolle der Sortimentsbewegungen durch Warenwirtschaftssysteme. Genauso gehört dazu auch die Fähigkeit und die Bereitschaft der Großhandelsunternehmen, ihren angeschlossenen Einzelhändlern beratende und finanzielle Hilfestellung bei der Entwicklung zeitgemäßer Vertriebssysteme zu gewähren. Nicht zuletzt erforderlich ist auch eine Aufgeschlossenheit für Kooperationen, wie sie noch vor wenigen Jahren in der Handelslandschaft undenkbar waren.

Aktien überwiegend knapp behauptet

Störungen durch den steigenden Dollar

DW. – Die vorangegangene Schwäche am US-Aktienmarkt und der weiter gestiegene Dollar werden vorbörslich zum Anlaß genommen, die Kurse der meisten Standardaktien „herunterzusprechen". Nennenswerte Umsätze kamen auf ermäßigter Basis nicht zustande. Das Angebot war überall rasch vergriffen. Als es dann aber zu Kurserholungen kam, blieben die Käufer sofort aus. Insgesamt schlossen die Aktien knapp behauptet. Gewinnmitnahmen gab es vor allem in den Technologie- und einigen Versicherungsaktien.

Zu den wenigen Papieren, deren Kurse sich leicht verbessern konnten, zählen AEG-Aktien, wo Meinungskäufe zu beobachten waren, die mit der bevorstehenden Entlassung des Unternehmens aus dem Vergleichsverfahren begründet werden. Großbanken gaben nur geringfügig nach. Wegen des anhaltenden Angebotes mußte das Wandelbezugsrecht der Deutschen Bank ziemlich deutlich um 0,25 auf 3,75 DM zurückgenommen werden, das ist der bisher niedrigste Stand. Knapp behauptet lagen die Titel der Großchemie, die den durch die Diskussionen über Formaldehyd ausgelösten Schock langsam zu überwinden scheinen. Von den Autowerten zeigten VW-Aktien auf der jetzt erreichten Basis ein bemerkenswertes Maß an Widerstandskraft.

Düsseldorf: Bonner Zement erhöhten sich um 5 DM auf 195 DM, Kromschröder zogen um 5 DM auf 193 DM an und Leffers verbesserten sich um 2,50 DM auf 229 DM. Düwag gaben um 3 DM auf 127 DM nach, Conc. Chemie verminderten sich um 5 DM auf 220 DM und Stinnes sanken um 10 DM auf 570 DM.

Frankfurt: Großbanken waren knapp gehalten. Von den konsumnahen Werten blieben Stuttgarter Hofbräu 610 DM minus 10 DM und Kupferberg 680 DM minus 10 DM. Cassella stiegen auf 460 DM plus 14,50 DM. Allweiler erhöhten sich um 7 DM auf 297 DM und Krauss Maffei sanken um 25 DM auf 1750 DM.

Hamburg: Den größten Verlust erlitten Haller, die zu 151 DM minus 7 DM gehandelt wurden. Bei den Versorgungswerten waren nur Abschläge zu verzeichnen. HEW sanken um 0,50 DM auf 83,50 DM und NWK Vz. um 1,50 DM auf 161 DM. Bremer Vulkan fielen auf 63 DM minus 0,50 DM.

München: Agrob Vz. verminderten sich um 6 DM auf 187 DM, Augsburger Kammgarn sanken um 0,50 DM auf 80,50 DM und Dekkel AG gaben um 1,50 DM auf 143 DM nach. Flachglas erlitten eine Einbuße von 1 DM auf 220 DM und Zahnräder Renk fielen um 6,50 DM auf 228 DM.

Berlin: Dt. Hypobank verbesserten sich um 4 DM und Lehmann um 2,50 DM. Berliner Bank, Berliner Kindl und DUB-Schultheiss lagen um je 1 DM freundlicher. Berthold und Detewe gaen um je 4 DM, Herlitz St. und Schering um je 1,50 DM nach.

Nachbörse: behauptet

WELT-Aktienindex: 145,8 (144,8)
WELT-Umsatzindex: 2917 (2738)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

DM-Anleihen

Ausland

Optionshandel

Frankfurt: 5. 9. 84: 611 Optionen = 35 000 (29 000) *Aktien, davon 104 Verkaufsoptionen: = 5950 Aktien.* **Kaufoptionen:** AEG 10-90/5,6, 10-110/1,3, 1-90/7,5-8, 1-100/3,6, 1-110/1,5, 4-90/11, 4-95/8,05, 4-100/7,5, BASF *1-150/13,7, 1-160/7, 1-170/3,5, 4-160/11, 4-170/7,* Bayer 10-160/10,5, 10-170/3, 1-170/8, 1-180/4, 4-160/18, 4-170/11,4, 4-180/6, BHF 4-240/21, Bekula 1-95/5,4, Commerzbank *10-150/4,2, 1-150/10, 1-160/4,1, 4-150/11,6,* Conti 10-110/8,5, 1-120/5,9, 1-130/2,5, 4-110/16, 4-120/11, 4-130/4,4 Deutsche Bank 10-330/9,6, 1-360/7, 4-330/33,5, *4-340/25, Dresdner Bank 1-150/11,6, 1-160/5,1,* 4-170/4, GHH ST 1-150/7,8, Hoechst 1-170/8,4, 1-180/5, 4-170/13,4, Hoesch 10-95/4,9, 1-100/5,5, 1-110/2,3, 4-110/4, *Kaufhof 1-220/16, Klöckner 1-65/3, 4-60/6,6,* 4-65/4,5, 4-70/1,8, Lufthansa ST 10-160/5, Lufthansa VZ 10-160/3,6, 4-180/10,6, Mannesmann 10-140/6,5, 10-150/2,2, *1-140/11,5, 1-150/6,7, 1-160/3, 4-140/16, 4-150/10,5,* 4-160/5, Schering 1-380/18, Siemens 10-392/13,9, 1-370/41, 1-400/18, 1-410/13,5, 1-420/9, 1-430/5, 4-400/30, *4-410/21,2, 4-420/16,9, 4-430/8,5,* Thyssen *10-70/7,5,* 1-70/10,3, 1-75/5,1, 1-80/4, 4-85/3, Veba 1-170/5,6, VW 10-170/7,8, 1-170/14, 1-180/8,5, 1-190/3,6, 1-200/3, 4-190/9, *Alcan 1-85/6, Chrysler 1-70/15,* 4-90/3,6, Elf 4-70/10, IBM 10-320/37, 1-370/14, 4-370/21, Philips 10-40/5, 10-43,9/2,8, 10-45/1,3, 1-40/6,6, 1-45/3,5, 4-45/4,2, Royal Dutch 1-140/10,6, 4-130/22,8, Sony 1-45/3,5, Sperry 10-120/2, Xerox 1-120/7,4. **Verkaufsoptionen:** AEG 10-95/4,5, 1-95/6, 4-90/4,65, Bayer 10-170/3,5, 1-170/4,3, Conti 1-110/1,5, 4-110/3,2, 4-120/7,1, Deutsche Bank 1-340/10,6, 4-300/2,9, Dresdner Bank 1-150/3,5, 4-140/1,85, 4-130/5,2, Hoechst 4-160/2,3, Lufthansa ST 1-160/4,4, Lufthansa VZ 4-150/5,5, Linde 1-360/12, MAN 10-140/3, Metallges. 1-200/5, Preussag 1-252/8, 4-250/10,4, Siemens 10-400/3, 1-400/7,2, 4-380/6,9, Thyssen 1-75/2,2, Veba 1-160/1,4, VW 10-180/7,5, 1-180/10,3, 4-160/4, 4-170/6,9, Alcan 10-85/3, 1-5/5,2, Chrysler 10-80/2, 1-65/6, Elf 1-70/3,8, General Motors 10-200/3,4, 1-200/8, IBM 1-350/12, 1-370/20,6, 4-360/18, Royal Dutch 1-140/2,8. (1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 5. 9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	11⅞–12	5¼–5½	4½–4¾
3 Monate	12 –12¼	5⅝–5⅝	4¾–5
6 Monate	12¼–12½	5¾–6	4⅞–5⅛
12 Monate	12⅝–12⅞	6⅛–6⅜	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 5. September folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1430,00	1778,14
10 US-Dollar (Indian)**)	1235,00	1487,30
5 US-Dollar (Liberty)	450,00	627,00
1 £ Sovereign alt	231,00	288,14
1 £ Sovereign Elizabeth II.	225,00	279,30
20 belgische Franken	178,00	230,28
10 Rubel Tscherwonez	244,00	305,52
2 südafrikanische Rand	226,00	279,30
Krüger Rand, neu	1015,00	1197,00
Maple Leaf	1015,00	1197,00
Platin Noble Man	988,00	1183,94
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	245,00	306,66
20 schweiz. Franken „Vreneli"	180,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	180,00	229,14
100 österr. Kronen (Neuprägung)	937,00	1132,02
20 österr. Kronen (Neuprägung)	187,00	235,98
10 österr. Kronen (Neuprägung)	100,00	131,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	443,00	544,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,00	140,22

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

5. 9. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs1)	Ankauf	Verkauf
New York2)	2,9413	2,9493	2,8977	2,89	2,98
London1)	3,774	3,788	3,730	3,71	3,86
Dublin1)	3,082	3,097	3,052	2,98	3,15
Montreal3)	2,2628	2,2708	2,2285	2,21	2,31
Amsterd.	88,500	88,720	88,42	87,75	89,75
Zürich	119,800	119,980	119,70	118,25	121,00
Brüssel	4,954	4,974	4,895	4,85	5,03
Paris	32,510	32,670	32,11	31,75	33,50
Kopenh.	27,500	27,620	27,18	26,25	28,00
Oslo	34,950	35,070	34,33	33,75	35,50
Stockh.**)	34,870	35,030	34,285	33,25	36,00
Mailand3) **)	1,618	1,628	1,586	1,58	1,68
Wien	14,211	14,251	14,181	14,13	14,36
Madrid**)	1,757	1,767	1,724	1,70	1,82
Lissabon**)	1,920	1,940	1,80	1,55	2,35
Tokio	1,2080	1,2090	–	1,18	1,22
Helsinki	47,800	48,000	46,68	46,75	48,50
Buen. Air.	–	–	–	–	8,50
Rio	–	–	–	0,08	0,30
Athen*) **)	2,4805	2,5345	–	2,15	2,95
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,4395	2,4585	–	2,38	2,48
Johannesbg.*)	1,7835	1,8025	–	1,60	1,95

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der US-Dollar steigt weiter. Obwohl die FED zum 3. Male in Folge gestern liquiditätsanreichernd tätig war, ging davon keine Entspannung aus. Die Bondmärkte lagen am 5. 9. schwach und der Zinspessimismus triumphierte. Am Euromarkt kam es zu Steigerungen der Dollar-Zinssätze von ca. ¼ Prozentpunkte. Am Devisenmarkt wirkte sich diese Konstellation in einem weiteren Kursanstieg des Dollar von 2,9340 bis über 2,95 im Tagesverlauf aus. Die Bundesbank gab zur amtlichen Notiz von 2,9458 zunächst 50 Mill. bestens ab und stellte den Markt auch die noch darüber hinaus nachgefragten 33,95 Mill. Dollar zur Verfügung. Interventionen im Freiverkehr dürften ebenfalls stattgefunden haben. Starke Nachfrage verzeichnete auch neben dem Canadischen Dollar der Yen mit einem Kursgewinn von 6,2 Promille auf 1,2075. Schwächer notierte lediglich das Pfund, der Schweizer Franken und der holländische Gulden. US-Dollar in: Amsterdam 3,3290; Brüssel 59,4125; Paris 9,0485; Mailand 1815,25; Wien 20,6980; Zürich 2,4806; ir. Pfund/DM 3,090; Pfund/Dollar 1,2837; Pfund/DM 3,781.

Ostmarktkurs am 5. 9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Starke Nachfrage nach Dollar-Krediten war am 5. September für die hohen Abschläge für Dollar/D-Mark verantwortlich.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,75/1,65	4,80/4,70	9,20/9,00
Pfund/Dollar	0,10/0,12	0,34/0,37	0,83/0,88
Pfund/DM	2,60/1,20	5,80/4,40	10,0/8,60
FF/DM	24/8	56/40	104/88

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 5. 9.: Tagesgeld 5,5–5,55 Prozent; Monatsgeld 5,65–5,75 Prozent; Dreimonatsgeld 5,8–5,9 Prozent.

Privatdiskontsätze am 5. 9.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 5. 9.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. September 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/7 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–7,75 (6,87)–8,00 (7,12)–8,25 (7,31)–8,50 (7,48). Ausgabe 1984/8 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–7,25 (6,91)–8,00 (7,18)–8,25 (7,40)–8,50 (7,58)–8,50 (7,71) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,70, 2 Jahre 6,70. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 100,80, Rendite 7,65.

Renten stark verunsichert

Der neuerliche Anstieg des Dollar führte am Rentenmarkt zu einer erheblichen Verunsicherung. Der Konsolidierungspause scheint jetzt eine Abgabewelle zu folgen. Vor allem Kreditinstitute dürfen Material zur Verfügung gestellt haben. Dies nahmen die kurspflegenden Stellen zum Anlaß, die Notierungen öffentlicher Anleihen deutlich (teilweise um mehr als 0,30 Prozentpunkte) zurückzusetzen. Aber auch dazu mußten sie Material aufnehmen. Bei den Pfandbriefen war die Abgabeneigung weniger ausgeprägt, weil hier kaum spekulative Bestände aufgebaut worden sind.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

	5. 9.	4. 9.
M 5½ Bayer.Hyp. Pf 14	94,25G	94,25G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6½ dgl. Pf. 2	87,5G	87,5G
7 dgl. Pf 3	97G	97G
6½ dgl. KS 14	98,75G	98,75G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo. Pf 38	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	120G	120G

	5. 9.	4. 9.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117	117
6 dgl. 14	92G	92G
6 dgl. 47	80	80
F 5 Helaba Pf 6	110,5	110,5
6 dgl. Pf 80	95,95G	95,95G
6 dgl. Pf 73	101,4G	101,4G
4 dgl. KO 5	103G	103G
H 5 Hyp.LHbg. Pf 98	93,5	93,25

	5. 9.	4. 9.
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	117,5B	117,5B
6 dgl. Pf 95	77,5bB	77,5TB
7 dgl. Pf 100	100,4bG	100,4G
D 8 WestLB Pf 350	100,95G	100,95G
6½ dgl. Pf 403	98,45G	98,45G
9½ dgl. Pf 1007	106,9G	106,9G
8 dgl. Pf 1015	100,4G	100,4G
7 dgl. KO 555	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 420	97,15G	97,15G

Optionsscheine

Sonderinstitute

Optionsanleihen

Industrieanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Bundesbahn

		5. 9.	4. 9.
F 8 Bdbahn 78 III	11/84	100	100G
6½ dgl. 79	2/85	100,05	100,05
8½ dgl. 73	2/85	100,8	100,8

Bankschuldverschreib.

	5. 9.	4. 9.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82,5	82,5
6½ dgl. Pf 5	90,5G	90,5G
7 dgl. Pf 2	100	100
F 7½ Bakola Pf 104	100,65G	100,65G
9 dgl. Pf 106	104,75G	104,75G
10 dgl. Pf 108	108,95G	108,95G
7 dgl. KS 132	97,45G	97,45G
8 dgl. KS 155	100,6G	100,6G
9 dgl. KS 169	102,45G	102,45G

Warenpreise – Termine

Mit deutlichen Verlusten schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Zu überdurchschnittlichen Einbußen kam es auch bei Kaffee. Weniger drastisch waren die Abschläge bei Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	4. 9.	31. 8.
Sept.	343,25	342,00
Dez.	354,00	352,00
März	361,25	358,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	4. 9.	31. 8.
St. Lawrence 1 CW	geschl.	unerhältl.
Amber Durum	geschl.	unerhältl.

Kakao New York ($/t)	4. 9.	31. 8.
Terminkontr. Sept.	2490	2525
Dez.	2301	2332
März	2250	2274
Umsatz	3780	3047

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Okt.	4,72	4,10
Jan.	5,40	4,58
März	5,94	5,20
Mai	6,21	5,78

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

Wolle, Fasern, Kautschuk

Zinn-Preis Penang

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Westdeutsche Metallnotierungen

NE-Metalle

Messingnotierungen

New Yorker Metallbörse

Londoner Metallbörse

Internationale Edelmetalle

Die schöne Wilhelmine

Den Künsten und der Liebe innig zugetan



Anja Kruse in der Rolle der schönen Wilhelmine FOTO: TELEBUNK

Das preußische Geschichtsbewußtsein hat immer Löcher gehabt. Mit dem Tode des „Alten Fritzen" geht die allgemeine Historienkenntnis ins Leere. Erst an Gestalten wie der Königin Luises oder ihres drögen Gatten, Friedrich Wilhelm III., macht sich unser Geschichtsbewußtsein wieder fest.

Wer aber war Friedrich Wilhelm II.? Er gilt als „Schlappschwanz", und so erschien er seinem strengen Onkel und Vorgänger in Sanssouci. Er neigte zur Mätressenwirtschaft. Er war ein eher behaglicher Rokokoprinz, dabei war sein Regime später nicht ohne Fortüne. Er hat, fast ohne Krieg, das Staatsgebiet Preußens beinahe verdoppelt. Unter seiner friedlichen Herrschaft wuchs die Population nahezu auf das Doppelte, auf über fünf Millionen Seelen, an.

Der Phlegmatiker auf dem Thron ließ die Künste wachsen. Er gab das Brandenburger Tor in Auftrag. Unter seinem unauffälligen Regime sind einige der schönsten Bauten in Potsdam und Berlin entstanden. Er selber

Die schöne Wilhelmine – ZDF, 19.30 Uhr

spielte exzellent das Cello, viel besser als sein strenger Onkel die Flöte. Er bemühte sich ernsthaft, Mozart an die Spree zu locken und ihn hier seßhaft zu machen. Er war, wenn man so sagen will, ein gemütlicher Friedensfürst. Gestalten wie seine sind der Anekdotenbildung wenig hold. Er ist so gut wie ganz vergessen.

Literarisch hat der dicke Wilhelm nur geringfügiges Interesse, auch bei der Nachwelt, erregt. Nur eigentlich Ernst von Salomon hat dem abenteuerlich treuen Leben seiner königlichen Mätresse, der Gräfin von Lichtenau, der wir übrigens in Berlin eines der schönsten ländlichen Fürstenschlösser auf der Pfaueninsel verdanken, einen flotten und lesbaren Unterhaltungsroman gewidmet. Den hat das ZDF nun, unter Beibehaltung des Romantitels, von Karl Wittlinger zu einem etwas behäbigen und reichlich fußgängerischen Vierteiler bearbeiten lassen: „Die schöne Wilhelmine".

Der Alte Fritz tritt auf, wie oft gehabt und von Herbert Sass mißmutig am Stock gespielt. Johannes Heesters, kurioserweise im Schottenrock, gibt seinen Altersfreund, den Marschall Keith. Jean Claude Brialy hat als der lüsterne Casanova in Preußen seinen Auftritt. Der alte Haderlump bringt die amouröse Laufbahn der schönen Trompetertochter, Wilhelmine Enke, erst richtig ins Laufen.

Sie, die später die Herzensfreundin des neuen, trägen Königs werden soll und zur Gräfin von Lichtenau werden wird, sie wird in diesem reichlich plauderhaften Vierteiler allerdings erstaunlich rege und appetitlich aktiv von der jungen Anja Kruse dargestellt. Sie ist unter so vielen historischen Verkleidungen das einzig schlagende Herz. Rainer Hunold, als ihr königlich verschlafener Liebhaber, hat es da viel schwerer. Einen „Schlappschwanz" wirklich interessant zu machen oder gar tragikomisch – das gelingt ihm nicht.

Man wird unter der weitläufigen, ebenfalls oft allzu behaglichen Regie von Rolf Sydow (der lustigerweise im Film selber einen eigenen Namensvetter und preußischen Vorfahren auftreten läßt) ein romanhaft weit ausgebreitetes Historienbild erleben, das unserer geschichtlichen Kenntnis immer nur sehr bedingt auf die Beine hilft.

Aber daß Preußen, zeitweise wenigstens, auch auf unterhaltsame Weise lüderlich, daß es gemütlich, daß es amourös bewegt und eben auch unterhaltsam sein konnte, das wird manchem Zuschauer interessant sein und neu. Preußens Gloria klingt hier nicht mit Trompeten und Schmetterengteng. Es gab auch Perioden, in denen die Schalmeien in Preußen klangen. Das will dieser Film zeigen. Insofern, wenigstens, betritt er Neuland. FRIEDRICH LUFT

Schlucken, was geboten wird?

Wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, gäbe es schon seit bald fünfundzwanzig Jahren Privatfernsehen in der Bundesrepublik. Doch Konrad Adenauer hatte die Rechnung ohne das Bundesverfassungsgericht gemacht. Der Rundfunk, also Radio und Fernsehen, sei nicht bloß ein Medium, stellten die Karlsruher Richter 1961 im sogenannten „Fernsehurteil" gegen Adenauers Begehren fest. Er sei auch ein „eminenter Faktor der öffentlichen Meinungsbildung". Und wie sehr dieser mißbraucht werden konnte, hatte die Geschichte des deutschen Rundfunks in den Jahren 1933–1945 gelehrt. Die Nationalsozialisten mißbrauchten das Radio als reines Instrument der Propaganda.

Im öffentlich-rechtlichen Sendebetrieb von heute sind Manipulationen wie zu Volksempfänger-Zeiten undenkbar. Doch als Folge des gewaltigen technischen Fortschritts in der Kommunikation ist die Möglichkeit der Einflußnahme auf die Gesellschaft durch die Massenmedien seit damals noch größer geworden. Hörfunk und Fernsehen gelten als die wichtigsten Nachrichtenverteiler. Darüber hinaus ist ihre Nutzung für die Mehrheit der Bundesbürger auch zur beliebtesten Freizeitbeschäftigung geworden.

Die heutige Generation wächst in ein Jahrhundert hinein, das unvergleichlich stärker noch als das gegenwärtige geprägt sein wird von den elektronischen Medien. Darum, meint Manfred Jenke, der Hörfunkdirektor des Westdeutschen Rundfunks, komme gerade der Medienpädagogik eine immer wichtiger werdende Aufgabe zu. Also veranlaßte er seine Schulfunk-Redaktion zur Produktion einer Sendereihe, die jetzt bereits ins dritte „Semester" gegangen ist: „Umgang mit Medien". Ausgestrahlt wird sie dienstags im ersten Hörfunkprogramm vom WDR. Zwei Wiederholungstermine gibt es jeweils eine Woche später am Donnerstag in WDR 3. Zu dieser Reihe bietet der Sender schriftliches Begleitmaterial an.

„Natürlich stellen wir in unserer Reihe für Schüler von zehn bis sechzehn Jahren auch ein bißchen Technik vor, aber wir machen keine Sendung für den Physikunterricht", sagt Wilfried Kortner, der verantwortliche Redakteur. „Die modernen Technologien sind im Grunde nur veränderte Verteilsysteme, entscheidend sind die Inhalte, die sie transportieren. Das deutlich zu machen ist die Absicht unserer Reihe."

Die jungen Leute sollen angeregt werden, kritischer zu sein gegenüber dem Wust an Informationen, den die Massenmedien täglich ausstoßen. Das Fernsehen, mahnt der Schweizer Medienpädagoge Christian Doelker in einem der Begleithefte zur Sendereihe, vermittelt nicht einfach Wirklichkeit, sondern immer schon eine Interpretation von Wirklichkeit. Gefährlich sei es, beides zu verwechseln.

„Die Flut neuer Medien ist nicht *mehr aufzuhalten*", *meint* Thomas Brückner, einer der Autoren der Schulfunk-Stunden „Umgang mit Medien". „Die Frage ist nicht, ob das gut oder schädlich ist. Die Frage lautet vielmehr, ob man damit umgehen kann. Je besser einem das gelingt, desto geringer ist der Schaden."

Mit Radio und Fernsehen umgehen heiße vor allem, aus dem Medienangebot das auszuwählen, was einem persönlich geeignet und sinnvoll erscheine, sagt Autor Helmut Gote. Noch ist das Gegenteil die Regel. Die Masse der Zuschauer hocke aus purer Gewohnheit vor der „Glotze" und schlucke kritiklos alles, was ihr vorgesetzt wird. Das Fernsehen sei ein Medium, das seine Nachfrage durch das Publikum selbst produziere und ständig steigere. Das ist die Meinung von Helmut Ricke, dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Gesellschaft für Unterhaltungselektronik.

Die Schulfunkreihe aus Köln beschäftigt *sich allerdings nicht nur* mit Hörfunk und Fernsehen. Sie bezieht die Presse, das Satelliten- und Kabelfernsehen, den Bildschirmtext sowie Computer und Video in den „Unterricht" mit ein. „Ich bin sicher", meint Redakteur Wilfried Kortner, „daß uns bei der Schnellebigkeit auf dem Medienmarkt die Themen für weitere Sendungen nicht so schnell ausgehen werden."

Wenn ein Sender wie der WDR ein Schulfunkprogramm „Umgang mit Medien" anbietet, ist natürlich auch ein bißchen Werbung in eigener Sache dabei. Die Reihe, betont Kortner, wolle auch die Leistungsfähigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems darstellen und deutlich machen, daß es keine Alternative öffentlich-rechtlich oder privat geben könne. Es könne nur ein Nebeneinander geben. EGON WOLFF





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

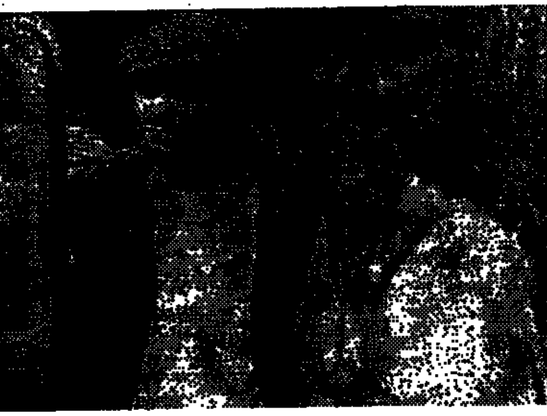
10.00 Tagesschau mit Tagesthemen
10.25 Das leise Gift
Fernsehspiel von Erwin Keusch
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

15.00 Der Meernix und die Seelentöpfchen
Puppenspiel der Kleinen Bühne
15.30 Das feuerrote Spielmobil
16.00 Tagesschau
16.10 Die Runde der Fünfziger
Zu Gast bei Gunther Philipp: Mona Baptiste, Gerd Riedmann, Heinz Fütterer
16.55 Wir Kinder einer Sinti-Familie
Film von Christa Auch-Schwelk
17.50 Tagesschau
Dazw. *Regionalprogramme*
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Giftgas
Chemische Waffen – Stiefkinder der Abrüstung
Bestandsaufnahme
Über die atomare Bedrohung ist in den letzten Jahren ausgiebig diskutiert worden, vergessen wurde die chemische Kriegsführung.
21.15 Ich fühl' mich wohl in deinem Leben
TV-Special mit Roland Kaiser
21.45 Kennen Sie Kino?
Rainer Brandt informiert über neue Filme
In der neuen Ausgabe des Kino-Magazins geht es um den Philip-Kaufman-Film „Der Stoff, aus dem die Helden sind", der sich mit den ersten Astronauten beschäftigt und bereits mit vier „Oscars" ausgezeichnet wurde. Darüber hinaus sieht die Sendung Ausschnitte aus „Tapetenwechsel" von Gabriela Zerau und dem letzten Woody-Allen-Film „Broadway Danny Rose" vor.
22.30 Tagesthemen
23.00 Ansonsten ist alles in Ordnung
Fernsehspiel von Roderich Feldes
Das Lehrerehepaar Winzer hat sich ein Eigenheim erbaut und ist entsprechend stolz darauf. Geschmeichelt nehmen sie Lob und Bewunderung ihrer Freunde entgegen und sind auch gerne bereit, Pit und Sandra das Haus zu zeigen.
0.30 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Dritte Welt beginnt bei uns
1. Türken in Berlin – Ein Schulbeispiel
Von Gernot Schley
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Kleine Abenteuer
Kanadische Fernsehreihe
Paulo, der Sternengucker
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Jack Duprée
mit Axel Zwingenberger und Hazell Dean
17.50 Zwei schwarze Schafe
Luftkurort in ruhiger Lage
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Die schöne Wilhelmine
Vierteiliger Fernsehfilm von Karl Wittlinger
nach dem Roman von Ernst von Salomon
1. Teil: Ewige Treue
Regie: Rolf von Sydow
21.05 Wie würden Sie entscheiden?
Rechtsfälle im Urteil des Bürgers
Ihr Wagen ist abgeschleppt
Leitung der Sendung: Gerd Jauch
21.45 heute-journal
22.05 Personenbeschreibung
Breyten Breytenbach – Unerwünscht in Südafrika
Ein Dichter im Exil
Film von Georg Stefan Troller
22.50 Filmforum
Elia Kazan – Outsider
Porträt des Regisseurs zum 75. Geburtstag von Annie Tresgot und Michel Ciment (Zweikanalton deutsch/englisch)
23.45 heute
23.50 Das kleine Fernsehspiel
Etwas wird sichtbar
Buch und Regie: Harun Farocki
Anna und Robert lernen sich während einer Demonstration gegen den Vietnam-Krieg kennen. Sie werden ein Paar. Aber ihre Liebesgeschichte bleibt eng verbunden mit der Verarbeitung und Aufarbeitung des Krieges, der Politik und der Ökonomie, die zu ihm geführt hat.





Szene mit Uwe Friedrichsen und Judy Winter in der ZDF-Serie „Zwei schwarze Schafe" (17.50 Uhr) FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

17.00 Schulfernsehen
18.00 Berufsorientierung
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Das Haus am Strand
Amerikanischer Spielfilm (1955)
21.50 Wewelsburg – Ich kann dich nicht vergessen
22.20 Köpfe der Geschichte: Joseph Fouché
23.05 Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden
Diskussion mit Edward Teller, Hoimar von Ditfurth, Hans-Peter Dürr und anderen
0.35 Letzte Nachrichten

NORD/HESSEN

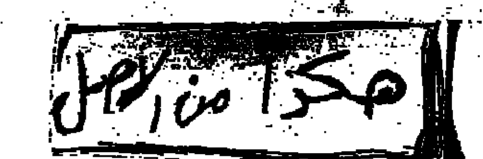
Gemeinschaftsprogramm:
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Deutsche Puppenbühnen
Rüsselsheimer Puppenspiele
19.00 Ungewöhnlich leben
Pflegekinder aus Südostasien
19.45 Fahr doch selbst mal hin
Ausflüge in die Welt der Technik
Mit Stelzen ins Jahr 2000
20.00 Tagesschau
20.15 Vorwiegend heiter
Amerikanischer Spielfilm (1955)
Mit Gene Kelly, Dan Dailey u. a.
Regie: Gene Kelly, Stanley Donen
21.55 Grenzen der Wissenschaft in Ost und West
22.55 Unter den Straßen von Berlin
Von Norbert Scherdin
Die Stadt unter der Stadt: von der Kanalisation zum Atombunker.
23.40 Nachrichten

SÜDWEST

18.00 Herbst der Fünfjährigen
18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Berühmte Ärzte der Charité
Krisis – aus dem Leben Robert Kochs
Von Rolf Gumlich
21.20 Sport unter der Lupe
22.05 Das Dörfle stirbt – es lebe die Sanierung
Karlsruher Altstadt im Umbau
Film von Georg Felsber
22.55 Atelierbesuch: Traute Enderle-Stern
Film von Ruth Geiger-Pagels
23.10 Nachrichten

BAYERN

18.15 Die Tier-Sprechstunde
Tollwutgefährdeter Bezirk
18.45 Rundschau
19.00 Tatort
Reifezeugnis
20.50 San Masseo
Film von Angelika Weber
21.35 Rundschau
21.50 Z. E. N.
21.55 Psycho
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Anthony Perkins u. a.
Regie: Alfred Hitchcock
23.40 Rundschau



Einholen, überholen

P. Jo. – In Ost-Berlin weiß es wieder einmal einer ganz genau. Im Jahre 2018, so läßt Parteiprofessor Erich Hanke verlauten, bricht endgültig der Kommunismus aus. In den Worten des Professors selbst: „Im Zeitraum zwischen 2018 und 2026 können in der DDR die kommunistischen Verteilungsprinzipien eingeführt werden. Es sind dann die materiellen Voraussetzungen vorhanden, um das heutige Prinzip der Verteilung der gesellschaftlich erzeugten Güter nach der Quantität und Qualität der geleisteten Arbeit in immer weiteren Bereichen durch das Prinzip 'Jedem nach seinen Bedürfnissen' zu ersetzen."

„Schon Anfang der neunziger Jahre", so fährt der prognosefreudige Professor fort, könne die Sowjetunion die USA „einholen". Die Produktivität der USA werde von der Sowjetunion „beträchtlich vor dem Jahre 2013" erreicht werden. Freilich, Erich Hankes Voraussagen sind selbst unter seinen Parteifreunden nicht unumstritten. Allzu oft schon haben sie sich mit derartigen Prognosen in die Nesseln gesetzt. Man deklarierte frohgemut Daten des „Einholens" und des „Überholens", die dann immer wieder revidiert werden mußten.

Mit Lenin begann das muntere Spiel. Der verkündete 1920 in einer Rede vor Jugendverbänden: „Die Generation, die jetzt 15 Jahre alt ist, die wird die kommunistische Gesellschaft erleben und selber diese Gesellschaft aufbauen." Stalin, Chruschtschow, Ulbricht – sie alle haben ähnliche (falsche) Aussagen gemacht, bis Walter Ulbricht schließlich die dialektische Parole ausgab: „Überholen, ohne einzuholen!" Das war ein Purzelbaum, der faktisch zum Abbruch des einst so beliebten Überholspiels führte.

Vielleicht sollte sich auch Professor Hanke allmählich darauf besinnen, daß das Überholen in der heutigen Situation zu einem riskanten Manöver geworden ist. Man denke nur an den volksdemokratischen Lieblingswitz: Wo steht der Kapitalismus? Am Rande des Abgrunds! Aber der Sozialismus wird ihn trotzdem erfolgreich überholen!

Berliner Festwochen: Martha Graham und Nurejew

Jason als Bademeister

Ein mächtiges Stück Tanzvergangenheit zu Beginn: Die Berliner Festwochen präsentieren zur Eröffnung mit der Martha Graham Dance Company in der Freien Volksbühne eine groß angelegte Retrospektive des Werks der amerikanischen Choreographin bis hin zum „Sacre du Printemps" Igor Strawinskys, den die Neunzigjährige in diesem Jahr auf die Bühne brachte. Im Kreis ihrer kraftvollen Truppe, an der Hand Rudolf Nurejews, des Gaststars, beugte sich silberlamé-überströmt am Schluß die alte Dame glücklich dem Beifall.

Schulbildend wie die Graham-Technik sind die choreographischen Visionen der Graham freilich nie geworden. Im Gegenteil. Man geht neuerdings fast physisch auf Distanz zu diesen mythenschweren Tanzneurosen, dem Sexual-Kabuki von der Auserwähltheit der Frau zum Opfer der Männerherde oder der herkulischen Einzelgänger in ihrer athletischen Nacktheit. Ob Phädra oder Medea, immer lechzt unter dem weitschwingenden Tanzgewand der antikisierenden Vorlagen die verklemmte Sinnlichkeit der amerikanischen Kleinstadt hervor, die sich an Sigmund Freud nicht sattlesen kann.

Jason, dem knackigen Bademeister, der mit der blonden Tochter Mr. Kreons abschwirrt, des reichen griechischen Drugstore-Besitzers, ist diese Medea Grahams verfallen. Takako Asakawa tanzt sie mit raumgreifenden Drehungen, allen Windungen des Körpers wie der Seele und der mächtigen Gestik der Graham. Von 1946 stammt „Cave of the Heart", diese Medea-Paraphrase der Amerikanerin, und sie ruckelt in ihrer Heroik wie in ihrem Pathos wie eine Stummfilmtragödie mit unterlegter Samuel-Barber-Musik.

Die Sonderbarkeit wird verstärkt durch die Bühnenlandschaft Noguchis: diese Steinwelt voller Symbolik, mit Skulpturen zum Hineinkauern, granitenen Hühnerstiegen, Mühlsteinen, hingequaderten Riesenwinkeln. Sie umstehen lapidar und befremdend den Tanz.

Auch in „Phädras Traum", einem Werk, das erst im Vorjahr Premiere hatte, erkennt jeder, der Graham je tanzen sah, vor dem geistigen Auge die unerschrockene Martha in der Rolle der liebeverzehrten Griechin wieder. Denn im Grunde hat Martha Graham wohl bei allen ihren Choreographien einzig an sich selbst als Interpretin gedacht. Das macht es der jungen Generation nicht eben leicht, sich in den riesenhaften Seelenzuschnitt der Graham-Rollen zu blähen. Besonders persönlichkeitsstark ist die Truppe nicht.

Phädras Alptraum nun ist es, Hyppolit, von Nurejew getanzt, einem Mann ebenso verfallen zu sehen, wie sie selbst es dem Jüngling ist. Athen und Peyton Place schieben sich in den Arbeiten der Graham immerfort eng zusammen. Die Tragädie qualmt dahin wie bei einem Barbecue der Seelen auf choreographischem Grill.

Eine Machtprobe sondergleichen ist es, sich noch mit Neunzig die Inspiration zur Choreographie eines „Sacre" abzutrotzen. Die Graham bestand sie auf durchaus respektgebietende Weise. Terese Capucilli tanzte nervig und fetzend, schmal und aggressiv die Erwählte, die zweifellos mit Leichtigkeit den wenig autoritären Schamanen gestürzt hätte, wäre sie nicht süchtig danach gewesen, selbst Opfer zu sein, wie die meisten der Frauengestalten, die Graham mit Lust seit jeher verkörpert hat.

Dennoch – jeder Schritt auf der Bühne, jede Geste zeugte einen Abend lang unverbrüchlich und unverwechselbar vom Stilwillen Martha Grahams: einem Hochflug der Emotionen, der sich in kraftvollen, oft aber auch beinahe preziösen Motionen fängt. Die Compagnie zeichnet das mit Aufmerksamkeit nach. Doch die Generation der überlebensgroßen Graham-Interpreten scheint eher dahin.

KLAUS GEITEL

Zeitschriftenkritik: „Nouvelle Revue Française"

Der Sieg des Jargons

Nicht nur unter den deutschen Zeitschriften gibt es greise Damen, deren Lektüre schmerzt, wenn man sich erinnert, wie knusprig und alert sie einst waren. Mit der 1908 gegründeten „Nouvelle Revue Française", die bis zum Zweiten Weltkrieg mit der französischen Literatur identisch war, geht es einem heute ähnlich.

Was bei der „NRF" – jeder kennt in Frankreich diese Abkürzung noch – am schmerzlichsten auffällt, ist das überraschende Zurücktreten jenes „klassischen" Französisch, das eine so unvergleichliche Mischung von Präzision und eleganter Leichtigkeit war. An seine Stelle sind Fachjargons getreten (Linguistik, Strukturalismus), oder die Autoren flüchten sich in ihren Aufsätzen und Dichtungen in eine manierierte Esoterik, der ein mißverstandener Kafka und ein ebensolcher Heidegger Pate gestanden haben.

Besonders kraß wird das deutlich, wenn zwischendurch doch noch ein Meister der Sprache auftritt und zeigt, wessen das Französische fähig ist. So war es kürzlich mit Tournier und vorher mit Madame Yourcenar, so ist es jetzt im September-Heft mit Cioran, dem rumänischen Denker, der sich seit bald vier Jahrzehnten in einem strengen, makellosen Französisch ausdrückt.

Unter dem Titel „Exaspérations" druckt die „NRF" neue Aphorismen von Cioran. Das ist, denkt man an seine unerbittliche Philosophie, am ehesten mit „Verbitterungen" oder mit „Überdrüssigkeiten" zu übersetzen. Da ist sofort die unverkennbare Melodie dieses zu Unrecht als „düster" geltenden Denkers hörbar: „Aller Leute überdrüssig. Aber ich liebe es zu lachen. Und ich kann nicht allein lachen." Oder: „Nichts stößt mich so ab wie der methodische Zweifel. Natürlich will ich zweifeln – aber nur, wenn ich mag." Oder Ciorans Thema Nr. 1: „Seit jeher stirbt man, aber noch immer hat der Tod seine Frische nicht verloren. Hier ruht das Geheimnis der Geheimnisse."

Nicht immer ist Cioran so hart, so zugespitzt. Zwischendurch gibt es ihn gelassener, mit einer fast therapeutischen Zuwendung zum Leser: „Von der Verachtung zur Loslösung zu gelangen scheint leicht zu sein. In Wirklichkeit ist das jedoch mehr als ein Übergang – es ist eine Leistung, eine Erfüllung. Die Verachtung ist der erste Sieg über die Welt; die Loslösung ist der letzte und höchste. Der Abstand, der sie voneinander trennt, ist nichts anderes als der Weg von der Freiheit zur Befreiung."

Cioran ist durch den Zusammenstoß mit der deutschen Philosophie zum Denker geworden. Aber es finden sich in seinem Werk kaum Aussagen über Deutschland. Hier eine Ausnahme: „Nach Louis de Broglie gibt es einen Zusammenhang zwischen Geistreichsein und wissenschaftlichen Entdeckungen – wobei unter 'geistreich' die Fähigkeit 'zu plötzlichem Herstellen unvermuteter Zusammenhänge' verstanden wird. Würde das stimmen, so wären die Deutschen vollkommen unfähig zu wissenschaftlichen Neuerungen. Schon Swift wunderte sich, daß diesem eher schwerfälligen Volk eine so große Zahl von Erfindungen gelungen ist. Aber die Erfindung setzt nicht so sehr Beweglichkeit voraus als Hartnäckigkeit, die Fähigkeit zum Bohren, Graben, Sich-Durchsetzen." (Dies ins Notizbuch von Herrn Riesenhuber.)

ANTON MADLER

„Des Lebens dunkle Seite künstlerisch bewältigen" – Max Klinger im Hildesheimer Pelizaeus-Museum

Die Frau als Verführerin und Opfer

Im Zuge einer Neubewertung des Symbolismus und Jugendstils gewann auch das Schaffen von Max Klinger (1857–1920), das zu seiner Zeit als ein Kulturdenkmal galt, aber nach seinem Tode unterschätzt wurde und in Vergessenheit geriet, wieder an Interesse. Die Virtuosität und Phantasiefülle seines graphischen Werkes blieben stets unbestritten. Auch sein Einfluß auf den Surrealismus und die pittura metafisica, die sicher nicht den eigenen Absichten und Bildgedanken des Künstlers entsprach, wurde seit Giorgio de Chiricos grundlegendem Aufsatz von 1920, in dem er den schon damals verkannten Klinger in seinem tiefgründigen und hellen Geist als den „modernen Künstler schlechthin" feierte, immer wieder betont und in verschiedenen Ausstellungen überzeugend dokumentiert. Was bisher fehlte, war eine vorurteilslose Würdigung des Gesamtwerks von Max Klinger, das heißt ein Überblick über seine Skulptur, Malerei, Zeichnung und Druckgraphik, die als eine Ganzheit konzipiert waren und polyphon zusammenklingen.

Mit Hilfe des Museums der bildenden Künste in Leipzig, das wesentliche Teile des Klingerschen Werkes besitzt, war das 1978 in Rotterdam und 1982 in Wien versucht worden. Diese beiden Ausstellungen werden nun von der Übersicht „Max Klinger – Wege zum Gesamtkunstwerk" im Pelizaeus-Museum in Hildesheim qualitativ und quantitativ übertroffen. Mit 354 Werken – dreizehn Skulpturen, 21 Gemälden, 43 Zeichnungen und 277 Radierungen – ist sie die umfangreichste Klinger-Retrospektive, die jemals stattfand. Ihre einzigartige Bedeutung gewinnt sie durch eine Reihe von Hauptwerken aus Leipzig, zu denen die polychromen Skulpturen „Salomé" und „Kassandra" sowie die berühmten Gemälde „Kreuzigung" und „Die blaue Stunde" gehören, sowie durch wichtige Leihgaben aus deutschen, dänischen, österreichischen und italienischen Museen, nicht zuletzt aus Privatsammlungen, die noch niemals öffentlich zu sehen waren.

Was veranlaßt ausgerechnet das Hildesheimer Pelizaeus-Museum, das durch seine bedeutende Jahresausstellung alter Kunstwerke aus Ägypten, Peru, Nigeria und anderen fernen Kulturbereichen weltweite Anerkennung fand, zu einer Klinger-Hommage? Zwei Ursachen kamen zusammen: Einmal die Vorliebe des Museumsdirektors, des Ägyptologen und Kunsthistorikers Arne Eggebrecht, für Klingers vielfältiges Schaffen. Zum anderen die Tatsache, daß der in Hildesheim geborene, heute als Professor an der Universität Mainz lehrende Maler und Grafiker Eberhard



Bedrängt von surrealen Visionen: „Die erste Zukunft", das zweite Blatt aus der Radierfolge „Eva und die Zukunft" von Max Klinger (1880)
FOTO: KATALOG

Schlotter im eigenen Schaffen als Radierer wesentliche Anregungen durch Klinger erhielt und selbst ein Sammler von Klinger-Graphik ist. Schlotter gab mehrere der vollständigen Graphikzyklen in die Ausstellung und wurde so neben der Bremer Kunsthalle zum wichtigsten Leihgeber für die Radierungen.

Die Ausstellung führt nicht nur Klingers vielschichtige Wege zum Gesamtkunstwerk vor Augen, sie wurde von den Veranstaltern selbst als ein Gesamtkunstwerk inszeniert. Die Idee einer die einzelnen bildnerischen Medien überspannenden Synthese der Künste, die Klinger leitete, wird so auf suggestive Weise sichtbar und durch musikalische Untermalung stellenweise auch hörbar gemacht. Wo in wenigen Fällen die Originale fehlen, weil sie aus technischen oder konservatorischen Gründen nicht transportabel waren, werden sie in maßstäblichen Großfotos in die entsprechenden Werkgruppen einbezogen. Das gilt vor allem für das Leipziger Beethoven-Denkmal, das jetzt im neuen Gewandhaus seinen Platz fand, das Brahms-Denkmal der Hamburger Musikhalle und die beiden Riesengemälde „Das Urteil des Paris" aus Wien und „Christus im Olymp" aus Leipzig. Besonders fesselnd ist eine erste Rekonstruktion des Vestibüls der Villa Albers in Berlin-Steglitz (1883/1885), in der die später verstreuten Bildtafeln und noch vorhandenen Teile der Türfüllungen nach den erhaltenen Fotodokumenten nun ein Jahrhundert später wieder zu einer räumlichen Einheit zusammengefügt wurden.

Bereits in einer seiner frühesten Schöpfungen, den 1887 entstandenen Vorzeichnungen zum späteren Radierzyklus „Ein Handschuh", kommen charakteristische Wesens- und Stilelemente der Klingerschen Kunst zum Ausdruck: die Faszination der Frau, die Vorliebe für poetisch anspielungsreiche Geschichten, die Verschmelzung von Realität und Traum. Die Spannweite reicht dabei von traditionellen Gestaltungsmitteln bis zu surrealen Visionen, deren Alpträume an Goya erinnern und zugleich auf Max Ernst vorausweisen.

Auch in der letzten seiner vierzehn Bildgeschichten, der „Zelt" benannten Folge von 46 Radierungen, die 1915 als Opus XIV erschien, spielt das Leitmotiv der Frau als Verführerin und sexuellem Opfer eine dominierende Rolle – nunmehr in eine phantastische Geschichte wechselvoller Erlebnisse eingebettet, die durch Richard Dehmels „Ballade von der wilden Welt" angeregt wurde. Auch hier eine erstaunliche Vielfalt der graphischen Ausdrucksmöglichkeiten zwischen wohlklingender Jugendstilidylle und einer an Munch gemahnenden abgründigen Expressivität. „Die dunkle Seite des Lebens künstlerisch zu bewältigen" zählte zu Klingers Zielen.

Was seinen Frauentypus betrifft, der sich zwischen Nymphe und Femme fatale entfaltet, so klingt in Gemälden wie „Sirene" oder „Meeresfries" noch ein anfänglicher Böcklin-Einfluß nach. Mit seinen polychromen Marmorfiguren aber schuf der „sächsische Michelangelo", wie er zu Lebzeiten genannt wurde, eine ganz eigene Ausdrucksform im Spannungsfeld zwischen Naturalismus und Idealisierung.

Die herbe Schönheit seiner Salomé, der „Neuen Salomé", wie ihr Titel lautete, läßt an das florentinische Quattrocento denken, und die beiden ihr zugeordneten Männerköpfe veranschaulichen das Thema einer Zeitenwende zwischen Antike und Christentum, deren gegensätzliche Komponenten Klinger in einer Reihe seiner Hauptwerke als Synthese zu vereinen suchte.

Zur Ausstellung erschien ein handbuchartiger Katalog, in dem neben Beiträgen verschiedener Autoren eine umfassende Klinger-Dokumentation mit heute kaum noch zugänglichen Schriften, in denen sich das widersprüchliche Urteil über sein Schaffen spiegelt, enthalten ist. Außerdem haben Arne Eggebrecht und Manfred Goetzkes eine Multivisions-Schau erarbeitet, die eine werkgerechte vorurteilsfreie Einführung in Klingers Kunst- und Gedankenwelt vermittelt. (Bis 4. Nov.; Katalog, v. Zabern-Verlag, Mainz, 29 Mark.)

HANNS THEODOR FLEMMING

Am 27. Juli erschien in der WELT ein Interview mit Peter Handke, das Lothar Schmidt-Mühlisch geführt hatte. Jetzt schrieb der Interviewte dem Interviewer einen Brief, der die Redaktion erstaunte. Hier Peter Handkes Brief und Lothar Schmidt-Mühlischs Antwort.

Rolle rückwärts aus einer hellen, heiteren, scharfen Unterhaltung

Peter Handke
FOTO: DPA

Lieber Herr Schmidt-Mühlisch,

vor kurzem erst kam mir in der WELT Ihre schriftliche Version des Gespräches vor Augen, das wir beide Mitte Juni 1984 in Den Haag miteinander geführt hatten.

Ich bin nun in einer ähnlichen Lage wie vor etwa einem Jahr: Damals erschien in der römischen Tageszeitung „Il Messaggero" ein vollkommen verdrehtes Interview mit mir. Es handelte von einem von Antwort zu Antwort sich wiederholenden Alkoholiker, welcher angeblich ich sein sollte. Diese Fälschung wurde dann prompt durch die Illustrierte „Stern" in der Bundesrepublik weiterverbreitet. Damals beschloß ich, nicht zu reagieren, einerseits, weil ich natürlich geschmeichelt war, endlich einmal eine Rolle zugeteilt zu bekommen (die des Alkoholikers, die ja dem Schriftsteller gebührt), andererseits, weil ich die Erfindung des italienischen Journalisten für so hirnverbrannt hielt, daß ich meinte, jedermann werde sie durchschauen...

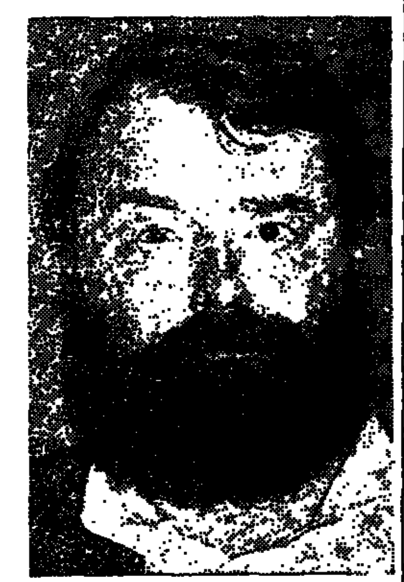
Mit Ihrer Wiedergabe unseres Gesprächs verhält es sich nun anders. Ich nehme diese nicht stillschweigend hin, zumal, wie ich vom Hörensagen weiß, die Münchener „Abendzeitung" damit ein Umfragespiel veranstaltet und sich so zum Unsinn-Verstärker gemacht hat.

Folgendes: In Ihrer Version unserer Unterhaltung finde ich zwar viele von mir ausgesprochene Wörter wieder, jedoch keinen einzigen von mir so gesagten Satz. Und eine Anstrengung meiner schriftstellerischen Arbeit – das gilt auch für ein Gespräch – ist es eben, aus dem Anschein nach falsch gewordenen Wörtern wieder richtige, den Tatsachen entsprechende Sätze zu formen. Es geht mir hier nicht um eine der üblichen, pompösen Richtigstellungen. Ich werde nur ein besonders erschlagendes Beispiel für die Entstellung geben: Ich erzählte Ihnen im Verlauf des Gesprächs, ein Leitsatz für meine schriftstellerische Existenz sei jener Spruch des Meister Eckhart geworden: „Vollende deine Weise". Bei Ihnen steht statt dessen: „Tu deine Weisung."

Sie und ich, wir wissen, wie das Gespräch zustandekam. Aus technischen Gründen wurde es nicht auf Band aufgenommen, sondern mitgeschrieben, und nicht von Ihnen persönlich. Ihr Angebot, ich könnte die Reinschrift vor dem Druck überprüfen, lehnte ich ab, im Vertrauen zu Ihnen, der Sie meine Arbeiten in den letzten fünfzehn Jahren so sorgsam und gerecht kommentiert hatten. Nun ist es das Gegenteil einer Reinschrift geworden. Besonders getroffen hat mich die gänzlich erfundene Schmährede auf F. X. Kroetz, welchen ich achte und für einen kleinen Meister halte. Und besonders bedauere ich, daß Sie unsere helle, heitere, scharfe Unterhaltung zu einer kulturpolitisierenden Schurkerei in Ihrer Zeitung verhunzt haben. Ich kann nicht glauben, daß Sie dafür verantwortlich sind.

Trotzdem grüße ich Sie und wünsche Ihnen alles Gute, als Ihr

Peter Handke



Lothar Schmidt-Mühlisch
FOTO: HÖFT

Lieber Herr Handke,

als ich heute Ihren Brief in die Hand bekam, verwandelte sich meine anfängliche Freude, von Ihnen zu hören, in wenigen Augenblicken über das Gefühl tiefer Ungläubigkeit in schmerzhafteste Enttäuschung. Meine Wertschätzung für Ihr literarisches Werk ist seit unserem ersten Gespräch vor vielen Jahren immer verbunden gewesen mit einer herzlichen Zuneigung zu Ihnen als Mensch, dessen Mut und Klarsicht, dessen Courage und – vor allem – dessen dezidierter Wille, sich nicht in den geistigen Klischees der Zeit zu etablieren, mich auch selbst stets mit Freude und Hoffnung erfüllten.

Gerade jenes Gespräch in Den Haag, dessen schriftliche Fixierung Sie jetzt so heftig dementieren, schien mir das zu bestätigen. In diesem Gespräch sagten Sie ja prinzipiell gar nichts anderes als das, was Sie an anderer Stelle auch geäußert haben. Darf ich Sie an Ihre Rede anläßlich der Verleihung des Petrarca-Preises erinnern? Dort – die „Zeit" (!) hat das am 29. Juni 1984 veröffentlicht – steht fast wörtlich das gleiche, was Sie mir in Den Haag gesagt haben. Wollen Sie sich jetzt plötzlich selbst dementieren? Oder: 1976 gab es im Fernsehen ein Streitgespräch zwischen Ihnen und Kroetz. Können oder wollen Sie sich nicht mehr daran erinnern, daß Sie Ihrem Kollegen damals vorwarfen, er reproduziere wie Programm-Musik die Melodie des Mitleids? Nun, plötzlich sagen Sie, wir hätten über Kroetz gar nicht gesprochen. Ich gebe zu: Wir haben nicht nur über Kroetz gesprochen. Sie brachten noch andere Beispiele für Ihre These einer heruntergekommenen Aufklärung. Ich habe einige Beispiele weglassen müssen. Das Interview wäre in vollem Umfang zwei Zeitungsseiten lang gewesen. Und ich habe in Ihrem eigenen Interesse von der Veröffentlichung einiger Passagen Abstand genommen. Sie hätten sonst einen Beleidigungsprozeß zu erwarten gehabt. Haben Sie vergessen, wie oft Sie das etwas unliterarische Wort „Arschloch" verwendet haben? Ich fand das erfrischend. Aber ich versuchte, sorgsam mit Ihren Sätzen umzugehen.

Und nun sprechen Sie von „kulturpolitisierender Schurkerei". Ich habe noch immer Ihre vehementen Aufforderungen im Ohr: „Schreiben Sie das, Sie werden das von mir nie wieder hören!" Unter Zeugen! Habe ich Ihnen nicht angeboten, das Gespräch mit einem Tonbandgerät in Salzburg aufzuzeichnen? Sie bestätigen, daß ich Ihnen die Reinschrift zur Korrektur vorlegen wollte. Mir ist bewußt, daß eine Mitschrift Abweichungen in begrenztem Maße nicht ausschließt. Ihr Eckhart-Zitat machten Sie im Gespräch nicht als solches kenntlich, weswegen ich keinen Grund hatte, an der Mitschrift zu zweifeln. Und das noch zum Schluß: Die WELT-Redaktion hat am Text kein einziges Wort geändert. Ich hätte das nie geduldet.

Ihr Dementi stimmt mich traurig. Was ist mit Ihnen geschehen? Indem ich versuche, das nachzuvollziehen, grüße ich Sie herzlich wie immer

Ihr

Lothar Schmidt-Mühlisch

JOURNAL

Kulturdialog zwischen Bayreuth und Dresden

dpa, Bayreuth

Zu einem viertägigen Kulturdialog ist der Dresdener Oberbürgermeister Gerhard Schill in Bayreuth eingetroffen. Schill will zusammen mit seinem Bayreuther Amtskollegen Hans Walter Wild (SPD) und mit Festspielleiter Wolfgang Wagner über eine Wiederaufnahme des 1966 abgebrochenen Künstleraustausches zwischen den Dresdener Staatstheatern und den Richard-Wagner-Festspielen reden. Damals waren jährlich bis zu 70 Sänger und Musiker aus Dresden und Ost-Berlin bei den Festspielen. Bei den Gesprächen geht es auch um eine Gastregie Wolfgang Wagners zur Wiedereröffnung der Semper-Oper in Dresden im nächsten Jahr.

Goethe-Institut organisiert „Berlin – Brüssel"

DW. Brüssel

Von Ende September bis zum Dezember findet in Brüssel die veranstaltungsreihe „Berlin – Brüssel" statt. Sie wird vom Goethe-Institut organisiert. Mit einer Reihe von Ausstellungen, z. B. über den Expressionismus in Berlin oder den Fotografen Erich Salomon, mit Theater- und Operngastspielen, Filmwochen, Vorträgen und Diskussionsveranstaltungen soll in der belgischen Hauptstadt ein Bild des gegenwärtigen Berlin und seiner Vergangenheit vermittelt werden.

Graham Greene kritisiert Filmregisseure

dpa, London

Der englische Schriftsteller Graham Greene hat sich von mehreren Verfilmungen seiner Romane distanziert. Bei einer öffentlichen Veranstaltung in London sagte Greene, Filmregisseure wie John Ford, Fritz Lang und Joseph Mankiewicz hätten „die schlimmsten Filmversionen" seiner literarischen Vorlagen produziert. Demgegenüber sei Carol Reed der einzige Filmemacher gewesen, mit dem die „Zusammenarbeit Spaß gemacht" habe. So seien etwa die Dreharbeiten zu dem Film „Der dritte Mann" von „intensiven Diskussionen über die bestmögliche Umsetzung der literarischen Vorlage" begleitet gewesen.

Neuer Literaturpreis zu Ehren der Kaschnitz

dpa, Tutzing

Einen mit 10 000 Mark dotierten „Marie-Luise-Kaschnitz-Preis" verleiht die Evangelische Akademie Tutzing erstmals in diesem Jahr. Damit sollen geeignete deutschsprachige Autoren für ihr erzählerisches, lyrisches oder essayistisches Werk ausgezeichnet werden. Im Oktober wird anläßlich des 10. Todestages der Dichterin die erste Preisverleihung in Frankfurt stattfinden.

Kinostart von Herzogs „Grünen Ameisen"

DW. München

Werner Herzogs auf dem Festival von Cannes uraufgeführter Film „Wo die grünen Ameisen träumen" (vgl. WELT v. 16. 5.) ist jetzt in unseren Kinos angelaufen. Der Film entstand in Australien und engagiert sich für die dortigen „Aborigines". Er konnte in Cannes einen Achtungserfolg verbuchen, allein schon wegen der Ernsthaftigkeit seines Anliegens. Gleichzeitig mit dem Kinostart ist Herzogs Filmerzählung auch als Buch erschienen (Hanser Verlag, München. 106 S., 22 Mark).

Düsseldorfer Kunst im Wiener Künstlerhaus

DW. Wien

Einen Überblick über die Düsseldorfer Malerschule des 19. Jahrhunderts gibt die Ausstellung „Schätze aus dem Kunstmuseum Düsseldorf" im Künstlerhaus Wien. Gezeigt werden 115 Gemälde von Cornelius bis Corinth, die wegen des Umbaus des Düsseldorfer Museums magaziniert werden mußten. Die Ausstellung ist bis zum 30. September zu sehen. Der Katalog kostet 75 öS.

Dezsö Keresztury 80

Der Dichter, Literaturhistoriker und Kulturpolitiker Dezsö Keresztury wurde vor 80 Jahren in der westungarischen Kleinstadt Zalaegerszeg geboren. An der Budapester Universität erwarb er 1927 das Lehrerdiplom für Deutsch und Ungarisch. 1928 promovierte er und ging anschließend an die Berliner Universität. In dieser Zeit fing seine ausgedehnte zweisprachige, literarische und publizistische Vermittlertätigkeit an; unter anderem war er von 1937 bis 1944 Feuilleton-Redakteur der deutschsprachigen Budapester Tageszeitung „Pester Lloyd". Nach dem Krieg war er Politiker bei der Nationalen Bauernpartei, von 1945 bis 1947 Kultusminister. In den Jahren des Stalinismus zog er sich aus der Politik notgedrungen zurück. Für seine kulturvermittlerischen Verdienste zeichnete ihn die Hamburger F. V. S.-Stiftung 1976 mit dem Herder-Preis aus.

Gy. H.

Bus-Unglück von Lemgo gibt Rätsel auf

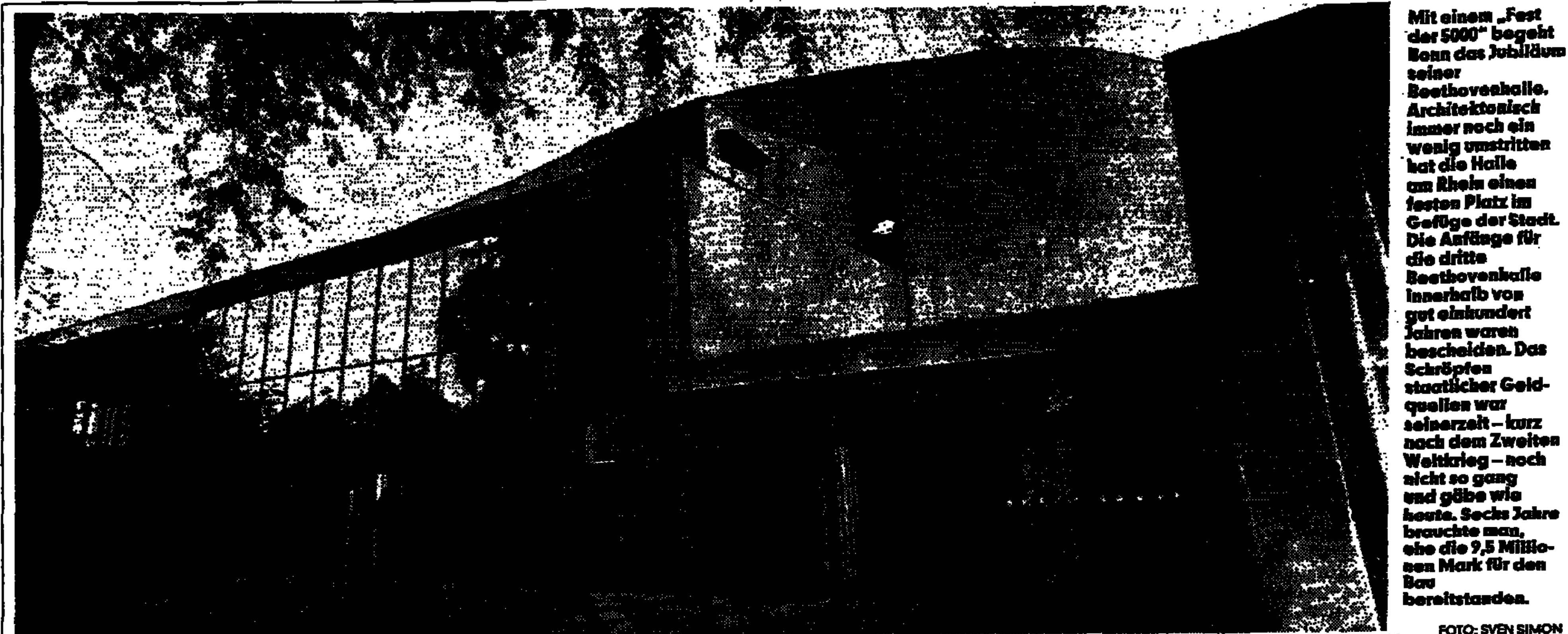
dpa, Lemgo

„Die Strecke ist für ihre Unfallträchtigkeit berüchtigt, doch so etwas ist noch nie passiert." So kommentierten Anwohner und Polizeibeamte gestern das Unglück, bei dem am Vortag auf der bergigen, engen und kurvenreichen Bundesstraße 238 zwischen Lemgo (Kreis Lippe) und Rinteln (Niedersachsen) acht von 34 Insassen eines doppelstöckigen Reisebusses aus West-Berlin den Tod gefunden hatten. Wie es zu der Katastrophe kommen konnte, war für die Sachverständigen auch gestern noch ein Rätsel.

Der von einem 43jährigen Berliner gesteuerte hochmoderne Reisebus hatte zwar zuvor einen entgegenkommenden Kies-Lastzug aus Detmold gestreift, allerdings nur ganz leicht, wie Experten ermittelten. Danach muß sich das tonnenschwere Gefährt jedoch überschlagen haben und auf der Beifahrerseite in einem Graben gelandet sein. Sieben der Opfer stammten aus Berlin. Das achte war eine 64jährige Frau aus Horn-Bad Meinberg (Kreis Lippe). Dort hatte der Bus auf der Rückreise nach Berlin die letzten Kurgäste aufgenommen, die in den Heilbädern Lippspringe, Driburg und Meinberg Erholung gesucht hatten.

Da die 20 Verletzten fast alle betagte Menschen sind, rechnet die Polizei damit, daß möglicherweise auch noch andere Insassen des Busses die Folgen des Unfalls nicht überstehen werden. In den Krankenhäusern von Lemgo und Umgebung, in die die Verletzten mit Hubschraubern transportiert worden waren, gab es allerdings bis gestern keine neuen Hiobsbotschaften.

Der inzwischen abgeschleppte Bus ist beschlagnahmt worden. Anhand der Auswertung des Fahrtenschreibers hoffen Experten auf die Klärung der Schuldfrage. Der Busfahrer, der verletzt wurde, hat ebensowenig eine Erklärung dafür wie der unverletzt gebliebene 37 Jahre alte Lastzugfahrer. Möglicherweise haben böige Winde und leichter Nieselregen eine Rolle gespielt.



Mit einem „Fest der 5000" begeht Bonn das Jubiläum seiner Beethovenhalle. Architektonisch immer noch ein wenig umstritten hat die Halle am Rhein einen festen Platz im Gefüge der Stadt. Die Anfänge für die dritte Beethovenhalle innerhalb von gut einhundert Jahren waren bescheiden. Das Schröpfen staatlicher Geldquellen war seinerzeit – kurz nach dem Zweiten Weltkrieg – noch nicht so gang und gäbe wie heute. Sechs Jahre brauchte man, ehe die 9,5 Millionen Mark für den Bau bereitstanden. FOTO: SVEN SIMON

Als man in Sachen Beethovenhalle noch auf taube Ohren stieß

Von EBERHARD NITSCHKE

Mit einem „Super-Geburtstagsfest" feiert Bonn das 25jährige Jubiläum der Beethovenhalle - die dritte nach einem schnell verklungenen Provisorium von 1845 und einer wegen ihrer Akustik weltberühmten, aber wegen ihrer Architektur als „Scheune" abgetanen Halle von 1870, die 1944 im Bombenhagel versank.

Daß man bei öffentlichen Bauvorhaben Bund und Land kräftig schöpfen müsse, hatte sich noch nicht herumgesprochen, als man in Bonn im Frühjahr 1950 erste Schritte in Richtung auf einen dritten Neubau tat. Entsprechend kümmerlich waren die Mittel, die zunächst bei der Wohltätigkeits-Festaufführung des Films „Eroica" im größten Kino der Stadt zugunsten des Baus zusammenflossen.

Daß man nun gerade in Sachen Beethoven bei den Regierenden auf taube Ohren stieß, verärgerte und änderte sich erst, als der erste Bundespräsident für die Idee der neuen Halle gewonnen werden konnte. Unter seinem Vorsitz und dem des damaligen Bonner Oberbürgermeisters Peter Maria Busen trat eine Vereinigung zusammen, die schon durch ihren Namen die kommenden Schwierigkeiten zu symbolisieren schien.

Das „Kuratorium zur Förderung und Pflege des künstlerischen und geistigen Erbes Ludwig van Beethovens" legte am 10. März 1956, nach sechsjährigem Trommeln für die gute Sache, mit Heuss als Hammerschwinger, den Grundstein am Bonner Rheinufer. Die „Brückenstraße" als Standort der alten Halle gab es gar nicht mehr.

Neu, ja sogar sensationell war nun, daß nach den auch eingehaltenen Kostenrechnungen das Gebäude 9,5 Millionen Mark kosten sollte, wovon Bund und Land je eine Million Mark übernahmen. Es war das erste Mal, daß der 1949 in Bonn etablierte Regierungsapparat sich an einem städtischen Bau beteiligte. Eine Million Mark kam durch Spenden zusammen, den großen Rest mußte die Stadt übernehmen.

Die Höhe dieser Kosten wird dadurch anschaulich, daß die berühmte Beethoven-Interpretin der Klavierwerke von Bonns größtem Sohn, Elly Ney, in zwei Monaten in 30 Konzerten 8000 Mark zugunsten der neuen Halle erspielte. Sie trat dabei überall auf - nur nicht in der Stadt des großen Meisters selber, in der sie wegen ihrer Propaganda-Konzerte während der NS-Zeit noch jahrelang Auftrittsverbot hatte.

Genau in dem Augenblick nun, wo nach dem Ausschachten der Plan des damals 28jährigen Architekten Siegfried Wolske verwirklicht werden sollte, traten neue Hindernisse auf. Politiker stoppten die angebliche „Bauwut" von Bonn, sprachen plötzlich von einer Verlegung der Ministerien nach Berlin. Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Strauß stoppte den 55-Millionen-Bau des „Pentabonn" auf der Hardthöhe, und so wurde der Bundeszuschuß für die neue Halle blockiert.

Die Hänge-Partie fand erst ihr Ende, als der Baustop der Aufsichtsbehörde durch das Land Nordrhein-Westfalen unter der Voraussetzung aufgehoben wurde, daß nur abschnittsweise und nach völliger finanzieller Abdeckung des jeweiligen Sektors wirklich weitergemauert werden dürfe.

„Das Obdach endlich steht der Kunst gegründet", hatte der Dichter und Bonner Universitätsprofessor für Germanistik, Karl Simrock, anläßlich der unter dem Druck des deutsch-französischen Krieges stehenden Einweihung der alten Halle 1870 gereimt. Am 8. September 1959, nach zweieinhalbjähriger Bauzeit, fand die festliche Einweihung der neuen Halle ohne Dichter, aber praktisch mit zwei Bundespräsidenten statt. Heuss ging - es war sein letzter öffentlicher Auftritt im Amt – und Heinrich Lübke kam. Nur Regierungschef Konrad Adenauer war im Urlaub und schickte einen Brief, in dem Beethoven elegant auch für die Politik vereinnahmt wurde: „Mit Hilfe der edlen Kunst Beethovens, dieses wahren Götterfunkens, sollen auch die völkerverbindenden Kräfte angefacht werden."

Zum großen Fest nun, zu dem Oberbürgermeister Hans Daniels 5000 Bonner Bürger neben der Prominenz für heute in die Halle geladen hat, sagten sich auch Bundespräsident a.D. Karl Carstens, Bundestagspräsident Rainer Barzel, Bundes- und Landesminister sowie 70 Botschafter an.

Im Jubelchor dürfte nicht vorkommen, daß die Nebenräume der neuen Halle sich dem Urteil der Musiker nach nicht bewährten, daß es bei den oberen. Streichern mit der Akustik auch im großen Saal hapert. Und schon fast vergessen ist auch, daß die Halle des „wahren Götterfunkens" 1983 von einem Brandstifter angesteckt wurde und verkohlte.

„Discovery": Problemloser Jungfernflug

AFP, Edwards

Die wiederverwendbare US-Raumfähre „Discovery" ist gestern um 15.37 Uhr MESZ nach ihrem sechstägigen Jungfernflug problemlos in Kalifornien gelandet. Der insgesamt zwölfte Flug einer US-Raumfähre, der nach drei mißglückten Startversuchen mit über zwei Monaten Verspätung stattfand, war nach Angaben der Nasa ein 100prozentiger Erfolg. Eine Vereisung des Wasserabflusses der Toilette, die eine termingerechte Rückkehr verhindert hätte, konnte rechtzeitig beseitigt werden. Auch ein in letzter Minute auftretendes Leck an einem Sauerstoffbehälter erwies sich als bedeutungslos, da es die Rückkehr der Fähre nicht behinderte. Vizepräsident George Bush beglückwünschte die Besatzung bereits vor der Landung vom Kontrollzentrum in Houston (US-Bundesstaat Texas) aus zu ihrem „großartigen Erfolg".

Spendenrekord

dpa, Bonn

Mit rund 30,4 Millionen Mark erzielte die Deutsche Krebshilfe im zurückliegenden Geschäftsjahr ein Rekordergebnis an Spenden für die Krebsbekämpfung und Krebserforschung. Dies teilte die Stiftung gestern in Bonn mit. In den zehn Jahren ihres Bestehens nahm die Krebshilfe damit 213,5 Millionen Mark ein, wovon knapp 37 Millionen Mark der Verbesserung der Krebsforschung zugute kamen.

Erfolglose Bergung

AFP, Brüssel

Vor der belgischen Küste sind gestern zwei leere Container des französischen Frachters „Mont Louis" geborgen worden, der mit einer Ladung des giftigen Urangases Hexafluorid vor Ostende gesunken ist. Von den 30 gefüllten Containern fehlt noch jede Spur.

Schach hinter Gittern

der. Wolfenbüttel

In der Justizvollzugsanstalt Wolfenbüttel findet Sonntag von 9 bis 17 Uhr das originellste Schachturnier in der Bundesrepublik Deutschland statt: Der Häftlings-Schachverein (etwa 30 Mitglieder) hat bereits zum fünften Mal zum Vierermannschafts-Pokalturnier mit verkürzter Bedenkzeit geladen. Im vergangenen Jahr ließen sich 168 Schachspieler aus 28 Vereinen der nahen und weiteren Umgebung für ein paar Stunden freiwillig einschließen.

Teure Unachtsamkeit

AP, Hamm

Laufende Wasch- und Spülmaschinen müssen von ihren Besitzern ständig im Auge behalten werden. Das Oberlandesgericht Hamm verurteilte jetzt eine Hausfrau zur Zahlung von 12 000 Mark Schadenersatz. Die Mieterin hatte nicht bemerkt, daß ihre Maschine ein Leck hatte und den Fußboden unter Wasser setzte (AZ.: OLG Hamm 27 U 433/83).

In Gletscherspalte verkeilt

dpa, Garmisch-Partenkirchen

Ein amerikanischer Offizier ist nach mehreren Stunden verletzt aus einer Gletscherspalte gerettet worden. Er war beim Abstieg von der Zugspitze auf dem Höllentalferner ausgerutscht und hatte sich in fünf Meter Tiefe verkeilt. Ein anderer Amerikaner, der das Unglück beobachtet hatte, alarmierte die Bergwacht.

Mammutprozeß begonnen

dpa, Bonn

Vor der 20. Großen Strafkammer des Bonner Landgerichts begann gestern der „Mammutprozeß" gegen den 51jährigen „Ex-Baulöwen" Claus Winter aus Köln. Mitangeklagt wegen Betruges, Untreue, betrügerischen Bankrotts, falscher Buchführung, falscher Bilanzen und Steuerhinterziehung sind seine 56jährige Ehefrau und zwei ehemalige Mitarbeiterinnen. Die Staatsanwaltschaft bezifferte den Schaden auf 15 Millionen Mark (s. WELT v. 30. August).

Killerhunde

dpa, Straubing

Der Tod eines 79jährigen Rentners im Pillinger Forst (Landkreis Straubing-Bogen), der am Wochenende beim Pilzesuchen von zwei streunenden Schäferhunden zu Tode gebissen wurde, hat zu Vorwürfen gegen die Polizei geführt. Sie soll Anzeigen gegen den Halter der Zwingerhunde, einen Fabrikbesitzer aus der niederbayerischen Gemeinde Rain, nicht verfolgt haben. Schon 1981 und in diesem Frühjahr waren Spaziergänger von den Hunden angefallen worden. Den Männern war es damals gelungen, die Tiere mit Regenschirmen zu vertreiben.

ZU GUTER LETZT

„Der ist noch ein größeres Schlitzohr als ich. Wenn man dem gesagt hat, man braucht die Uniform des russischen Zaren, dann hatte man sie zwei Tage später. Seine Frau kann nämlich unheimlich gut nähen." Der Angeklagte Kujau dazu, wie es in den Militaria-Sammlerkreisen zuging.

Heraklia entdeckt

„Mutterstadt von Venedig" viel größer als angenommen

Von KLAUS RÜHLE, Rom

Eine archäologische Sensation läßt die Kunstfreunde in aller Welt aufhorchen. Die „Mutterstadt von Venedig", Heraklia, die lange Zeit verschollen war, will man jetzt gefunden haben. Der geheimnisvolle Ort liegt zwischen der Lagune und dem Piave in dem Dreieck, das von den Ortschaften S. Dona del Piave, Eracleo und Jesolo gebildet wird.

Entdecker von Heraklia ist Prof. Pierluigi Tozzi, Dozent für Geschichte des Altertums an der Universität von Pavia. Mit Hilfe von Infrarotaufnahmen konnte er die verschwundene Stadt, die zum großen Teil unter dem Wasserspiegel liegt, in ihren Umrissen und ihrer Struktur erkennen und rekonstruieren. Andere Teile Heraklias sind heute von Erdschichten des Festlands überdeckt. Auch hier sprechen Fundstücke eine beredte Sprache. Dies gilt etwa für die Überreste, die in der Nähe einer urchristlichen Basilika bei Jesolo ans Tageslicht kamen.

Die jetzt von Erfolg gekrönten Studien Prof. Tozzis beweisen, daß es sich tatsächlich um Heraklia – die mittelalterliche Stadt, die Venedig als Vorbild diente – handelt. Das Weichbild hat denn auch große Ähnlichkeit mit der heutigen Lagunenstadt. Hier wie dort zweigen Nebenkanäle von einem Hauptkanal ab. Der damalige Canal Grande war cirka 50 Meter breit.

Heraklia liegt in nächster Nähe der antiken Via Annia und des Brian-Kanals. Die Häuser wurden vielfach aus Stein und Marmorresten altrömischer Herkunft gebaut. Was die Fachwelt, die seit langem auf die Wiederentdeckung Heraklias hoffte, überrascht hat, ist die Größe der einstigen Lagunenstadt. Ihre flächenmäßige Ausdehnung hat ganz andere Ausmaße als angenommen. Danach war Heraklia mindestens 1,2 Kilometer lang und 600 Meter breit.

Heraklia entstand nach der Zerstörung von Oderzo bei Treviso durch die Langobarden im Jahre 640. Hundert Jahre später – 742 – beschloß der vierte Doge Teodoro die Übersiedlung nach der Lido-Insel und dem sogenannten Rivo Alto (heute Rialto), wo die ersten Bauten der Lagunenstadt entstanden.

Nach und nach folgten dem Dogen die anderen Patrizierfamilien und Kaufleute. Heraklia verödete, während Venedig immer mehr zum überragenden Handels- und Kulturzentrum des Mittelmeers wurde.

Für die archäologische Erschließung der einstigen Lagunenstadt ist ein Komitee gebildet worden, in dem außer den staatlichen Organen auch alle Gemeindeverwaltungen der betreffenden Zone vertreten sind. Die Landesregierung des Veneto hat eine erste Rate in Höhe von rund 1,7 Mill. Mark für die Finanzierung der Operation zur Verfügung gestellt. Die ersten Probeausgrabungen haben begonnen. Im Museum von San Dona del Piave werden die bisherigen Funde aufbewahrt. Die gesamte archäologische Zone ist unter Denkmalschutz gestellt worden, um Bauspekulationen zuvorzukommen.

WETTER: Kalt

Wetterlage: Die nach Deutschland eingeflossene Kaltluft gerät im Norden und Westen unter den Einfluß eines sich ostwärts ausdehnenden Hochkeils.

5. September 1984, nachm. Deutscher Wetterdienst

Vorhersage für Donnerstag:
Südlich der Donau bedeckt und weitere Regenfälle, sonst teils heiter teils stärker bewölkt mit einzelnen Schauern. Höchsttemperaturen 14 bis 18 Grad. Tiefstwerte in der Nacht 10 bis 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus nördlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:
Im Norden heiter bis wolkig und trokken, im Süden leicht unbeständig und etwas wärmer.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	Temp.	Ort	Temp.
Berlin	14°	Kairo	27°
Bonn	14°	Kopenh.	9°
Dresden	13°	Las Palmas	25°
Essen	14°	London	14°
Frankfurt	13°	Madrid	22°
Hamburg	14°	Mailand	20°
List/Sylt	14°	Mallorca	25°
München	14°	Moskau	23°
Stuttgart	10°	Nizza	31°
Algier	28°	Oslo	13°
Amsterdam	14°	Paris	14°
Athen	28°	Prag	16°
Barcelona	21°	Rom	25°
Brüssel	14°	Stockholm	10°
Budapest	28°	Tel Aviv	28°
Bukarest	27°	Tunis	30°
Helsinki	10°	Wien	24°
Istanbul	24°	Zürich	13°

Sonnenaufgang* am Freitag: 6.44 Uhr, Untergang: 19.54 Uhr; **Mondaufgang:** 19.29 Uhr, Untergang: 3.00 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Nervenstark

Ein fliegerisches Meisterstück gelang der 61jährigen Amerikanerin **Elaine Yadwin**, die noch nie ein Flugzeug geflogen hatte: Als ihr 66jähriger Mann **Richard** während eines Fluges über den Sümpfen Floridas mit einem Herzinfarkt im Pilotensitz zusammenbrach, übernahm sie in 1600 Meter Höhe die Maschine und schaffte mit Hilfe der Bodenleitstelle und eines befreundeten Piloten, der sie nach einem Blitzstart begleitete, eine sichere Landung. Das Ehepaar war in einer Piper Cherokee auf dem Flug von der Goldküste Floridas zum Atlantik-Badeort Fort Lauderdale. Kaum gelandet, starb der Mann.

Elegantester Sportler

Englands zweifacher Olympiasieger **Sebastian Coe** ist zu einem der drei bestgekleideten Männer seiner Heimat gewählt worden. Ein Nachrichtensprecher und ein Innenarchitekt errangen die beiden anderen Preise. Coe erhielt außerdem die Auszeichnung „elegantester Sportler". Der Weltrekordmann trug einen brauen Anzug mit rotem Schlips, als er sich von den Herrenausstatter ehren ließ: „Zum ersten Mal seit Monaten trage ich Hemd und Krawatte, sonst immer nur Trainingssachen oder Jeans mit T-shirt."

Leeres Versprechen oder Einsicht?

Paris will schärfer gegen Polizistenmörder vorgehen / 91 Beamte seit 1981 erschossen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Im Innenhof der Polizei-Kaserne von Auxerre im Burgundischen herrschte Beerdigungs-Wetter: Es regnete in Strömen. Polizisten preßten geballte Fäuste an die Hosennähte ihrer blauen Kontur. Zum zehnten Mal in diesem Jahr trugen sie einen Kameraden zu Grabe, der unter den Kugeln eines Gangsters gefallen war.

Diesmal lag der Elsäßer Claude Schaeffer unter dem Trikoloren-bedeckten Sargdeckel. Der 27jährige Brigadier, Vater von drei Kindern, war am 31. August in einer Gasse des alten Städtchens von einem Nordafrikaner mit einer 357-Magnum, der großkalibrigen Profiwaffe der Unterwelt, erschossen worden, als er dessen Auto zu einer Routine-Kontrolle anhielt.

Wie sich hinterher herausstellte, war der Algerier, begleitet von einem wiederholt rückfälligen, auf „Ehrenurlaub" aus der Haft entlassenen Sträfling mit Diebesgut unterwegs zu einem Hehler in Lyon. Der Raub stammte von einem Auto-Überfall, wie sie sich in letzter Zeit in Ost- und Südfrankreich häufen. Vor allem in der Urlaubs-Saison. Deutsche, englische und belgische Touristen waren in diesem Sommer von motorisierten Brigaden, die sich meist in schnellen Wagen bewegten, zum Halten gezwungen und mit vorgehaltener Waffe zur Abgabe ihres Geldes und Gutes genötigt worden. Man sprach von der „BMW-Bande", da die bayerische Marke mit Vorliebe als Untersatz benutzt wurde.

Am Schluß hatte sich die Sache auf südfranzösischen Straßen zu einer Psychose entwickelt: Wenn im Rückspiegel ein BMW auftauchte, gerieten die Lenker ausländischer Fahrzeuge in Panik, traten auf den Gasbebel und verstießen gegen sämtliche Geschwindigkeitsangaben.

Ob die französische Polizei, immer noch eine der besten der Welt, den BMW-Banditen inzwischen das Handwerk gelegt hat oder nicht – Überfälle dieser Art werden seit zehn Tagen nicht mehr gemeldet –, ist für den neuen Innenminister Pierre Joxe freilich nur eine Frage zweiten Ranges. Der Minister stand in Auxerre auch vor dem Sarg des Polizisten Schaeffer, es war zugleich seine erste Amtshandlung. Dabei konnte er den Zorn in den Augen der Kameraden des Ermordeten studieren. Joxe kannte die Reaktionen der Polizeigewerkschaften, kannte die Brisanz des Themas „Sicherheit auf den Straßen" für die Regierung des Sozialisten Mitterrand, kannte den Hauptvorwurf seiner 110 000 Untergebenen in Frankreichs Polizeirevieren, die Justiz lasse in leichtfertiger Toleranz wieder frei, was vorher von der Polizei unter Lebensgefahr gefaßt worden sei. Dennoch war der Minister gekommen. Zeichen für einen ernstzunehmenden Wandel in der französischen Innenpolitik?

Der Politiker machte das einzige, was dieser Situation angemessen schien: Er versprach den Beamten, daß in Zukunft der Waffenbesitz und -verkauf in Frankreich wesentlich strenger geregelt und Polizistenmord auf jeden Fall nur noch mit der Höchststrafe geahndet werde. Nach der Abschaffung der Todesstrafe bedeutet das lebenslängliche Haft. Joxe: „Ich werde dafür sorgen, daß ein Gangster, wenn er von einem Polizisten gestellt wird, in Zukunft seine Waffe fallen läßt." Ein Versprechen, daß nahezu unerfüllbar erscheint. Das Innenministerium hält die Zahl der illegal verbreiteten Waffen für „nicht mehr kalkulierbar". Das heißt: Dieses Problem ist schon nicht mehr in den Griff zu bekommen. Und weiter: Seit dem 1. Januar 1981 sind 91 Beamte im Dienst ermordet worden.

Da klingt es schon realistischer, wenn ein Mitarbeiter des Ministers der WELT gegenüber äußert: „Es wäre schon viel gewonnen, wenn das gültige Waffengesetz endlich effektiv angewandt würde."

Vom Kraftakt der Opferbereitschaft made in USA

THOMAS KIELINGER, New York

Mit dem Beginn der Herbstsaison, mit Labor Day, dem Tag der Arbeit – zu Beginn der Woche gefeiert –, scheint in der amerikanischen Seele das soziale Gewissen auszubrechen. Nicht genug damit, daß man sich bereithält für die vielen Spendenaktionen, die anstehen:

Die Aktion für die eigene Alma mater, eine Privatuniversität, die mal wieder Geld braucht, um ihre Bibliothek zu erweitern. Die Aktion für das „Public Broadcasting System", Amerikas wichtigsten nichtkommerziellen Fernsehkanal, der ohne Zuschauerspenden nicht bestehen könnte. Die Aktion für das Überleben der Walfische, für mehr Frauen im Kongreß, gegen die Diskriminierung der Homosexuellen ... Fund raiser, fund raiser, fund raiser – Spendenaktionen, so weit das Geld reicht.

Aber der „voluntarism" made in USA beschränkt sich nicht auf die Spendefreudigkeit. Das ist nur der bequemste Einsatz der Freiwilligkeit, noch dazu einer, den die Steuerbehörde honoriert, sofern man sich seine Gaben quittieren läßt – besonders wichtig beim Philanthropie-Etat der großen Unternehmen.

Der eigentliche Test jedoch ist die große, uneigennützige Tat, das gebührenfrei angebotene, nicht abzugsberechtigte Opfer an Zeit und Kraft. Daran mißt der Amerikaner sein Gewissen und seine Zugehörigkeit zur großen Nachbarschaft, zur Nation, am liebsten.

Die Reagan-Regierung hat ausgerechnet, daß im vergangenen Jahr Arbeit und Dienstleistungen im Werte von 30 Milliarden Dollar kostenlos von Privatleuten abgegeben wurden. Das reicht vom Einsatz von Jugendgruppen in örtlichen Organisationen bis zur freiwillig angebotener Gesundheitsfürsorge, zu der sich, vor allem in den Armenvierteln der Großstädte, viele Privatärzte regelmäßig bereithalten.

An diesem Labor Day machte sich auch ein Bürger aus Plains, Georgia, auf den Weg, um im fernen New York



Jimmy Carter in altruistischer Rolle, auch wenn es ohne das Blitzlicht der Öffentlichkeit nicht zu gehen scheint. FOTO: UPI

ein Beispiel seines freiwilligen Einsatzes abzugeben. Seine Mutter, die vor nicht langer Zeit in der Welt als „Miss Lillian" bekannt war, hatte Ähnliches bereits in den 60er Jahren praktiziert, als sie zwei Jahre lang in Indien an vorderster Armutsfront Wohlfahrtsdienste tat.

27 Stunden war der Bus unterwegs, in dem Jimmy Carter, 39. Präsident der USA, und seine Gesinnungsfreunde aus Plains und Americus in Georgia gen Norden reisten. Dort, in New York, renovieren sie in dieser Woche ein sechsstöckiges Slum-Appartementhaus an der Lower East Side der Stadt, Adresse: 742 East Sixth Street.

Nicht alle aus der Busladung von Freiwilligen sind, wie Carter, gelernte oder selbstgelernte Fachleute, Handwerker. Carter hatte sich schon vor seinen Jahren im Weißen Haus zum kunstfertigen Möbelschreiner herangebildet. Er beherrscht das Do-it-yourself dort, wo es hingehört: am Bau. Beim Regieren half es weniger.

Doch was will ein Mann wie Dave Ewing, Professor für Astronomie und Physik an Georgias „Southwestern College", in dieser Gruppe der Hausrenovierer? Die Antwort: „voluntarism". Der Drang, sich einzusetzen. Und sei es nur beim Tragen der Eimer, der Geräte, des Gerümpels.

Das Projekt in New York steht unter der Leitung von „Habitat for Humanity" (frei übersetzt: Obdach für die Menschheit), einer erst vor sechs Jahren gegründeten karitativen Organisation, die aus Spenden und kostenlos zur Verfügung gestellten Baumaterialien Wohnungen erstellen hilft und den künftigen Besitzern zinslose niedrige Kaufkredite anbietet. Unter einer Bedingung: Die Interessierten müssen selber mit Hand anlegen und sich verpflichten, für ihre Wohnung in eigener Verantwortung zu sorgen.

Was für den ehemaligen Präsidenten in New York recht ist, konnte einem vom Amerikas beliebtesten Unterhaltern nur billig sein: Jerry Lewis stand dieser Tage 22½ Stunden lang in einem „Telethon" betitelten Mammutprogramm der ABC vor den Kameras der Nation, um die jährliche Spendenaktion für die Erforschung der Muskeldystrophie als Conferencier zu leiten – kostenlos, versteht sich. In sein Marathon-Telethon blendeten sich, zu gleichen Konditionen, viele Weltstars ein: Michael Jackson, Andy Williams, Sammy Davis jr., Diana Ross etc.

Dieser Kraftakt der Opferbereitschaft sollte die Zuschauer zu gleicher Spendenfreudigkeit animieren. Was auch gelang: Mit 32 074 566,- Dollar konnte Jerry Lewis eine Rekordsumme bekanntgeben in der Geschichte der amerikanischen TV-Spendenaktion.

Aber im Lande des „voluntarism" lenken selbst solche Rekorde nicht ab von dem, was der Mann aus Plains in dieser Woche in New York tut ...

Veränderte Produktionsmethoden zwingen die Leasing-Branche zur Reaktion

Nach zwanzig „fetten" Jahren erstmals Rückschläge bei Neugeschäften – Jetzt wird der Markt bereinigt

HANS BAUMANN, Essen

Die Zeiten scheinen vorüber zu sein, da das Leasing sich antizyklisch verhielt. *Während einst dann geleast* wurde, wenn die Mark nicht so locker saß für Investitionen, so hat sich heute – zumindest am Immobilienmarkt – ein Gleichschritt eingestellt zwischen der Entwicklung des allgemeinen Immobilienmarktes *und dem Im*mobilienleasing.

Zahlen des Verbandes Deutscher Leasing-Gesellschaften, dem 52 Firmen angehören, die rund 80 Prozent des Marktes repräsentieren, belegen diesen Vorgang. Danach betrugen die Neuzugänge bei Immobiliengeschäften 1983 rund 3,65 Milliarden Mark. 1982 waren es dagegen noch 5,09 Milliarden Mark Neuzugänge.

Ausgeglichener war das Geschäft bei mobilen Wirtschaftsgütern. Sie hatten 1983 ein Neugeschäft von 4,9 Milliarden Mark gegenüber 4,2 Milliarden im Jahre 1982. Hier kommt die Belebung der allgemeinen Konjunktur zum Ausdruck.

Am Immobilienmarkt dagegen ist seit fast zwei Jahren die Flaute eingekehrt. Die Grundstückspreise fallen. Ein- und Zweifamilienhäuser büßten im Wert bis zu 25 Prozent ein. Wenn dieser Markt auch nicht identisch ist mit dem Markt des Immobilienleasings, sind die Parallelen doch unverkennbar.

In der Wirtschaft ist die Investitionsneigung bei Immobilien nicht mehr sehr groß. Es wird zwar nach wie vor investiert, wie die Zahlen ausweisen, aber der erhoffte Boom in diesem Bereich blieb aus.

Das hat seine Gründe. Die Produktionsmethoden stehen in ständigem Wandel. Was sich früher in Gebäuden mit mehreren Etagen herstellen ließ, verlangt mit dem Vormarsch der Roboter die Produktion an Fließbändern zu ebener Erde. Auch Elektronik mit ihren Chips, der gebündelten Information auf kleinstem Raum, stellt neue Anforderungen an die Gebäude, in denen sie arbeiten oder aber bearbeitet werden sollen. Die Produktion erfordert keine Säle mehr, sondern relativ kleine Räume.

Rationalisierung vor Investition

So schlägt die technische Innovation direkt auf den Immobilienmarkt durch und vornehmlich auf den Markt der leasbaren Objekte. Und da die Innovation ihr Tempo ständig erhöht, wächst damit auch die Problematik der Fungibilität der zu errichtenden Objekte, die in der Regel für 18 bis 25 Jahre geleast werden.

Kann ich das Objekt in seiner jetzt vorgesehenen Form nach Ablauf der Mietzeit überhaupt noch an den Mann bringen, wird es noch einen Restwert haben, den ich heute in die Kalkulation der Leasing-Raten hineinnehmen kann? Jeder seriöse Leasing-Geber wird sich selbst diese Frage mit Nein beantworten, weil er das *Tempo der Innovatinsschübe in keiner* Weise kalkulieren kann. Daher ist es heute sogar üblich, daß dem Leasing-Nehmer das Restwert-Risiko angedient wird. Er kann die Innovation seiner *Produktion* oder *Dienstleistung* besser einschätzen als der Leasing-Finanzier, und er ist vielleicht auch eher bereit, ein solches Restwert-Risiko zu tragen, um die laufenden Mietraten etwas zu drücken.

Aber nicht nur der *Wandel* der Produktionsmethoden hat Spuren am Markt für Immobilien-Leasing hinterlassen. Der Schwund der Kaufkraft als Folge der Arbeitslosigkeit läßt den Handel eher über Rationalisierungsmöglichkeiten als über Immobilien-Investitionen nachdenken. Aber auch der lange Streik bei Metall und im Druckgewerbe hat den Handel heftig gebremst, der früher ein besonders guter Kunde der institutionellen Vermieter war.

Und wenn ein Markt so heftig gebremst wird, wie es dem Immobilienmarkt widerfuhr, dann erhitzt sich automatisch der Wettbewerb. Übereinstimmend berichten die Verleaser, daß der Margenwettbewerb bisher nicht gekannte Formen angenommen hat. In vielen Fällen sollen Aufträge hereingenommen werden, die nicht mehr kostendeckend sind.

Es ist demnach wohl nur noch eine Frage der Zeit, wann sich das Heer der rund 600 Leasing-Gesellschaften in der Bundesrepublik lichten wird. War es noch vor wenigen Jahren üblich, daß die Leasing-Geber mit größter Aufmerksamkeit die Bonität ihrer Kunden prüften, so ist es heute ebenso selbstverständlich, daß sich die *Leasing-Gesellschaften einem schar*fen Blick ihrer potentiellen Auftraggeber unterwerfen müssen. Die Ablehnungsquote hat die früher kaum vorstellbaren 25 Prozent inzwischen überschritten.

Banken sind reserviert

Diese Strenge des Geschäftes ist *nicht zuletzt* den *Refinanzierungsinstituten* zu danken, die vor Jahren noch jeden Geldwunsch erfüllten, heute doch eher mit sehr zugeknöpften Taschen die Refinanzierungsanträge prüfen. Auch von hier ist also mit einer Bereinigung des Marktes zu rechnen.

So hat das Leasing allgemein also etwas an Fahrt verloren. Die Zeiten der zweistelligen Zuwachsraten sind vorüber. Im letzten Jahr betrug das Plus des Neuzugangs beim gesamten *Leasing-Geschäft noch 17,8 Milliar*den Mark, das entspricht einem Plus von 4,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dieses Plus ist aber fast dekkungsgleich mit dem Zugang der gesamtwirtschaftlichen Investitionen in *der Bundesrepublik Deutschland von* 4,1 Prozent auf etwas über 245 Milliarden Mark (ohne Wohnungsbau).

Dieses Plus ist ausgesprochen mager, denn man muß von ihm notwendigerweise die Inflationsrate abziehen, um den Netto-Investitionszugang zu ermitteln. 1980 und 1981 waren viele Leasing-Gesellschaften noch sicher, daß die sogenannte Leasing-Quote (das Verhältnis des Leasing-Neugeschäftes zu den gesamtwirtschaftlichen Investitionen) *1984 die 10-Prozent-Hürde* überspringen werde.

Das war nicht der Fall. Die Leasing-Quote hat sich von 1982 zu 1983 lediglich von 7,2 auf 7,3 Prozent verbessert. Auch 1984 wird sie kaum weiter vorn landen.

Das Jahr 1983 hat vornehmlich die alteingesessenen Leasing-Unternehmen zu größerer Vorsicht gemahnt. Konsolidierung wurde großgeschrieben, und auch 1984 noch hält man mehr von einer Bereinigung als von Expansion um jeden Preis.

So ist es nicht verwunderlich, daß nach rund 20 Jahren Leasing in der Bundesrepublik die institutionellen Vermieter (im Gegensatz zu den Herstellern, die selbst vermieten – etwa im Automobilgeschäft) beim Neugeschäft einen Rückschlag von 3,8 Prozent auf 11,58 Milliarden Mark hinnehmen mußten.

Die Hersteller-Vermieter dagegen konnten 1983 das beste Jahr in ihrer Geschichte feiern. Sie legten bei einem Neugeschäft von 6,22 Milliarden Mark ganze 25 Prozent zu, nachdem sie sich 1982 noch mit einem Minus von 2,3 Prozent begnügen mußten. In diesen 25 Prozent plus kommt der Boom des Autoleasing zum Ausdruck, der zum erstenmal auch weite Kreise der privaten Bevölkerung erfaßt hat.

Der Handel zeigt Schwächen

Größter Brocken unter den geleasten Gütern sind nach wie vor Büromaschinen einschließlich EDV. Gleichrangig sind in etwa Produktionsgebäude, Lagerhallen, das Fahrzeuggeschäft, Geschäfts- und Bürogebäude sowie Produktionsanlagen und Maschinen. Die etwas kleinere Gruppe Nachrichtentechnik und Medizintechnik bildet unter den Gütern das Schlußlicht.

Untersucht man den Leasing-Markt nach Sektoren, so bildet mit rund einem Drittel das verarbeitende Gewerbe den größten Block, gefolgt vom Handel, der – wie berichtet – zur *Zeit ein wenig zur Schwäche* und damit zur Investitions-Unlust neigt.

Jetzt wird das Loch in der Erde kalkulierbar

Ein Loch in der Erde ist eine Immobilie. Etwa ein Speicher für Erdgas. Den muß man nicht kaufen. Das Geld kann man für die Beschaffung von Gas verwenden, für den Anschluß neuer Kunden oder für andere Kapitalanlagen, je nachdem, auf welche Weise man seine Mittel am besten verzinsen kann. Das Loch in der Erde least man – für 20 oder 40 Jahre. Die Leasing-Kosten verschwinden unter den sonstigen Aufwendungen – vor Steuern – direkt aus der Bilanz. So ist das Loch langfristig kalkulierbar, man nutzt es, ohne es gleich zu besitzen, aber man hat es zur Verfügung, als wäre es Eigentum.

Das Loch, um darin zu bleiben, ist symbolisch für das Leasen von Immobilien schlechthin. Nicht der Besitz ist entscheidend, sondern die Nutzung der Immobilie. Mit dem frei werdenden Kapital kann man, wenn man die Chance hat, besser Geld verdienen. Oder aber seine Bilanz verschönen. Grund genug für viele Banken – die es wissen müssen –, sich vom Eigentum an ihren Verwaltungsgebäuden zu trennen, sie einer Leasing-Gesellschaft zu verkaufen und sie dann zurückzumieten.

Glückspilz der, der einen solchen zusätzlichen Ertrag zufällig mit anfallenden Verlusten verrechnen kann, aber stark genug im Markt ist, eine Leasing-Gesellschaft zu finden, die dieses Sale-and-lease-back genannte Geschäft mit ihm abwickelt.

Der Reiz des Immobilien-Leasing liegt aber nicht nur in der Schaffung von Liquidität aus dem Anlagevermögen. Der Service, den die eingefuchsten Gesellschaften in diesem Bereich bieten, hat einen ebenso hohen Magnetismus.

Das zu bauende Objekt liegt bis zur schlüsselfertigen Übergabe beim Leasing-Geber. Jeder Individualwunsch wird erfüllt. Planung, Bau, Bauaufsicht, Behördenkram, alles liegt im Service-Paket der Leasing-Gesellschaft. Der Leaser zieht nur noch ein und entrichtet von diesem Zeitpunkt an die vereinbarte Leasing-Rate, die man auch Miete nennen kann.

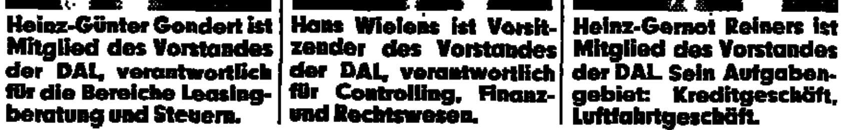
Noch eines hat sich am Markt herumgesprochen: Wer mit einer Immobilien-Leasing-Gesellschaft von Ruf baut, zieht auch pünktlich ein. Von Abschreibungsgesellschaften hört man da oft genau das Gegenteil. **Bm.**

Daß die Deutsche Anlagen-Leasing ungesund expandierte, war in der Branche lange bekannt. Daß es zum Kollaps führen mußte, daran hatten die wenigsten Zweifel. Ebenso stand aber auch fest, daß das große Haus nicht untergehen würde, daß vielmehr die Gesellschafter einspringen und die Rettungsaktionen einleiten würden.









Heinz-Günter Gondert ist Mitglied des Vorstandes der DAL, verantwortlich für die Bereiche Leasingberatung und Steuern.

Hans Wielens ist Vorsitzender des Vorstandes der DAL, verantwortlich für Controlling, Finanz- und Rechtswesen.

Heinz-Gernot Reiners ist Mitglied des Vorstandes der DAL. Sein Aufgabengebiet: Kreditgeschäft, Luftfahrtgeschäft.

„Ein Karren sitzt schneller im Dreck als er heraus ist"

Bm. Mainz

Zur Philosophie des Hauses Deutsche Anlagen-Leasing GmbH, Mainz, im Sommer 1984: „Leasing ist ein Geschäft des gegenseitigen Vertrauens, was nicht ausschließt, auch in die letzten Falten der Bilanz eines potentiellen Kunden zu schauen." Wer so spricht, ist *Heinz-Günter Gondert*, von Haus aus Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwalt und seit sechs Jahren mit dem Leasing-Geschäft vertraut. Seit dem 1. Dezember 1983 sitzt er im Vorstand der nach wie vor größten deutschen Immobilien-Leasing-Gesellschaft und verwaltet dort im Prinzip das Ressort Finanzen.

Ist es für einen jungen Mann vom Jahrgang '49 nicht riskant, sich auf einen Stuhl zu begeben, der das Erfolgsergebnis verweigern könnte? Geradezu jungenhaft lacht er in einem Gespräch mit der WELT über diese Frage. Er suche dort bei der ins Schleudern geratenen DAL eben dieses Erfolgserlebnis – und er werde es finden.

1986 wieder Erträge

Stimmen, die es wissen müßten, kündigten inzwischen an, daß die Deutsche Anlagen-Leasing bereits 1986 wieder Erträge abwerfen werde. Da ist der 35jährige Gondert vorsichtiger. Seit 1978 sei der Karren mit „einer ungestümen Expansionspolitik" (gegen deren Interpretation als verantwortungslose Mengenpolitik er aber auch nicht heftig einschreitet) in den Dreck *gefahren worden*. Da könne man schlecht erwarten, daß er da in kürzerer Zeit wieder herauskomme.

Dennoch ist Gondert siegessicher, was er aber nicht mit Zahlen belegen kann. Noch nicht. Das 83er Abschlußwerk wird voraussichtlich erst im Oktober vorgestellt. Klopft man aber die Immobilien-Branche nach Daten für das erste Halbjahr 1984 ab, so findet man heraus, daß die DAL allein mehr als 30 Prozent der Immobilien-Neugeschäfte auf sich vereint. 1982 waren es im ganzen Geschäftsjahr Aufträge über rund 3 Milliarden Mark in dieser Sparte. Aus dem Mobilienmarkt waren es magere 500 000 Mark – verständlich – von diesem aufgeblähten Geschäft wollte man so schnell wie möglich runter. Das gesamte Bilanzvolumen schätzt Gondert für die DAL auf gegenwärtig 12 bis 14 Milliarden Mark. Bisher entstandene Verluste wurden voll abgedeckt.

Daß es bei der DAL zum Kollaps kommen mußte, war lange bekannt. Ebenso stand aber auch in der Branche fest, daß das große Haus nicht *untergehen würde, daß vielmehr die* Gesellschafter einspringen und die Rettungsaktionen einleiten würden. Das ist voll zugesagt – auch für Wertberichtigungen, die mit großer Sicherheit noch vorgenommen werden müssen, denn die Geschäftsleitung der DAL hat selbst die Staatsanwaltschaft auf Vorgänge aufmerksam gemacht, die dem Hause neuen Schaden zufügen könnten.

Daher wurden Akten gleich tonnenweise beschlagnahmt, um feststellen zu lassen, ob sich neben unseriösen Geschäften etwa auch solche befanden, die ehemaligen Verantwortlichen persönlichen Vorteil brachten. Der neue Vorsitzende des Vorstandes, Hans Wielens, hat die rechtliche Bereinigung der Geschäfte des DAL-Konzerns selbst als einen Akt der Hygiene bezeichnet.

Nach Heinz-Günter Gondert steht die DAL heute gestrafft da. Das Auslandsgeschäft wurde abgeschnitten. Es wird im Rahmen von Kooperationen von einer kleinen Truppe weitergeführt. Von dem „Luftballon der Mobilien" hat man sich fast ganz verabschiedet. Hier wird die DAL nur noch aktiv, wenn die Objekte in der Größenordnung von wenigstens ei*ner halben Million Mark liegen.* Der Personalbestand wurde von über 500 auf rund 350 Mitarbeiter abgebaut. Beendet wurde auch das Führungsprinzip der Divisionierung. Die Geschäfte liegen jetzt in einer einheitlichen Vertriebsgesellschaft.

Während der Anlagenzugang der DAL-Gruppe in der Bilanz 1982 noch mit 3,8 Milliarden Mark ausgewiesen wird (davon 676 Millionen Mark im Ausland), muß im Oktober damit gerechnet werden, daß sich diese Summe für 1983 stark reduziert. Die Bilanz wird noch einen „ganz bedeutenden Umsatz ausweisen", sagt Gondert. Das Neugeschäft habe sich aber „bedeutend reduziert". Über 300 Millionen Mark waren es im ersten Halbjahr 1984. Damit erscheint das Ziel von 500 Millionen Mark für das ganze Jahr durchaus realistisch. Gondert: „Wir werden überleben und keine Abwicklungsgesellschaft."

Auch zu den Gesamtwertberichtigungen, die in der Branche auf 1,1 bis 1,6 Milliarden Mark geschätzt werden, will er sich nicht äußern, weil eben noch Verfahren laufen und der Knall bei DAL auch finanztechnisch noch längst nicht verhallt ist. So läuft noch ein Prozeß mit Kapital & Wert über einen Kooperationsvertrag, den die DAL wegen „nicht vertragsgerechten Verhaltens" am 20. Februar 1984 fristlos kündigte. Kapital & Wert klagt jetzt, daß die Kooperation auch künftig erhalten bleibt. Bei Kapital & Wert waren (und sind abgeschlossene) Fonds-Vertriebsaktivitäten der DAL konzentriert, die – soweit abgeschlossen – von der DAL abgewickelt werden.

Refinanzierung unerläßlich

Wenn auch neue Früherkennungsmechanismen für faul werdende Kunden eingebaut werden sollen, wenn banküblicher Konservativismus wieder groß geschrieben wird in Mainz, die Tatsache, daß sich die DAL wie in der Vergangenheit zu rund 50 Prozent bei Dritten fremdfinanziert, bleibt nach Gondert unverändert. Für diese Mittel und Geschäfte bleibt die DAL auch im Obligo, während das Bonitätsrisiko für Refinanzierungsgeschäfte mit den Müttern künftig bei diesen liegt.

Die Refinanzierung bei Dritten und bei *den Kapitaleignern hält Gondert* schon aus wettbewerblichen Gründen für unerläßlich. Das heißt, man holt sich die Mittel dort, wo man sie am günstigsten geboten erhält.

Das Kapital der DAL von 75 Millionen Mark bei einem relativ hohen Eigenkapital von über 137 Millionen Mark liegt zu 46,7 Prozent bei der Holdinggesellschaft Düsseldorf-Frankfurt mbH (hierin sind Interessen der West-LB und der Helaba zusammengefaßt), zu 26,6 Prozent bei der LB Rheinland-Pfalz, zu 16,7 Prozent bei der Bayerischen Landesbank und zu 10 Prozent bei der Dresdner Bank. Am 7. Juni 1984 hat der Aufsichtsrat der DAL beschlossen, „den Gesellschaftern zu empfehlen, die erforderliche Risikoübernahme unverzüglich durchzuführen".

Nächste Gatt-Runde diskutiert auch die „Miete“

Verhandlungen im Herbst / Richtlinien für internationales Finanz-Leasing liegen bereits vor / Experten erarbeiten zur Zeit eine Konvention

L. D. Paris

Das Gesamtbild eines anhaltenden Aufschwungs in der europäischen Leasing-Branche ergibt bei genauer Betrachtung, daß einige Länder enorm zulegten, während die Entwicklung in anderen Ländern abflachte.

So registrierte Spanien eine Zunahme von 52 Prozent bei neuen Leasing-Abschlüssen. In Italien gab es eine Erhöhung um 12,6 Prozent, aus der Schweiz wurde eine Verbesserung um 10,9 Prozent gemeldet. Beachtliche Gewinne konnten auch die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Frankreich, die Niederlande und Norwegen ausweisen.

In Großbritannien wurden die hochgesteckten Erwartungen der Branche nicht ganz erfüllt, und in Finnland ging das Neugeschäft zum ersten Mal zurück. Das ist auf die neue Gesetzgebung dieser Länder zurückzuführen, die Leasing im Vergleich zu anderen Finanzierungsformen benachteiligt. Nach Ansicht des Vorsitzenden der Leaseurope, Jacques Brodu, Direktor der Locabail in Frankreich, erhöhte Leasing 1983 seinen Anteil am europäischen Investment-Markt.

Führend bei der Aufwärtsentwicklung sind die Sektoren Computer und Büro-Einrichtungen. Am deutlichsten zeigte sich das in Belgien und in Großbritannien. Diese Branchen machen in Belgien bereits 50 Prozent und in Großbritannien – nach einer Steigerung um 47 Prozent gegenüber dem Vorjahr – fast 25 Prozent des gesamten Leasing-Geschäfts aus.

Als vielversprechend wird von Jacques Brodu auch das Geschäft mit Computer-Software in den nächsten Jahren angesehen. Meistens werden noch Hardware und Software „im Paket“ vermietet. Allerdings verlagert sich dabei der jeweilige Anteil zunehmend zur Software. Brodus Prognose: „Das Software-Leasing wird anwachsen, wenn auch nur allmählich.“

Gesetzesänderungen in europäischen Ländern

In letzter Zeit traten in Europa zahlreiche das Leasing-Geschäft betreffende neue gesetzliche Bestimmungen in Kraft. Die wohl einschneidendste Veränderung erfolgte in Großbritannien, wo die „Capital allowance“ für das erste Jahr zum 31. März 1986 auslaufen wird.

Diese Abschaffung war auch im Entwurf für den Haushalt 1984 der Republik Irland vorgesehen, konnte jedoch durch Bemühungen der Leasing-Wirtschaft verhindert werden. Gemäß der Finance Bill kann der Vermieter die „Capital allowance“ von Gewinnen im Leasing-Geschäft absetzen, nicht aber von den Erträgen anderer Geschäftstätigkeit.

In Dänemark wurden im vergangenen Jahr zwei Verordnungen erlassen, die das „tax-based“ Leasing privater Investoren betreffen. Danach sind nur noch zwei Bereiche – Schiffbau und Bauwirtschaft – offen für privates „investor-based“ Leasing.

In Schweden wurden im Januar erstmals Kreditbestimmungen in der Leasing-Wirtschaft eingeführt. Gleichzeitig hat man das bis dahin existierende System der Steuerkredite aufgehoben. Am 1. Januar trat auch in Norwegen eine Kredit-Restriktion in Kraft, die aber zunächst auf sechs Monate befristet war und danach von der Regierung überprüft werden sollte.

In Italien hat es in letzter Zeit keine behördlichen Eingriffe gegeben. Mehrere Leasing-Unternehmen schlossen sich zu einer Vereinigung zusammen, um einen Verhaltenskodex für ihre Mitglieder aufzusetzen. Dieser Schritt ist auf das Geschäftsgebahren einiger kleiner Firmen zurückzuführen, die Verträge mit übertriebenen Vorauszahlungen anboten oder Laufzeiten von weniger als einem Jahr hatten oder erhöhte Zinsen forderten.

In Belgien wurde durch ein Gesetz vom 1. Juli 1983 und durch mehrere Dekrete (ausgefertigt am 12. September 1983) die Gültigkeit der Richtlinien ausgedehnt, wonach die geleasten Anlagen in den Büchern des Pächters kapitalisiert werden.

Die Frage, wie Leasing buchungstechnisch zu behandeln ist, dazu steuerliche Angelegenheiten, stellten die Hauptprobleme für die Vereinigung Leaseuropa im vergangenen Jahr dar.

Eine neue Definition des Eigentums?

Mit dem Titel „Die Erklärung von Sevilla“ hat der Verband seine eigenen Richtlinien nun publiziert, und zahlreiche Länder halten sich daran, sagte Jacques Brodu.

Er wies darauf hin, daß die Kapitalisierung der gemieteten Einrichtungen in den Büchern des Pächters, wie es die Empfehlung IAS Nr. 17 nach dem „International Accounting Standard“ fordert, rechtlich nicht korrekt sei. Denn sie beruhe auf einer Definition des Eigentums, die von wirtschaftlichen, aber nicht von juristischen Kriterien ausgehe.

Der Eigentümer nimmt auch die Abschreibung in seinen Büchern vor. „Wenn das nicht möglich ist, gerät sein Besitztum in Gefahr“, so Direktor Brodu. Falls ein Vermieter aber seine Anlagen nicht steuerlich abschreibt, könnten die Behörden darüber befinden, ob der Vermieter noch als Eigentümer zu gelten hat oder ob juristisch der Besitz an den Pächter übertragen werden kann. „Jedenfalls ist die IAS Nr. 17 für kleine und mittelgroße Unternehmen untauglich“, sagte Brodu.

Die Arbeitsgruppe des „Internationalen Institutes für die Vereinheitlichung des Zivilrechtes“ (Unidroit) hat unlängst ihren Schlußentwurf für einheitliche Richtlinien für internationales Finanz-Leasing vorgelegt. Danach wurde dieser Entwurf vom Council beraten. Schließlich wurden Regierungsexperten damit beauftragt, den Wortlaut einer internationalen Konvention vorzubereiten.

Sobald dies geschehen ist, soll eine diplomatische Konferenz einberufen werden; es soll die Einladung an alle Staaten ergehen, dieser Konvention beizutreten. Wer diesen Schritt vollzieht, muß sich daran halten – allerdings ist die Möglichkeit vorgesehen, gewisse Vorbehalte zu bestimmten Artikeln der Konvention anzumelden.

In Genf sollen im Oktober/November Verhandlungen über die Dienstleistungesbetriebe im Rahmen des Gatt (Allgemeines Abkommen über Zölle und Handel) beginnen. Darunter wird auch die Leasing-Wirtschaft fallen.

Frage: Muß der Bauherr wirklich Bauherr sein?

Immobilien-Leasing ist nicht nur für „Große“ interessant

K.-P. OTTO, Hamburg

Wie die jüngsten Zahlen aus der Leasing-Branche zeigen, sind 1983 Immobilien im Anschaffungswert von insgesamt 3,65 Milliarden Mark neu bilanziert worden. Im Vorjahr waren es hingegen 5,05 Milliarden Mark. Damit ist erstmals im Immobilien-Leasing-Bereich eine rückläufige Entwicklung der Neuabschlüsse zu verzeichnen. Der Bestand an Immobilien-Leasing-Objekten ist jedoch weiterhin gewachsen: Von 24,9 Milliarden Mark im Jahre 1982 auf 27,8 Milliarden Mark 1983.

Hauptobjekte des Immobilien-Leasing waren in der Vergangenheit Geschäfts- und Bürogebäude, Produktionsgebäude, Lagerhallen, Supermärkte und Warenhäuser. Da sich die Zurückhaltung der Unternehmen bei Neuinvestitionen in erster Linie auf den peripheren Bereich auswirkte, wurden vor allem die Geschäfts- und Bürogebäude von der rückläufigen Entwicklung getroffen. Insofern ist es verständlich, daß aktuell Supermärkte und Warenhäuser wieder in den Vordergrund des Immobilien-Leasing-Interesses gerückt sind.

Hilfe für den Mittelstand

Wenn auch die Zuwachsrate im vergangenen Jahr negativ war – für 1984 läßt sich hingegen wieder ein leichter Aufwärtstrend feststellen –, so ist die volkswirtschaftliche Bedeutung des Immobilien-Leasing angesichts des Gesamtvolumens von annähernd 30 Milliarden Mark und immer laufenden Immobilien-Leasing-Verträgen unbestritten.

Beinahe täglich entscheiden sich Unternehmen unterschiedlichster Größenordnung dafür, bestimmte Bauvorhaben nicht auf traditionellen Wegen zu realisieren, sondern hierfür das Immobilien-Leasing-Verfahren einzusetzen. Auch der Verkauf von bereits bestehenden Gebäuden mit anschließender Rückmietung (sale-and-lease-back) sowie der Erwerb bestehender Gebäude von einem Dritten und die anschließende Vermietung (buy-and-lease) gewinnt in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung. Obgleich die Objektgrößen nach oben keinen Beschränkungen unterworfen sind, spielen im Immobilien-Leasing-Bereich vor allem Objekte der mittelständischen Wirtschaft in Größenordnungen von mehreren Millionen Mark die entscheidende Rolle.

Da bei Neubauten die Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten des Leasingobjektes Grundlage für die Berechnung der vom Leasingnehmer aufzubringenden Miete sind, ergibt sich zwangsläufig, daß er daran interessiert sein muß, diese Kosten so gering wie möglich zu halten. Er wird daher einen Partner auswählen, der aufgrund seiner personellen Ausstattung sowie eines in langjähriger Erfahrung gewonnenen Know-how und entsprechender Verbindungen in der Lage ist, einmal diese Kosten in Grenzen zu halten und darüber hinaus die benötigten Finanzierungsmittel zu einem günstigen Kapitalmarktzins zu beschaffen.

Der Vorteil einer professionellen Errichtung von Immobilien kommt vor allem mittelständischen Unternehmen zugute, da Bauleistungen lohnintensiv und damit teuer sind. Unternehmen, die nicht über eine eigene Bauabteilung verfügen, können beispielsweise im Planstadium unterlaufene Fehler später während der Bauzeit oft nur mit erheblichem finanziellen Mehraufwand korrigieren.

Die Festlegung des Umfanges der bei Neubauten vom Leasinggeber im Rahmen des Vertrages zu erbringenden Leistungen ist ein Punkt, der einer intensiven Beratung bedarf. Der Leasingnehmer kann im wesentlichen die folgenden Arbeiten ganz oder teilweise auf die Leasinggesellschaft übertragen:

1. Erwerb des Grundbesitzes beziehungsweise Erbbaurechtes;
2. Schaffung der baurechtlichen Voraussetzungen bis zur Baugenehmigung;
3. Erschließung des Baugeländes;
4. komplette Bauplanung einschließlich Terminplanung und -überwachung mit Hilfe moderner Verfahren wie der Netzplantechnik;
5. Ausschreibung aller Gewerke, Kostenplanung und -kontrolle;
6. Abrechnung mit den Handwerkern;
7. Versicherung des Objektes und gegebenenfalls Schadenabwicklung;
8. kaufmännische Verwaltung des Objektes, also Abrechnung der Nebenkosten, Zahlung der Objektsteuern und Überwachung der Objektrentabilität.

Beim sale-and-lease-back kann die Interessenlage zwischen Leasing-Nehmer und Leasing-Geber durchaus voneinander abweichen; während der Leasing-Nehmer wegen des Liquiditätszuflusses in der Regel daran intressiert sein wird, einen möglichst hohen Kaufpreis zu erzielen, muß die Leasing-Gesellschaft an den Risikoverlauf und insbesondere an die vielseitige Verwendbarkeit des Objektes (angemessener Kaufpreis, guter Standort) denken.

Um hinsichtlich des Preises Übereinkunft zu erzielen, empfiehlt es sich, ein aktuelles Schätzgutachten als Bemessungsbasis zu wählen. Neben dem Vorteil der Realisation stiller Reserven erhält sich der Leasing-Nehmer beim sale-and-lease-back die Möglichkeit, die entsprechenden Anlagegüter wie bisher zu nutzen. Darüber hinaus wird ihm ein grundbuchlich abgesichertes Ankaufsrecht eingeräumt, das ihm die Möglichkeit bietet, das Objekt nach Ablauf der Vertragsdauer von beispielsweise 20 Jahren zum Restbuchwert zu erwerben. Über das Mieterdarlehen, das er durch die Mietzahlungen in der Regel angespart hat, kann die Übernahme des Objektes ohne zusätzliche Liquiditätsbelastung erfolgen.

Die Leasing-Gesellschaft entwickelt zusammen mit dem Mieter ein oftmals umfangreiches Vertragswerk, das den Zielvorstellungen des Kunden in gleicher Weise entspricht wie seiner augenblicklichen Situation. Im Vordergrund stehen hierbei sowohl wirtschaftliche als auch steuerrechtliche Gesichtspunkte.

Als Beispiel sei nur die Gründung einer eher eigenen Objektgesellschaft für die Realisierung des Investitionsvorhabens genannt. Hierdurch kann den Besonderheiten des Objektes Rechnung getragen werden. Außerdem ist eine direkte Beteiligung des Mieters an der Objektgesellschaft möglich.

Umfassender Service

Die Arbeitsteilung zwischen Leasing-Geber und Leasing-Nehmer bietet einem Unternehmen eine Reihe von Vorteilen, wie hundertprozentige Finanzierung, Minimierung des Eigenkapitaleinsatzes, Verringerung der Nettokostenbelastung, geringe Liquiditätsbelastung, Verbesserung der Finanzierungsstruktur, Entlastung bei der Vermögen- und Gewerbesteuer und Verbesserung der Bilanzrelationen.

Branchenkenner sehen aus diesem Grunde für das Immobilien-Leasing in den vor uns liegenden Jahren noch ein erhebliches Marktpotenial, so daß der Unternehmer, der Bauinvestitionen plant oder bestehende Gebäude umfinanzieren möchte, auch künftig größere Projekte im Wege einer zeitgemäßen und kostengünstigen Finanzierung realisieren kann, ohne selbst Bauherr zu sein.

Karibik-Kombination: Urlaub und Business

Steuervorteile durch internationale Transaktionen

WR. Brüssel

Flüssiges Geld, besonders auf dem Euro-Dollar-Markt, verschafft dem internationalen Leasing in Europa große Bedeutung. Leasing-Firmen mit Engagement in komplexen internationalen Geschäften sind in Großbritannien und einigen europäischen Ländern mit niedrigen Steuern ansässig. So zieht es beispielsweise skandinavische Finanzhäuser nach Luxemburg. Hier machen sie ihre internationalen Geschäfte, weil keine Währungsrestriktionen sie einengen.

Auch die Schweiz wartet mit attraktiven Steuersätzen in einigen Kantonen auf – vor allem in Zug, neuerdings auch in Zürich. Das macht sie zu einem idealen Standort für internationale Leasing-Operationen. Die steuerfreie Zone auf dem irischen Flughafen Shannon hat viele Leasing-Firmen angelockt, die sich auf die Vermietung von Flugzeugen spezialisiert haben. Denn auf der Insel bleiben ihre Gewinne bis zum Jahre 1990 steuerfrei.

Die günstigste Kombination vorteilhafter Faktoren besteht darin, daß eine in London ansässige Leasing-Gesellschaft in beratender Funktion für eine mit ihr verbundene Firma in einem Niedrigsteuer-Land tätig ist, wobei die Tochter den Abschluß vornimmt. Bei manchen Transaktionen, vor allem in politisch sensiblen Ländern, ist es vorteilhaft, wenn die Eigentümer der Leasing-Gesellschaft nicht an die Öffentlichkeit treten. Hier hilft die Gründung von Gesellschaften mit Namensaktien in Liechtenstein oder in Luxemburg.

Eine andere Methode, die beim Flugzeug-Leasing das politische Risiko verringern kann: Registrierung in Europa unter der Sponsorschaft einer europäischen Fluggesellschaft, wenn die Maschine an ein anderes Luftfahrt-Unternehmen in einem „unsicheren“ Land vermietet wird. Derartige Transaktionen wurden mit Registrierungen in Frankreich und in den Niederlanden abgeschlossen.

Von den außereuropäischen Steuer-Oasen ist Panama bei „anonymen“ Interessenten besonders populär. Die Bahamas und die Bermudas – abgesehen von den angenehmen Aufenthalten für Geschäftsabschlüsse – bieten sowohl die finanziellen wie auch fachlichen Leistungen, die sie vor allem bei britischen Investoren so attraktiv machen. Hinzu kommt, daß die Rechtssysteme dieser Inselstaaten dem britischen sehr ähneln.

Wenn auch das goldene Zeitalter der doppelten Vorteile im angloamerikanischen Geschäft vorüber ist, so bieten doch etliche europäische Länder noch Steuervorteile, die bei internationalen Transaktionen genutzt werden können. Das ist beispielsweise bei Transaktionen über Norwegen der Fall, wenn die Abschreibungsvergünstigungen und ein besonderer Investment-Fonds in Anspruch genommen werden. Das gilt aber auch für die Bundesrepublik Deutschland und Schweden, deren Steuergesetze Freibeträge bei Transaktionen einräumen, bei denen der Benutzer der Anlagen nicht in dem betreffenden Land steuerpflichtig sein muß.

Die Möglichkeiten, solche Vorteile auszuschöpfen, sind allerdings durch praktische Überlegungen begrenzt: Die Kosten bei grenzüberschreitendem Leasing liegen sehr hoch, so daß nur Großaufträge einen solchen Aufwand tatsächlich rechtfertigen.

Bei Transaktionen großen Umfanges haben sich europäische Pächter steuerliche Vergünstigungen in den USA zunutze machen können. So erlangten Fluggesellschaften Investment Tax Credits und erhöhte Abschreibungssätze für Flugzeuge, die mehr als 26mal im Jahr die USA anfliegen. Für andere Güter sind die Abschreibungsmöglichkeiten kaum weniger lukrativ.

Um den höchsten Nutzen aus diesen internationalen Möglichkeiten zu ziehen, ist ein größerer Arbeitsaufwand nötig, um entweder diese Methoden auf die Transaktion abzustimmen oder um neue Methoden zu entwickeln, die für die in Frage stehende Transaktion am günstigsten angewendet werden können.

Ein Verband als Schaltstelle

Der weltweite Aufschwung im Leasing-Geschäft hat zur Gründung nationaler und regionaler Leasing-Verbände geführt. So entstand im September 1983 auf der Leasing-Konferenz in Rio de Janeiro für die Länder Lateinamerikas die „Federacion Latino Americano de Leasing“ (Felalease) mit Sitz in der brasilianischen Wirtschaftsmetropole São Paulo.

Im asiatischen Verband Asialease (Hauptquartier in Singapur) sind Mitglieder von Indien bis Japan vertreten. In Europa haben sich die nationalen Gruppierungen in der Leaseurope (Sekretariat in Brüssel) zusammengefunden. Sie reicht inzwischen bis nach Nordafrika, nachdem Tunesien vor kurzem aufgenommen wurde.

In den Vereinigten Staaten von Amerika besteht die „American Association of Equipment Leasors“ (Sitz in Arlington im Bundesstaat Virginia, unweit von der Bundeshauptstadt Washington); daneben gibt es einige mit ihr konkurrierende regionale Vereinigungen.

Da das Leasing-Geschäft in den Ländern Afrikas und im Nahen Osten in den Kinderschuhen steckt, existieren auf diesem Kontinent noch keine Zusammenschlüsse der Leasing-Wirtschaft.

Weltkonferenz in London

Nun liegt ein Vorschlag zur Gründung eines Leasing-Weltverband vor, der als Schaltstelle zwischen den regionalen Vereinigungen fungieren soll. Die verschiedenen Regionen sind immerhin durch etliche Leasing-Firmen, hauptsächlich Tochterfirmen von Banken, miteinander verbunden.

Dieses Netz von nationalen und internationalen Zweigstellen und Niederlassungen spiegelt sich in den regionalen Vereinigungen wider; was immer noch fehlt, ist der globale Überbau.

Die erste Weltkonferenz der Leasing-Wirtschaft, die World Leasing Convention, fand Januar 1983 in Hongkong, ein zweites Treffen im Juni 1984 in der US-Hauptstadt Washington statt. Die nächste Leasing-Weltkonferenz soll 1985 in London sein.

Eine andere Form des internationalen Zusammenschlusses von Leasing-Unternehmen stellt der „Lease-Club“ dar. Mittlerweile existieren fünf dieser Organisationen, der ein Unternehmen aus jedem Mitgliedsland angehört.

„Clubs“ zur Verkaufsförderung

Die „Clubs“ bestehen auf der Grundlage gemeinsamer wirtschaftlicher Interessen. Denn es wäre schon irritierend, wenn aus einem Land mehrere Mitglieder aufgenommen würden – schließlich müssen Geschäftsgeheimnisse gewahrt werden.

Hauptanliegen dieser „Clubs“ ist es, untereinander Abschlüsse in anderen Ländern zu vermitteln – als Freundschaftsdienst oder gegen Provision. So sind die „Clubs“ recht erfolgreich bei der Verkaufsförderung und mit Marketing-Strategien. Am umfangreichsten ist allerdings der Austausch von Ideen, technischen Informationen und auch von Mitarbeitern.

Um Leasing als Methode der Kapitalbildung nutzbar zu machen, haben zahlreiche Länder spezielle gesetzliche Bestimmungen erlassen, um die Eigentumsrechte des Vermieters an den Leasing-Objekten rechtlich klarzustellen und um zu vermeiden, daß der Mieter – also der Nutzer der Anlagen – für den Eigentümer gehalten wird. Auf diese Weise konnten Unklarheiten in rechtlicher Hinsicht und in der Buchhaltung (zum Beispiel Doppelbesteuerung) ausgeräumt werden.

Eine treibende Kraft bei den Bemühungen, die Regierungen von den Vorteilen des Leasing-Geschäftes zu überzeugen und zu besonderen gesetzgeberischen Schritten zu veranlassen, war die „International Finance Corporation“ (IFC), eine Tochterfirma der Weltbank. Die IFC wirkte beim Erlaß der Rahmenbedingungen beratend mit und engagierte sich in einigen Unternehmen, die bereits in weniger entwickelten Ländern tätig sind.

Die Streitfrage, ob die Leasing-Anlage sowohl in den Büchern des Vermieters als auch des Mieters kapitalisiert werden kann, hat zu einer Debatte über die Profit-Ermittlung auf der Basis eines Leasing-Vertrages geführt.

Das „International Accounting Standards Committee“ (IASC) plädiert für die Kapitalisierung in den Büchern des Mieters. Seine Empfehlung (International Accounting Standard Nr. 17) liegt im großen und ganzen auf der Ebene der amerikanischen Richtlinie (FAS Nr. 13). So halten es auch die Briten, und nach ihnen richten sich viele Länder mit übernommenem britischen System.

Zahlreiche Länder – viele Ansichten

Lateinamerikanische Länder, nordeuropäische Staaten und Länder, in denen der Code Napoléon gilt, lehnen diese Ansicht entschieden ab. Sie halten die IAS-Nr. 17 für unbrauchbar, weil sie mit den Gesetzen in weiten Teilen der Welt nicht in Einklang zu bringen sei.

Um eine globale Auslegung zu erreichen, arbeitete das Internationale Institut für die Vereinheitlichung des Zivilrechtes (Unidroit) in Rom einen Entwurf aus, der allen Mitgliedsländern zur Ratifikation vorgelegt werden soll.

DAVID FULLERHAM

Leasing ist in erster Linie eine umfassende Finanzierungsdienstleistung. Mit Leasing sichert sich der Investor die hundertprozentige Finanzierung einer Investition. Er braucht kein teures Eigenkapital einzusetzen. Bei chronisch niedriger Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmen – derzeit bei etwa 19 Prozent – wird jeder Unternehmer diesen Vorteil des Leasing schätzen: Er kannn nun flüssiges Geld zur Finnanzierung des Umlaufvermögens, der Vorratshaltung oder zur Ausnutzung von Skonti verwenden.

Leasing – eine Spekulation auf den fallenden Zins



Auch größte Bauobjekte werden durch Leasing finanziert FOTO: KARSTEN DE RIESE

Wer ein Objekt kauft, wird in der Regel immer Eigenkapital einsetzen müssen. Ob *dieser Anteil 10 oder 30 Prozent* beträgt, ist unerheblich. Nur in den seltensten Fällen wird man die Investition hundertprozentig fremdfinanzieren können. Bei einer Investition mit Leasing ist mit der Unterschrift unter den Leasingvertrag die Finanzierung in einem Zuge sichergestellt.

Mit Leasing bekommt man aber noch mehr. Nicht nur, daß eine verwaltungstechnisch einfache Lösung des Finanzierungsbedarfs erreicht ist, dank Leasing ist das Investitionsvorhaben jetzt durchfinanziert, und zwar kongruent zur Laufzeit des Vertrages. Es mußten nicht Vereinbarungen über verschiedene Darlehen mit der Bank geschlossen werden. Es mußten nicht möglicherweise mit verschiedenen Kreditgebern Verhandlungen geführt werden, um etwa doch eine hundertprozentige Fremdfinanzierung darzustellen.

All das erledigt Leasing und macht es damit zu einer umfassenden Finanzierungsdienstleistung. Mit der Leasinggesellschaft hat man einen weiteren unabhängigen Partner für die Finanzierung. Die stärkt die Position im Kreis der Finanziers.

Leasing bietet aber noch mehr. So läßt sich zum Beispiel der Leasingvertrag mit einem Bauservice-Paket kombinieren. Dadurch wird sichergestellt, daß ein Bauvorhaben zu den budgetierten Kosten und zu den vorgegebenen Terminen schlüsselfertig erstellt wird.

Diejenigen Unternehmer, die keine eigene Bauabteilung haben oder nicht über ausreichende Erfahrungen im Bauen verfügen, greifen auf diesen zusätzlichen Bauservice im Rahmen eines Immobilien-Leasingvertrages gerne zurück: Hierbei werden in enger Abstimmung mit dem Mieter im wesentlichen folgende Leistungen erbracht:

Die Durchführung und Überwachung aller planerischen Aufgaben, die Vergabe der Bauleistungen, wirtschaftliche und fachtechnische Überwachung der Bauausführung, die Ermittlung und Beseitigung aller Gewährleistungsmängel, die Durchführung aller behördlichen Genehmigungen und Abnahmen, die kaufmännische und juristische Gestaltung aller erforderlichen Verträge sowie die Verwaltung des Objekts.

Flexibele Verträge

Die weiteren Vorteile des Leasing sollen nur schlagwortartig vorgestellt werden, obwohl diese – je nach betrieblicher Situation – unterschiedlich starkes Gewicht erlangen können. Zunächst: Weil Leasing juristisch eine Miete ist, ist die Leasingrate – wie übrigens auch die normale Miete – Betriebsausgabe und mindert damit die Gewerbe- und Körperschaftssteuerbelastung.

Aus demselben Grunde wird das Leasingobjekt nicht beim Mieter bilanziert; juristischer und im steuerli*chen Sinne wirtschaftlicher Eigentümer* ist die Leasinggesellschaft. Investition und Finanzierung bleiben bei Leasing außerhalb der Bilanz.

Die vertragliche Flexibilität des Leasingvertrages ermöglicht es – anders als bei einer konventionellen Finanzierung – auch auf besondere betriebliche Situationen einzugehen. Die Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der Objekt- bzw. Besitzgesellschaft sind dazu Ansatzpunkt. Gerade diese Möglichkeit macht Leasing zu einer umfassenden Dienstleistung, die weit über eine Finanzierung hinausgeht.

Eine Besonderheit, die nur Leasing bietet und die mittels einer konventionellen Finanzierung nicht darzustellen ist, ist das „sale-lease-back". Hierbei verkauft der Besitzer ein Gebäude, das seit mindestens sechs Jahren in der Bilanz stehen sollte, um die steuerfreie Wiederanlage im Rahmen des Paragraphen 6 b EStG zu erhalten, an die Leasinggesellschaft zum Verkehrswert und mietet es gleichzeitig zurück.

Damit erhält er zusätzliche Liquidität, und *das „tote" Kapital*, das in den Anlagen bisher schlummerte, wird damit freigesetzt – und zwar in Höhe der Differenz zwischen Buchwert und Verkehrswert.

Dieses Konzept läßt sich aber nicht *nur auf Gebäude und Maschinen* anwenden. Überall dort, wo Kapital langfristig gebunden ist, in Vorräten, zum Beispiel in Kohle- und Erzlagern, bietet sich das Konzept des „sale-lease-back" geradezu an.

Keine Frage, daß sich auch ein Beteiligungserwerb elegant über Leasing finanzieren und abwickeln läßt. Dieser Vorgang, bei dem die Leasinggesellschaft von einem Dritten erwirbt und dann an den Interessenten weitervermietet, heißt neudeutsch „buy-and-lease".

Anders als bei normalen Mieten ist die Leasingrate eine fest vereinbarte Größe und steigt nicht von Jahr zu Jahr nach Maßgabe irgendeines Indexes. Leasing bietet damit eine klar kalkulierbare Kostenbasis und Kostentransparenz.

Um von vielleicht fallenden Zinsen zu profitieren, können auch Zinskonversionen vereinbart werden. Während der Bauzeit sind kürzere, etwa halbjährliche Festsetzungen nach Maßgabe des jeweiligen Finanzierungszinssatzes möglich. Man kann also mit Leasing auch auf einen fallenden Zins spekulieren und ist nicht an einen Zins für die gesamte Laufzeit des Vertrages gebunden.

Es ist auch auf einen Punkt einzugehen, der immer wieder Verwirrung stiftet. Dies sind die Kosten des Leasingvertrages. Zunächst ist festzustellen, daß bei einer konventionellen Finanzierung AfA (Abschreibungsraten), Zins und Gewerbesteuer die laufende Kostenbelastung der Finanzierung *ausmachen*. Dem steht beim Leasing nur die Miete gegenüber.

Da sowohl die Leasingmiete als auch AfA und Zins bei der konventionellen Finanzierung abzugsfähige Betriebsausgaben darstellen, mindern sie die Gewerbeertrag- und Körperschaftssteuer. Nur diese Nettokosten sollten miteinander verglichen werden.

Es ist immer eine Frage der Prämissen, zu welchen Ergebnissen man kommen will – oder anders ausgedrückt: Da jede betriebliche Situation sich von der anderen unterscheidet, der Leasingvertrag aber viele Gestaltungsmöglichkeiten zuläßt, ist es nicht möglich, zu der klaren Aussage zu gelangen, die besagt: Leasing ist grundsätzlich günstiger oder teurer als Kauf.

Finanzierungs-Alternative

Die meisten Kostenvergleiche, die veröffentlicht werden, sind unzuverlässige Verallgemeinerungen, die je nach Standort des Schreibers einmal für und einmal gegen Leasing sind. Grundsätzlich läßt sich die Vorteilhaftigkeit von Leasing nicht in einem rein quantitativen Vergleich erfassen. Der Dienstleistungscharakter des Leasing ist mit zu bewerten.

Totes, in Gebäuden gebundenes Kapital kann man nur über Leasing in Liquidität verwandeln. Nur eine Leasinggesellschaft bietet die Finanzierung und einen kompletten Bauservice in einem Paket an. Die Ziele, welche man vor einem gegebenen betrieblichen Hintergrund erreichen will, bestimmen, ob Leasing die kostengünstigste und zugleich vorteilhafteste Alternative ist.

Wer trotzdem mit Hilfe einer unseriösen Vergleichsrechnung die Nettokosten des Leasing mit denen einer hundertprozentigen konventionellen Finanzierung vergleicht, der sieht, daß Leasing – je nach Laufzeit des Mietvertrages – kostengünstiger ist, wenn auch nur relativ gering.

In der Regel werden aber weitere qualitative Apsekte, die nur Leasing bietet, hinzutreten, um eine Entscheidung zugunsten von Leasing zu fällen. Daß Leasing ein anerkanntes Investitions- und Finanzierungsinstrument ist, ist daran abzulesen, daß *jährlich Leasingverträge* in Höhe von rund 17 Milliarden Mark in der Bundesrepublik neu abgeschlossen werden.

Die Vorteilhaftigkeit eines Leasingvertrages ergibt sich auch aus den Vereinbarungen bei Vertragsende. Dies ist der Punkt, wo diejenigen, die aus emotionalen Gründen für Eigentum und Kauf sind, mit Leasing versöhnt werden. Jeder Leasingvertrag ermöglicht es, nach Ablauf der Grundmietzeit Eigentümer zu werden. Man kann das Mietobjekt in der Regel zu einem Preis, der dem jeweiligen Restbuchwert entspricht, erwerben.

Man kann aber auch nach Ablauf des ersten *Mietvertrages* einen *neuen* Mietvertrag abschließen. Der Gewinn aus der Verwertung des alten Objektes kann dann auf den neuen Vertrag angerechnet werden. Man kann aber auch den Mietvertrag verlängern. Basis für *die Berechnung der Verlängerungsmiete* ist der jeweilige Restbuchwert.

Beim Immobilienleasing wird sogar ein notariell gesichertes Ankaufsrecht gewährt. Eine denkbare Wertsteigerung des Mietobjektes entgeht einem damit nicht. Beim Mobilienleasing wird die Kaufoption je nach Vertragstyp, nämlich Vollamortisations- oder Teilamortisationsvertrag, unterschiedlich definiert. Es gibt aber keinen von vornherein fest vereinbarten Ankaufspreis. Dann würde der Leasingvertrag zu einem Mietkaufvertrag.

Viele Vertragsvarianten

Beim Vollamortisationsvertrag kann man das Mietobjekt zum Restbuchwert oder Gemeinen Wert erwerben. Beim Teilamortisationsvertrag spricht man vom Andienrecht. Und wer keinen Anschlußmietvertrag wünscht, kann die Leasinggesellschaft auffordern, das Objekt mindestens zum Restbuchwert für ihn zu verwerten oder selbst zu kaufen. Wichtig ist, daß gewährt bleibt, *Eigentümer zu werden*.

Zum Abschluß sei das Wesentliche noch einmal kurz zusammengefaßt: Die Entscheidung für Leasing ausschließlich von einem Vergleich der Kosten zwischen Leasing und konventioneller Finanzierung abhängig zu machen, hieße, die eigentlichen Vorteile des Leasing bewußt vergessen zu wollen. Leasing ist eine umfassende Finanzierungsdienstleistung, die auch auf besondere betriebliche *Konstellationen Rücksicht nimmt*.

Leasing hat den Effekt einer hundertprozentigen Fremdfinanzierung. Leasing schont damit Eigenkapital und Liquidität. Leasing bietet zusätzliche Servicevorteile, zum Beispiel den Bauservice oder eine allgemeine Investitionsberatung. DW.

Ein Service-Paket schaltet Risiken und Zufälligkeiten am Bau aus

Immobilien-Leasing: Hilfe bei Konzeption, Planung, Vergabe und Abwicklung

KLAUS FEINEN, Düsseldorf

Eine leistungsstarke Immobilien-Leasing-Gesellschaft verfügt über ein spezielles Know-how bei Konzeption, Planung, Vergabe und Abwicklung von gewerblichen Bauobjekten. Während Großunternehmen mit eigenen Fachabteilungen in der Lage sind, die für ihre Zwecke erforderlichen Betriebsneubauten optimal zu planen und zu günstigen Kosten erstellen zu lassen, treten mittelständische Unternehmen über lange Perioden nur einmal als Bauherr auf und sind ausschließlich auf fremde Berater angewiesen. Ein Nachteil ergibt sich allein schon daraus, daß sie oft nur Einmalkunden der Baufirmen sind.

Dieser Nachteil kann durch die Investitionsnutzung im Immobilien-Leasing-Verfahren vermieden werden. Namhafte Leasingunternehmen setzen für die Abwicklung der Leasingobjekte besondere Tochtergesellschaften ein, die als qualifizierte Baumanager auftreten.

Dabei wird im einzelnen dazu beigetragen, daß Bauprogramme gelenkt, Bautermine gesichert, Baukosten reduziert, Bauabläufe optimiert, die zur Vermietung bestimmten Objekte drittverwendungsfähig und damit langfristig wertbeständig gestaltet werden. Dies liegt insbesondere *auch im Interesse des Mieters*, weil beispielsweise aufgrund der schnellen strukturellen Veränderungen auch ein handeltreibendes Unternehmen vielleicht in wenigen Jahren ein Raumprogramm einer Umstrukturierung unterziehen muß. In diesem Fall ist es günstig, auch bei einem angemieteten Objekt hierfür zusätzliche Kosten vermeiden zu können.

Immobilien-Leasing-Gesellschaften sind als professionelle Dauerauftraggeber der Bauwirtschaft in der Lage, Risiken und Zufälligkeiten im Zusammenhang mit den Bauinvestitionen weitgehend auszuschalten. Die ständige Marktübersicht verschafft einem sachverständigen Team von Bauspezialisten aktuelle Kenntnisse nicht nur über die Preis- und Kostenverhältnisse des Baumarktes, sondern auch über die Entwicklung neuer Technologien und Baustoffe.

Trotzdem kann der Leasingnehmer aktiv bei der Objektabwicklung mitwirken. Hierbei entscheidet er selbst, inwieweit er sich entlasten möchte. Beispielsweise kann der Baumanager der Leasing-Gesellschaft die Zielsetzung definieren und gemeinsam mit dem Leasingnehmer festlegen; welche Architekten und Ingenieure herangezogen werden sollen. In diesem Zusammenhang ist darauf zu achten, daß das Baumanagement der Leasing-Gesellschaft bereits vor Unterzeichnung eines Leasingvertrages zur Überprüfung von Planungsgrundlagen und Ansiedlungsstandort eingeschaltet wird. Die hierfür anfallenden Kosten sind im Verhältnis zu den zu erwartenden Ergebnissen minimal.

Übersichtliche Kosten

Vom Leasingnehmer ist zu berücksichtigen, daß die Leasing-Gesellschaft als Baumanager eine ausführliche Stellungnahme mit klaren Hinweisen und Vorschlägen für Verbesserungen, Veränderungen und Kosteneingrenzungen des Objektes vorlegt. Mit Hilfe eines zunächst zu erstellenden Vorentwurfes können die Kosten eingegrenzt und das Bauprogramm festgeschrieben werden.

Unter Einbeziehung der Bedingungen des Standortes läßt sich dann ein Kostengerüst erarbeiten, das einem durchschnittlichen Qualitäts- und Baustandard entspricht. Zweckmäßigerweise werden Einzelwerte für das konkrete Objekte mit der Folge ausgearbeitet, daß eine spätere Gesamtkorrektur durch Veränderungen von Einzelansätzen für jeden transparent und überprüfbar ist. Hierbei kommt selbstverständlich wiederum der überregional tätigen Immobilien-Leasing-Gesellschaft zugute, daß sie beinahe einen lückenlosen Informationsstand über den Baumarkt hat.

Das gilt auch für die Einschätzung der Leistungsstärke von Baufirmen, unabhängig, ob örtlich, regional oder überregional tätig. In jedem Fall wird ermöglicht, daß der Leasingnehmer über alle getroffenen Maßnahmen, die zu Kostenfaktoren für die vereinbarte Bemessungsgrundlage der Miete führen, informiert ist und danach seine Anmietungswünsche ausrichten kann.

Der umfangreiche Katalog von Dienstleistungen, die für den Mieter beim Immobilien-Leasing nutzbar werden, setzt sich fort, indem die folgenden kaufmännischen und verwaltungstechnischen Leistungen im Unterschied zur Eigeninvestition von fremden Dritten, nämlich der Leasing-Gesellschaft als Vermieter, übernommen werden:

- ● Abschluß von Grundstückskauf- und Erbbaurechtsverträgen sowie deren Durchführung gemeinsam mit dem Notar einschließlich Vermessung des Grundstücks.
- ● Beschaffung der Teilungsgenehmigung und der Bodenverkehrsgenehmigung.
- ● Beschaffung des Veränderungsnachweises und sonstiger Katasterunterlagen.
- ● Beschaffung der Bescheinigung nach § 1026 BGB zur Beseitigung von Belastungen.
- ● Wahrung der gebührenfreien Eintragung von Vereinigungen und Zuschreiben von Grundstücken nach § 69 Kostenordnung.
- ● Sammeln und Anfertigen von Unterlagen für Einheitsbewertung der Grundstücke und Erbbaurechte.
- ● Prüfung der Steuerbescheide.
- ● Abschluß aller notwendigen Versicherungen.
- ● Regelmäßige Prüfung und Überwachung der Versicherungspolicen und Prämienanforderungen.
- ● Ermittlung des Wertes der Jahresbruttomieten für die Haftpflichtversicherung.
- ● Prüfung von Wertgutachten der Monopolversicherungsanstalten.

„Sale and lease back" wurde ein Klassiker

WR. Miami

So verwirrend die Sprache des Leasing manchmal auch klingen mag, so brillant einfach sind oft die Geschäftszüge. Ein Klassiker unter ihnen ist das Sale and lease back (wobei neuerdings das „and" gern weggelassen wird). Es ist das einfachste Mittel, gebundenes Kapital zu „entfesseln" und für andere Aufgaben im Betrieb freizumachen.

Beispiel: Vor fünf Jahren wurde eine Lagerhalle für eine Million Mark gebaut bei 5 Prozent Abschreibung per anno. Ohne Grundstück steht sie heute mit 850 000 Mark zu Buch. Nach verläßlicher Schätzung beträgt der Verkehrswert 1,3 Millionen Mark. Zur Finanzierung der Halle wurde das Grundstück mit 600 000 Mark belastet. Also sind 250 000 Mark Eigenkapital langfristig gebunden. Zudem ist die Differenz zwischen Buchwert und Verkehrswert (Verkaufswert) von 450 000 Mark eine hübsche stille Reserve. Die Frage lautet: Wie kann man die 250 000 und die 450 000 Mark „totes" Kapital zu neuem Leben erwecken?

Die Antwort ist einfach: Man verkauft die Lagerhalle an eine Leasinggesellschaft zum Verkehrswert von 1,3 Millionen. Gleichzeitig mietet der Verkäufer „seine" Halle langfristig vom Leaser zurück. Er behält dabei die uneingeschränkte Nutzung der Halle, und nach Ablauf der Mietzeit kann er durchaus wieder Eigentümer werden.

Der Vorteil gegenüber dem Kauf der Halle oder gegenüber der Beibehaltung des Besitzes liegt auf der Hand: Mittel werden frei, um sie in andere Bereiche des Betriebes zu stecken, zu diversifizieren oder aber, um Flauten zu überwinden. Der Nebeneffekt ist nicht zu unterschätzen: Die Bilanz wird im Anlagevermögen entlastet, sie wird „freundlicher".

Das folgende Beispiel zeigt, wie ein Sale-and-lease-back-Geschäft in der Praxis durchgezogen wird:

Nahezu abgeschlossen ist die Leasing-Finanzierung eines 30-Millionen-Dollar-Projektes in Miami, Florida. Das Dade-County-Werk soll sowohl die Stromversorgung als auch die Klimatisierung eines Verwaltungsgebäudekomplexes in Miami übernehmen.

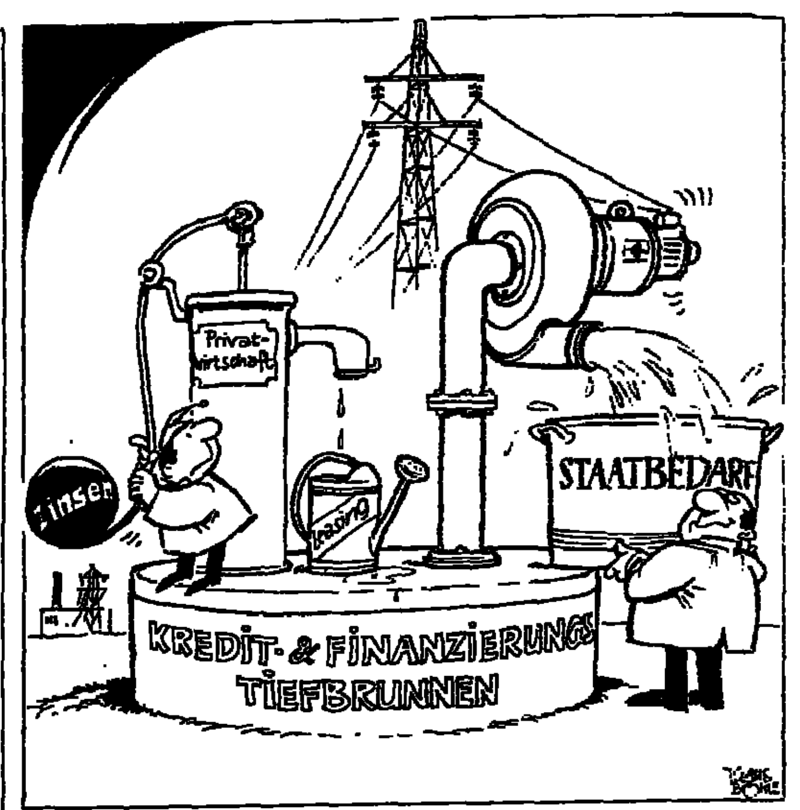
Das Kernstück dieser doppelfunktionalen Anlage ist der von Rolls-Royce gebaute gasbeheizte Turbinengenerator Olympus SK30, ein Ableger des Flugzeugmotors der Concorde. Der Generator beinhaltet Dampfturbinen und einen Rückgewinnungsdampfkessel für Abwärme und ist mit einer Kühleinheit gekoppelt, um eine Stromkapazität von 30 Megawatt und eine Kühlleistung von 5200 Tonnen zu erreichen.

Das Projekt wird zu gleichen Teilen von der Thermo Electron Corporation aus Waltham, Mass., und der Rolls-Royce Inc. betrieben. Stephen J. Remen, der zuständige Manager bei Thermo Electron, charakterisiert die gemeinsame Unternehmung als ein Projekt, bei dem sich die spezifischen technischen Kenntnisse und Fähigkeiten von Rolls-Royce und Thermo Electron ideal ergänzen.

Mit Ausnahme des Kühlaggregats wird die gesamte Anlage im Rahmen eines Sale-lease-back-Geschäftes finanziert, bei dem der Käufer direkt an den Verkäufer zurückvermietet. Die Winthrop Financial Corporation in Boston wird das Werk kaufen und dann an die gemeinsamen Betreiber Thermo Electron und Rolls-Royce rückvermieten.

Ein Sprecher von Winthrop sagt, daß ein großer Teil der Kredite für den Kauf bereits plaziert worden ist. Was die Kapitalbeteiligungen angeht, so tritt in Zukunft Winthrop als unbeschränkt haftender Gesellschafter oder eine Tochter als Kommanditgesellschaft auf.

Remen bestätigt, daß dies das erste Gemeinschaftsprojekt von Thermo Electron und Rolls-Royce ist. Zwar sind noch keine konkreten Pläne für eine weitere Zusammenarbeit gefaßt, aber Thermo Electron hofft auf eine baldige Fortsetzung der Partnerschaft mit Rolls.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Bei langfristigen Anleihen entscheidet die Inflationsrate

Perspektiven im US-Leasing-Geschäft nicht rosig

G. C. DONOVAN, New York

Soll man sich um die Verfügbarkeit von langfristigen Anleihen für Leasing-Geschäfte mit Fremdkapital nun Sorgen machen? Wenn man die außergewöhnlich hohen Zinssätze und Haushaltsdefizite in den USA berücksichtigt, wird der Grund für diese Frage deutlich. Um die künftige Entwicklung abschätzen zu können, muß man sich die Faktoren vor Augen führen, die die Versorgung mit langfristigen Effekten entscheidend beeinflussen.

Zu diesen Faktoren zählen die Inflationserwartungen, die relative Stabilität der Geldmärkte, der Konjunkturverlauf, die Nachfrage nach verfügbaren Effekten und die jüngsten Erfahrungen der Bereitsteller von Kapitalmitteln. Die Inflationserwartungen haben einen besonders großen Einfluß auf die Verfügbarkeit von langfristigen Anleihen. Während der ersten fünf Monate dieses Jahres betrug die aufs Jahr umgerechnete Inflationsrate nur 4,6 Prozent. Dennoch bleiben die Inflationserwartungen hoch, wie man an den zur Zeit hohen Zinssätzen ablesen kann.

Dabei ist es weniger die Erwartung hoher Inflationsraten, die sich negativ auf die Versorgung mit langfristigen Anleihen auswirkt. Der Dollpunkt ist vielmehr der realative Grad der Sicherheit über die künftige Entwicklung der Inflationsraten. Heute breitet sich eine weitgehende Unsicherheit aus, die auf die gerde erst überstandene Hyperinflation und die drohenden Defizite im Bundeshaushalt zurückzuführen ist. Dieses Gefühl trägt erheblich dazu bei, die Verfügbarkeit langfristiger Effekte in Grenzen zu halten.

Der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung hat die Nachfrage der Privatwirtschaft nach Anleihen in die Höhe schnellen lassen. Glücklicherweise wurde dieser Trend teilweise von der hohen Liquidität der Gesellschaften zu Beginn der Erholungsphase aufgefangen. Daher haben innerbetriebliche Fonds viel zur Finanzierung beigetragen und die Nachfrage nach verfügbaren langfristigen Anleihen abgeschwächt.

Die hohe Staatsverschuldung, mit der das Haushaltsdefizit ausgeglichen werden soll, wird sich auch weiterhin ungünstig auf die Verfügbarkeit von langffristigen Effekten auswirken. Die Menge der für die Privatwirtschaft zur Verfügung stehenden Anleihen wird dadurch gemindert. Staatsanleihen haben sich vor allem bei der Verfügbarkeit von Geldmitteln mit einer Laufzeit zwischen zwei und sieben Jahren bemerkbar gemacht.

Handelsbanken und Finanzierungsgesellschaften, die traditionellen Geldgeber beim Fremdkapital-Leasing, konnten in der Vergangenheit auch zu Hochzinszeiten niedrigere Zinssätze anbieten, da sie ein Absinken der eigenen Kreditkosten erwarteten, das die Ausleih-Geschäfte ertragreich zu machen versprach. Nun, da auf dem Höhepunkt des Zinszyklus eine solche Praxis nicht mehr möglich ist, werden auch die Kosten für langfristige Anleihen wieder steigen.

Traditionsgemäß sind Versicherungsgesellschaften eine der Hauptgaranten für die Bereitstellung von langfristigen Geldmitteln. Seit 1980 ist jedoch auch das Wachstum in dieser Branche nur gering. Aufgrund der hohen Inflation scheuten viele Kunden davor zurück, in Versicherungspolicen zu investieren. Während dieser Zeit lagen die Zinssätze der Versicherungen unterhalb der Inflationsrate und die Inhaber von Policen verloren an Kaufkraft. Daher konnten die Versicherungsgesellschaften ihren Anteil an der Versorgung mit langfristigen Effekten nicht erhöhen.

Obwohl viele der relevanten Faktoren derzeit ein negatives Vorzeichen haben, besteht doch kein Mangel an Effekten. Vielmehr erleben wir trotz dieser schon seit einiger Zeit ungünstigen Rahmenbedingungen eine Periode spürbaren wirtschaftlichen Wachstums mit einer ausreichenden Versorgung an langfristigen Anleihen. In naher Zukunft wird sich daran wohl nicht viel ändern. Die relevanten Faktoren werden negativ bleiben und es steht dennoch zu erwarten, daß die Verfügbarkeit von Anleihen für das Fremdkapital-Leasing sichergestellt ist. Relativ hohe Zinssätze müssen dabei natürlich in Kauf genommen werden.

Leasing in USA: Zusammenarbeit oder Unabhängigkeit?

WR. New York

Ob man sich nun nach Partnern am Markt umsehen oder lieber unabhängig bleiben soll, war schon immer die Gretchenfrage der amerikanischen Leasing-Industrie. Der Shearson-Lehman/American-Express-Konzern (vormals Lehman Brothers Kuhn Loeb), ein Spezialist für bewegliche Wirtschaftsgüter, hat sie in zwei verschiedenen Fällen auf ganz unterschiedliche Weise beantwortet. Mit der Commercial Union Capital Corporation hat der Konzern mit großem Erfolg ein gemeinsames Leasing-Programm aufgelegt, während mit der Leasing-Tochtergesellschaft von Lehmans neuem Besitzer, der American Express Company, keine engen geschäftlichen Verbindungen geplant sind.

Lehmann hat sich im letzten Jahr mit Commercial Union auf ein gemeinsames Programm geeinigt, um im Namen künftiger neuer Lessoren zu handeln, denen die traditionelle Rolle des Vermieters beim Leasing-Geschäft mit festverzinslichem Leihkapital wegen der zahlreichen administrativen und personellen Probleme wenig behagt.

Das Motiv der Commercial Union, eine solche Partnerschaft einzugehen, liegt auf der Hand: Ihre Muttergesellschaft erlaubt keine Abschlüsse, bei der sie eine Beteiligung von über 50 Prozent am Eigenkapital hat. Die Verbindung mit Lehman erleichtert das Auffinden von Co-Lessoren, wobei Commercial als fünfzigprozentiger Haupteigner auftritt, und bringt alle Vorteile der Zusammenarbeit mit einer großen Effektenbank.

Paul Marini, Vizepräsident der Gesellschaft und für dieses Programm zuständig, kann schon jetzt auf eine Reihe von Geschäften verweisen, die abgeschlossen oder doch zumindest zugesagt worden sind. Drei „passive Lessoren" arbeiten bereits regelmäßig mit Lehman zusammen. Einer von ihnen, General Foods, wird sich an dem gefeierten Leasing-Geschäft mit der US Navy beteiligen, in dem zwei Schiffe mit einem Maschinenwert von je 180 Millionen Dollar vermietet werden. Die Auslieferung ist für Anfang nächsten Jahres beziehungsweise das Frühjahr 1986 vorgesehen.

Sechs der von PSA Inc. bestellten BAe 146-Flugzeuge werden über das Shearson Lehman/Commercial Union Programm finanziert. Als Lessor tritt dabei mehrfach die Electronic Data Systems, Dallas, auf. Bei einem anderen Geschäft – mit Restwertversicherung – wurde eine Autoflotte finanziert, und im letzten Jahr hat MCI über das Gemeinschaftsprojekt Satelliten-Relaisstationen geleast.

Der Erwerb von Lehman Brothers Kuhn Loeb durch Shearson/American Express hat zahlreiche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei den unterschiedlichen Leasing-Aktivitäten der größeren Gesellschaft eröffnet. So hat sich Bruce Clark, leitender Leasing-Sachverständiger bei Shearson/American Express, dem Lehman-Konzern angeschlossen. Darüber hinaus aber scheint die Unabhängigkeit absoluten Vorrang zu haben. Lehman-Leasing hat nicht ein einziges gemeinsames Projekt mit dem Shearson-Konzern unternommen, der – unter der Leitung von James Carthaus – für individuelle Anleger die ganze Palette der Leasing-Angebote bereithält. Vielleicht ergeben sich in Zukunft Gelegenheiten.

Henry Miller glaubt jedoch nicht an eine engere Verbindung mit der Leasing-Tochter der American Express International Bank. Diese hat sich in der Vergangenheit vor allem um steuerfreie Geschäfte auf dem internationalen Markt gekümmert. An der Wall Street mehren sich die Gerüchte, daß diese Leasing-Tochter von der Bank abgekoppelt wird, um innerhalb der American-Express-Holding-Gesellschaft eigenständig zu agieren. Dies gäbe ihr juristisch die Möglichkeit, auch auf dem amerikanischen Binnenmarkt aktiv zu werden.

Für Miller macht das jedoch keinen großen Unterschied. Schließlich wird der American-Express-Leasing-Konzern auch weiterhin steuerfrei orientiert bleiben, und es ist nicht wahrscheinlich, daß die Holding-Gesellschaft von ihrer Politik abrückt, die Unabhängigkeit ihrer Töchter zu bewahren. Miller schließt nicht aus, daß American Express von Fall zu Fall die Haftung für ein Shearson-Lehman-Projekt übernehmen könnte, dies aber ist im Moment noch kein Thema.

Seit seiner Gründung mit drei Leasing-Fachleuten Mitte 1981 hat Millers Konzern über hundert Geschäfte mit einem Gesamt-Maschinenwert von 6,5 Milliarden Dollar abgeschlossen, bei einem Überhang von einer weiteren Milliarde Dollar. Rund vier Milliarden Dollar der Gesamtsumme stecken in 55 TBT-Abschlüssen; demgegenüber stehen 45 Leasing-Geschäfte mit Leihkapital und einem Wert von 2,5 Milliarden Dollar. Miller ist stolz darauf, für diese 38 verschiedene Kapitalbeteiligungen erschlossen zu haben; dies verdeutlicht, wie sehr sich Lehman für die Leasingnehmer-Seite engagiert.

Ein Spezialgebiet von Lehman ist das Flugzeug-Leasing, das nichts von seiner Aktualität verloren hat. Der Vizepräsident Karen Oleson bestätigt, daß Verhandlungen über drei neue MD-80 für Aeromexico und die Refinanzierung von zwei DC10-15 für Mexicana im Gange sind. Auch für Airbus Industrie ist Lehman als Berater beim Flugzeug-Leasing tätig geworden.

Auch die künftige Entwicklung schätzt Henry Miller positiv ein. Er ist überzeugt, daß sich immer mehr Leasinggeber an seinem Gemeinschaftsprogramm beteiligen werden. Dies – und sein profunder Sachverstand – wird Lehman-Leasing gut zustatten kommen, wenn in den nächsen Jahren die Nachfrage der Mieter wieder steigt.

